

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Egmont Zechlin

Friedensbestrebungen  
und

Revolutionierungsversuche

B 20/63

15. Mai 1963

Egmont Zechlin, Dr. phil., geb. 27. Juni 1896, o. Universitätsprofessor, Ordinarius für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg, Direktor des Historischen Seminars, Direktor des Hans-Bredow-Instituts für Rundfunk und Fernsehen.

Herausgeber: Bundeszentrale für Heimatdienst  
53 Bonn / Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „aus politik und zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5.— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „aus politik und zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche

## IV. Bethmann Hollwegs Kriegszielpolitik

Um die Jahreswende 1914/15 stand die deutsche Führung vor neuen Entscheidungen. Reichskanzler und Generalstabschef betrachteten „die ganze Situation doch als sehr ernst und schwierig“<sup>1)</sup>. Sie waren übereinstimmend zu der Einsicht gekommen, daß die Mittelmächte „keinen ihrer Gegner ganz Herr werden“ könnten, daß deren militärische „Niederwerfung“ „ausgeschlossen“ sei<sup>2)</sup>. Solange Rußland, Frankreich und England zusammenhielten, so lautete die Lagebeurteilung Falkenhayns am 18. November, „sei es uns unmöglich, unsere Gegner so zu besiegen, daß wir zu einem anständigen Frieden kämen. Wir würden vielmehr Gefahr laufen, uns langsam zu erschöpfen“.

Unter dem Eindruck dieser Mitteilung der OHL mußte Bethmann Hollweg befürchten, daß der Krieg, wenn er nicht gar infolge von militärischen Rückschlägen eine „im ganzen für uns ungünstige Wendung“ nehme, sich zumindest entscheidungslos hinziehen würde<sup>3)</sup>. Und je länger er dauerte, desto mehr gewannen die Alliierten Zeit, ihr über die Erde verstreutes und mangelhaft organisiertes Übergewicht an Menschen und Material zum Einsatz zu bringen. Auch die in den Händen der Neutralen befindlichen Teile der Weltwirtschaft, des Seeverkehrs und des Nachrichtenwesens konnten sich so den Bedürfnissen der Kriegführung der Feindmächte anpassen. Mit fortschreitender Zeit mußte sich dann die Absperrung von den überseeischen Nahrungs- und Rohstoffquellen entscheidend

auswirken. Es wurde die große Sorge des Reichskanzlers, daß es erst zu Friedensverhandlungen kommen würde, wenn die Mittelmächte im Zustand der Erschöpfung gezwungen wären, die Bedingungen der Gegner anzunehmen<sup>4)</sup>.

### Das Kriegsziel der Selbstbehauptung

So blieb den Mittelmächten nach Ansicht des Reichskanzlers „als Chance nur, daß der Krieg wegen allgemeiner gegenseitiger Erschöpfung ohne ausgesprochene militärische Niederlage der einen oder der anderen Partei aufhört“. „Das Ergebnis des Krieges würde sich dann für uns im Wesentlichen auf die aller Welt demonstrierte Tatsache reduzieren, daß selbst die größte feindliche Koalition uns nicht niederzwingen kann“<sup>5)</sup>. Daß Bethmann Hollweg lediglich mit einem solchen Kriegsausgang der Selbstbehauptung des Reiches rechnete, wird noch dadurch bestätigt, daß er diese Erkenntnis des Raisonnements vom 19. November 1914 wiederholt auch in Ministerratssitzungen vortragen hat.

„Nach der gesamten militärischen Lage“, so betonte Bethmann Hollweg als Preußischer Ministerpräsident in der Staatsministerialsitzung vom 28. November 1914<sup>6)</sup>, „müsse man annehmen, daß der Krieg noch lange dauern würde, und man müsse darauf gefaßt sein, daß vielleicht noch Rückschläge auftreten würden, wie das ja von vornherein im Bereich der Möglichkeit gelegen hätte“. „Daß wir Erfolge erreichen würden, welche uns gestatteten, über die Welt zu disponieren, glaube er nicht. Aber selbst wenn wir nur erreichen sollen<sup>7)</sup>, vor der Welt zu konstatieren, daß uns selbst eine so ungeheure Koalition wie die jetzige nicht zu

1) Aufz. Tirpitz über Unterredung mit Falkenhayn am 15. Nov. 1914, Tirpitz, Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege (1926), S. 168, ebenso Brief Tirpitz an Capelle, 16. Nov. 1914, a. a. O., S. 168 f., sowie Tgb. Tirpitz vom 15. Nov. über diese Bespr. in Tirpitz, Erinnerungen (1919), S. 427. Im übrigen s. das oben mitgeteilte Schreiben Bethmann Hollwegs an Unterstaatssekretär Zimmermann vom 19. Nov. 1914, in: Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche, 1. Folge, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 284—286 (künftig zitiert als Raisonnement vom 19. Nov. 1914).

2) Raisonnement v. 19. Nov. 1914, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 284 ff. auch zum folgenden.

3) Raisonnement v. 19. Nov. 1914, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 285.

4) Karl Helfferich, Der Weltkrieg (1920), einbändige Ausgabe, S. 302.

5) Raisonnement v. 19. Nov. 1914, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 285.

6) Protokoll der Sitzung des Preuß. Staatsministeriums vom 28. Nov. 1914. Über diese Protokolle während des Ersten Weltkrieges berichte ich im Zusammenhang an anderer Stelle.

7) Korrektur von der Hand Bethmann Hollwegs an Stelle von: „aber wenn wir auch nur erreichten“.

# Inhalt

der Beilage B 20/61 vom 17. 5. 1961:

## I. Kapitel:

Nation und Regierung  
nach dem Kriegsausbruch  
Die versäumte militärische Chance  
im Osten  
Die Idee des Sonderfriedens  
mit Rußland  
Ein dänisches Vermittlungsangebot  
Bethmann Hollweg zwischen Vernunft  
und „öffentlicher Meinung“

der Beilage B 24/61 vom 14. 6. 1961:

## II. Kapitel:

**Das Kampfmittel  
der nationalen Revolution**  
Revolutionierungspläne  
Bismarcks und Moltkes  
Das Insurrektionsprogramm  
des Generalstabes von 1914

## III. Kapitel:

**Revolutionierungsversuche  
in den Randzonen Rußlands**  
Die finnische Freiheitsbewegung  
Polen zwischen den Mächten  
der Beilage B 25/61 vom 21. 6. 1961:  
Die Allianz mit dem Judentum  
Aufwiegelung der Ukraine —  
Ein „Todesstoß“?  
Die Kaukasusvölker in der deutschen,  
türkischen und russischen  
Insurrektionspolitik  
Sabotage, revolutionäre Kontakte und  
das Problem der russischen Muslims  
Ziel und Charakter  
der Revolutionierungspolitik

dieser Ausgabe:

## IV. Kapitel:

**Bethmann Hollwegs  
Kriegszielpolitik . . .**  
Das Kriegsziel der Selbstbehauptung  
„Sicherungen“, „Garantien“  
und der Frieden

## V. Kapitel:

**. . . und die Septemberdenkschrift**  
Das Kriegsziel  
eines neuen Staatensystems  
Wenig Hoffnung  
auf Frankreichs Kapitulation  
Kriegführung  
gegen ein unbesiegbares England  
Rathenaus Mitteleuropa:  
Kampfmittel oder Friedenshoffnung?  
Das Diktat des Wirtschaftskrieges  
Kampfmittel und Kriegsziel:  
das Dilemma der deutschen Politik  
Analyse der Denkschrift  
Krieg ohne Frieden  
Späte Kabinettpolitik  
Der deutsche Frieden im September  
Nach der Marneschlacht

## VI. Kapitel:

**Sonderfrieden mit Frankreich?**

## VII. Kapitel:

**Eine Führungskrise**  
Kriegführung und Politik  
Das Ringen um die Ostoffensive  
und den Sturz Falkenhayns  
Ansturm auf Wilhelm II.

## VIII. Kapitel:

**Kronprinz Wilhelm,  
Tirpitz und der Kanzler**  
Kronprinz Wilhelm . . .  
Tirpitz . . .  
. . . und der Kanzler  
Ausschaltung des Kaisers?

der Beilage B 22/63 vom 22. 5. 1963

## IX. Kapitel:

Gefahr einer annexionistischen  
Kundgebung . . .  
. . . und einer sozialdemokratischen  
Kundgebung  
Der Kanzler zwischen den Fronten

überwinden vermöge, so würde das einen Erfolg bedeuten, welcher die Gewähr für den späteren Frieden in sich trage.“ Dies bedeutete für den Kanzler den „endgültigen Sieg“. Aber der müsse erst errungen werden, sagte er, bevor über Friedensbedingungen gesprochen werden könnte. Diese würden von dem Grade der militärischen Stärke abhängen. „Auch etwaige Einzelfriedensbeschlüsse müßten sich danach richten, wie die einzelne Macht bezwungen sei.“

Es gehört zum Wesen solcher Aussagen, daß sie von der jeweiligen Vorstellung über die Machtverhältnisse beeinflußt werden. Das gilt sowohl für zu erstrebende Ziele wie auch für Verzicht und Resignation. Zudem sah sich der Kanzler jeweils veranlaßt, solche Erklärungen in die Sprache der Siegeszuversicht zu kleiden, selbst wenn das angewandte Vokabular nicht ganz dem Inhalt der Mitteilung entsprach. Die Gesamtlage könne als gut angesehen werden und berechtige zu der Hoffnung auf den endgültigen Sieg, sagte er den Ministern auch am 28. November 1914. Aber selbst in diesen Klang mischen sich Töne des Ausgleichfriedens. So, wenn er auch in dieser Sitzung die von den Deutschen besetzten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien als ein „Faustpfand“ bezeichnet, das, nach der Interpretation im Raisonement<sup>8)</sup>, „wir in den jetzt besetzten Umfang anzusetzen haben [wie] unsere Gegner das Faustpfand des größten Teiles von Galizien und mehrerer unserer Kolonien“<sup>9)</sup>.

So bietet sich denn hier eine Grundüberzeugung Bethmann Hollwegs dar, die unbeschadet situationsbedingter Modifikationen und taktischer Rücksichtnahme auch im weiteren Verlauf des Krieges zum Ausdruck kommt. „Wenn wir diese Übermacht bestehen und entwicklungsfähig herauskommen, so haben wir gewonnen“, erklärte er am 30. Oktober 1916 im Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten<sup>10)</sup>, und ähnlich im Januar 1917 dem bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld: „Seine Ansicht sei nun einmal die, daß wir den Krieg schon gewonnen haben, wenn uns ein Friedensschluß gelingt, der es ermöglicht, die wirtschaftliche Entwick-

lung Deutschlands wiederaufzunehmen.“<sup>11)</sup> Damit wird aus unmittelbarer politischer Arbeit bestätigt, was Bethmann Hollweg in einer Mischung von Rechtfertigungsbedürfnis und Mahnung seinem späteren Nachfolger Hertling im Januar 1918 schrieb: „Zu immer wiederholten Malen“ habe er in seinen Gesprächen mit dem Kaiser „den Gedanken scharf vertreten, daß, da nun einmal, wie der Verlauf des Krieges von Anfang an gezeigt habe, eine völlige militärische Niederwerfung unserer Gegner ausgeschlossen sei, die siegreiche Abwehr unserer Feinde und die unversehrte Selbstbehauptung Deutschlands für uns den Gewinn des Krieges bedeute.“<sup>12)</sup>

### „Sicherungen“, „Garantien“ und der Frieden

Wie aber ist unter diesen Umständen zu erklären, daß der Kanzler wiederholt — und zwar im internen Schriftverkehr wie auch in Reichstagsreden — die Forderung nach einem Frieden erhoben hat, der dem Deutschen Reich „Sicherungen“ und „Garantien“ und Entschädigung für die gebrachten Opfer bringen sollte? Die Formel findet sich zuerst, wie wir schon hörten, in einer Weisung, die der Reichskanzler am 12. September 1914 aus dem Hauptquartier für die Behandlung eines amerikanischen Vermittlungsangebotes an den in Berlin amtierenden Unterstaatssekretär gab: „Wir können nur Frieden annehmen, der wirklich Dauer verspricht und uns vor neuen Überfällen unserer Feinde schützt. Wenn wir jetzt das amerikanische Vermittlungsangebot annehmen, würde uns dies von unseren Gegnern nur als Schwäche gedeutet und von unserer Volke nicht verstanden werden. Denn das Volk, das solche Opfer gebracht hat, verlangt Garantien für Sicherheit und Ruhe.“<sup>13)</sup> Die gleiche Sprachregelung gab Bethmann, als Ende November das dänische Vermittlungsangebot benutzt werden sollte, um einen Weg für den Sonderfrieden mit Rußland zu bahnen: Deutschland, das einen Verteidigungskrieg führe, sei stets bereit, solche ihm zukommenden Friedensvorschläge zu prüfen, die ihm volle Entschädigung und Sicherung gegen

11) Lerchenfeld an Hertling, 11. Jan. 1917, Karl-Heinz Janßen, Macht und Verblendung, Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914—1918 (1963), S. 257 Anm. 418, nach GSTA/Mü, VII, 51.

12) Bethmann Hollweg an Reichskanzler Hertling, Brief, 26. Jan. 1918, abgedr. Parl. Unters.-Ausschuß, 4. Reihe, Bd. 2 (1925), S. 142 ff.

13) Bethmann Hollweg an Ausw. Amt, Tel. Nr. 40, 12 Sep. 1914, AA, Wk geh., Gr. Hq., Friedensschlüsse, vgl. Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 272.

8) Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 285.

9) Das Protokoll fährt fort: „aus dem uns die Gegner nicht heraustreiben würden“. Korrektur von der Hand Bethmann Hollwegs.

10) Aufz. des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe. Sitzung vom 30./31. Okt. 1916 bei Wolfgang Steglich, Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden? Untersuchungen zu dem Friedensangebot der Mittelmächte v. 12. Dez. 1916 (1958), S. 80 und S. 204.

erneuten Überfall durch drei Gegner gewährleistet<sup>14)</sup>.

Bei all diesen Äußerungen zur Kriegszielfrage lassen sich jedoch taktische Motive erkennen. Die Sprachregelung für die Beantwortung des amerikanischen und des dänischen Vermittlungsangebotes hatte den — ja auch ausgesprochenen — Zweck, den Eindruck der Schwäche zu kompensieren, den eine Bereitschaft Deutschlands zum Frieden beim Gegner hervorrufen konnte. Und die Rücksicht auf die allgemeine Stimmung in Deutschland verrät seine Bemerkung im Raisonement, daß der Ausgang des Krieges, wie er ihn erwarte, „zwar nicht ohne friedenswirkende und entwicklungsfördernde Folgen bleiben, zunächst aber dem Volke als durchaus ungenügender Lohn für so ungeheure Opfer erscheinen würde“<sup>15)</sup>.

Was die Formel von den „Garantien und Sicherungen“ für Bethmann Hollweg bedeutete, zeigen als ein instruktives Beispiel die Umstände, unter denen er am 7. April 1915 darüber im Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten sprach, wie auch Erläuterungen, die er dort und einige Tage später in einer Sitzung des Preußischen Staatsministeriums gegeben hat. Damals kursierten Gerüchte über Friedensabsichten der Reichsregierung. Es war die Rede von einem Separatfrieden mit Rußland, von einem Festhalten an der „Utopie eines anzubahnenden freundschaftlichen Verhältnisses mit Frankreich“ und schließlich von der „Möglichkeit“ eines Friedensschlusses mit England<sup>16)</sup>. Der Großherzog von Oldenburg war daraufhin in München gewesen, um den König von Bayern zu veranlassen, „sich an die Spitze der deutschen Fürsten zu stellen und in ihrem Namen beim Kaiser vorstellig zu werden, daß es so nicht weitergehen könne“<sup>17)</sup>. Der zu der Unterredung hinzugezo-

gene Hertling empfahl stattdessen die Einberufung des Bundesratsausschusses, um sich zunächst dort Klarheit über die Politik des Reichskanzlers zu verschaffen<sup>18)</sup>. Der bayerische Ministerpräsident konnte kaum wünschen, daß durch eine Aktion der Bundesfürsten, wie sie der als führender Annexionist bekannte Großherzog forderte, Bethmann Hollweg gezwungen würde, Männern wie Falkenhayn oder Tirpitz Platz zu machen<sup>19)</sup>.

Wie Bethmann Hollweg den Vorstoß im Bundesratsausschuß pariert hat, kann als typisch für die Taktik angesehen werden, mit der er das Kriegszielproblem behandelte. In seiner Antwort an Hertling<sup>20)</sup> lehnte er dessen Vorschlag ab, „alle die Modalitäten zu erörtern, unter denen der Friede nicht geschlossen werden kann“, fand sich aber zu einem allgemeinen Gedankenaustausch darüber bereit, welche Friedensbedingungen anzustreben seien, falls die militärische Lage weiterhin so bleiben werde wie bisher. In der Sitzung

---

März 1915 (GStA/Mü VII, 50). Danach bewegten sich die Ausführungen des Großherzogs „ganz in der Richtung, die aus den Kundgebungen der Alldeutschen bekannt ist und neuerdings in der Eingabe des Zentralverbandes der Industrie, des Bundes der Landwirte und anderer großer Korporationen vertreten wird“ Zugleich ordnet sich der Schritt des Oldenburgers ein in die damaligen Versuche Tirpitz', den Kanzler zu stürzen, wie weiter unten dargestellt wird. Dort auch Belege über die Verbindungen des Großherzogs von Oldenburg zum Staatssekretär der Marine.

18) Sein Gedankengang war dabei der, wie er an Lerchenfeld am 29. März 1915 schrieb: „Geht der Reichskanzler auf die Einberufung nicht ein, so kann man überlegen, ob dann der Moment für das Eintreten der Deutschen Fürsten gekommen ist, und das gleiche gilt wenn der Ausschuß einberufen wird, die dort gegebenen Aufklärungen aber als unbefriedigend angesehen werden müssen“ So verlangte er in seinem Schreiben an den Reichskanzler vom 28. März 1915 Klarheit, „unter welchen Bedingungen ein Friede nicht geschlossen werden kann“ Zugleich wies er darauf hin, daß Ludwig III nach wie vor der Meinung sei, „daß durchgehalten werden muß, bis ein dauernder und ehrenvoller Frieden gesichert ist, und daß bei den ungeheuren Opfern an Gut und Blut, welche gebracht wurden, es nicht genügen kann, zu dem status quo ante zurückzukehren“.

19) Falkenhayn und Tirpitz waren damals als Kandidaten für das Amt des Reichskanzlers schon soweit im Gespräch, daß sich Bethmann Hollweg am 1. April 1915 veranlaßt sah, Lerchenfeld zu erklären, er werde diesen Männern seinen Platz nicht freiwillig räumen. Vgl. den Bericht Lerchenfelds an Hertling, 3. April 1915, GStA/Mü VII, 50, nach Janßen, a. a. O., S. 45.

20) Bethmann Hollweg an Hertling, 1. April 1915, GStA/Mü VII, 53.

14) Bethmann Hollweg an Ausw. Amt, Tel. Nr. 117, 24. Nov. 1914, AA, Wk 2 geh., abgedr. Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 286.

15) Raisonement v. 19. Nov. 1914, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 285.

16) So Hertling an Bethmann Hollweg, Brief, 28. März 1915, GStA/Mü VII, 53. Diesen Brief und die weiter unten angeführten Schriftstücke aus dem Staatsarchiv München stellte mir Karl-Heinz Janßen in Abschriften ganz oder in Auszügen freundlichst zur Verfügung.

17) Die Hintergründe hat kürzlich Karl-Heinz Janßen, a. a. O., S. 44 f. aufgedeckt. Die folgende Darstellung stützt sich daneben vor allem auf den Bericht Hertlings in seinem Brief an den bayerischen Gesandten in Berlin, Graf Lerchenfeld, vom 29.

vom 7. April<sup>21)</sup> verstand es der Kanzler dann, den Annexionisten mit einem ihnen geläufigen Vokabular entgegenzutreten, ohne auf seine Grundkonzeption zu verzichten. Wie im Rasonnement vom 19. November nannte er es ein Glück, wenn der Frieden so geschlossen werden würde, daß die Welt sehe, Deutschland sei auch der stärksten Koalition nicht erlegen. Doch fügte er nunmehr den Wunsch nach Kriegsentschädigungen hinzu — so sprach er von einem deutschen Kolonialreich in Zentralafrika — und den nach „strategischer Sicherheit“, d. h. nach „Grenzverbesserungen“ im Osten und im Nordwesten. Damit war die belgische Frage angeschnitten, in den Augen des Reichskanzlers „ein schauderhaftes Problem“, bei dem man unter allen Lösungen nur nach der suchen könne, die noch am wenigsten schlecht sei<sup>22)</sup>. Weil aber durch den militärisch notwendigen Einmarsch der Deutschen und den blutigen Widerstand der Belgier zukünftig mit einem von Haß erfüllten Nachbarn zu rechnen sei — führte Bethmann Hollweg am 7. April aus — bedürfe Deutschland hier eines ebenso starken Schutzes wie gegenüber den feindlichen Großmächten. Doch an eine Annexion der flandrischen Küste sei nicht zu denken, sagte er einige Tage später in einer Sitzung des Preußischen Staatsministeriums<sup>23)</sup>. Das würde eine Bedrohung Englands sein und den Zündstoff für den nächsten Krieg bringen. Daß er sich dabei auf ein Urteil Ludendorffs berief, wonach der Besitz von Lüttich als Sicherung ausreichend sein würde, wirkt vor dem Hintergrund seiner späteren Auseinandersetzung mit der dritten OHL geradezu paradox. Auch ließ der Kanzler durchblicken, daß Deutschland genötigt sein könnte, auf Grenzberichtigungen überhaupt zu verzichten. Es sei nutzlos, sich auf bestimmte Forderungen

festzulegen, „weil er nicht wisse, ob er sie durchsetzen könne“<sup>24)</sup>, wie es denn „in diesem uns aufgezwungenen Krieg“ darum ginge, „die Stellung, die wir uns in der Welt errungen haben, zu verteidigen. So erklärte er: „Es handelt sich nicht darum, daß wir den Krieg führten, um ein neues Ziel, das wir nur durch Krieg erreichen konnten, zu erlangen. Ein solches Ziel hatten wir nicht, und es wird auch durch den Krieg nicht geschaffen.“<sup>25)</sup>

Diese Worte wiegen um so schwerer, als sie, wenn auch vielfach verklausuliert und relativiert, keineswegs dem entsprachen, was die Zuhörer verlangten. Und sie erweisen sich als um so ernster als Bethmann Hollweg auch in der Auseinandersetzung mit der dritten OHL die Kontinuität seiner Haltung und Taktik erkennen läßt. Eine angebliche Äußerung von ihm, daß Deutschland das Erzbecken von Briey-Longwy vielleicht nicht behalten könne, nahmen Hindenburg/Ludendorff zum Anlaß, um in einem Schreiben des Feldmarschalls an den Reichskanzler vom 31. Dez. 1916 „Zweifel an Euere Exellenz grundsätzlicher Stellungnahme“ zu äußern und um Mitteilung der „territorialen Mindesforderungen“ zu bitten, die selbst auf die Möglichkeit der Kriegsverlängerung hin durchgesetzt werden sollten<sup>26)</sup>. Worauf der Kanzler auf diesen Versuch, ihn festzulegen, in seiner Antwort am 4. Januar 1917 erklärte, daß „Politik immer die Kunst des Erreichbaren bleiben“ werde. So vermöge er nicht die Verantwortung zu übernehmen, den Erwerb von Briey-Longwy — so wichtig er auch in seinen Augen sei — „als eine *conditio sine qua non* für den Friedensschluß ohne Einschränkung zu proklamieren“, wenn etwa „die Absprengung Frankreichs von der Koalition oder überhaupt der ganze Friedensschluß von der Frage abhängig sein würde“<sup>27)</sup>. Mit einer ähnlichen

21) Über diese Sitzungen bringt Zusammenfassungen Ernst Deuerlein, *Der Bundesratsausschuß für die Auswärtigen Angelegenheiten 1870—1918* (1955) Die — von Deuerlein vorgenommenen — Zusammenfassungen, — so die über die Sitzung vom 7. April (S. 189 f.), die zudem nicht sämtliche Berichte erfaßte —, zeigen jedoch, daß der Forscher nicht der Kenntnis und vergleichenden Interpretation der einzelnen Berichte, also der des bayerischen, württembergischen, sächsischen usw. Gesandten entbehren kann, soweit sie erreichbar sind

22) Bethmann Hollweg an Weizsäcker, Brief, 10. Nov. 1914, Privatnachlaß Weizsäcker, zit. bei Janßen, a. a. O., S. 237, Anm. 121.

23) Protokoll der Sitzung des Preuß. Staatsministeriums vom 10. April 1915, s. o. Anm. 6. Vielleicht hat die Abwesenheit Tirpitz' auf dieser Sitzung mit zu der Offenheit des Kanzlers beigetragen.

24) Protokoll der Sitzung des Preuß. Staatsministeriums vom 10. April 1915.

25) Aufz. Lerchenfeld über die Bundesratssitzung vom 7. April 1915, „Politischer Schriftwechsel der Gesandtschaft Berlin“, GStA/Mü.

26) Hindenburg an Bethmann Hollweg, Brief, 31. Dez. 1916, pr. am 4. Jan. 1917, AA, Wk 15 geh. Das Schreiben trägt — wie üblich — in der Ausfertigung am Schluß der letzten Seite die Paraphe Ludendorffs. Bereits abgedr. in *Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Unters.-Ausschusses der Verfassungsgebenden Nationalversammlung nebst Beilagen*, Bd. 2 (1920), Beil. 1, S. 117.

27) Bethmann Hollweg an Hindenburg, Brief, 4. Jan. 1917, AA, Wk 15 geh. Entwurf Zimmermanns mit Korrekturen von der Hand Bethmann Hollwegs, bereits abgedr. in: *Sten. Ber.* Bd. 2 (1920), Beilage 1, S. 117 f.

Argumentation lehnte er es auch ab, „an strategischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen“ eine Verständigung mit Rußland scheitern zu lassen<sup>28)</sup>. Er werde versuchen, die erwünschten Grenzregulierungen durchzusetzen, wenn dies aber nicht gelinge, „sich auf das absolut Notwendige zurückziehen, um damit den Frieden zu erlangen“<sup>29)</sup>. „Das Wünschenswerte muß dem Notwendigen weichen“<sup>30)</sup>.

So erklärte er auch 1917 der OHL wiederholt als „vornehmlichste Aufgabe“ der deutschen Politik, im Laufe von Verhandlungen „alle diejenigen Elemente auszunutzen, die eine Spaltung der Koalition herbeiführen können, die uns jetzt gegenübersteht“<sup>31)</sup>, und nannte als das zentrale Thema seiner Kriegszielpolitik, „die jetzige Koalition unserer Gegner zu sprengen und einen oder mehrere derselben für die Zukunft auf unsere Seite zu bringen“<sup>32)</sup>.

### Das Kriegsziel eines neuen Staatensystems

Ungeachtet der taktischen Bedingungen, unter denen die Äußerungen Bethmann Hollwegs zur Kriegszielfrage zu verstehen sind, bedeutete doch auch der Kampf um die Selbstbehauptung des Reiches für ihn, daß er eine Umgestaltung und Neuordnung der Machtverhältnisse im Staatensystem erstrebte. Auch ohne daß er ein Programm konkreter Kriegsziele gehabt hätte, war es das Wunschbild dieses Reichskanzlers vom Kriegsausbruch bis zu seinem Rücktritt, daß Deutschland aus diesem Krieg in einer Position hervorginge, in der es

28) Bundesratssitzung vom 8. Mai 1917, Aufz. Varnbüler Bei Lerchenfeld lautet der Passus. „Wenn dies (der Friedensschluß) nur gelingen sollte unter Ausschließung jeder Gebietserwerbung, so dürfen wir an solchen nur bedingt wünschenswerten Erwerbungen den Frieden nicht scheitern lassen“ Angaben bei Janßen, a. a. O., S. 126 u. 262, Anm. 476.

29) Bundesratssitzung vom 8. Mai 1917, Antwort des Reichskanzlers auf die Forderung des mecklenburgischen Ministers Langfeld nach einer gesicherten Ostgrenze laut Aufz. Varnbülers nach Janßen, a. a. O., S. 261, Anm. 475.

30) Bundesratssitzung vom 8. Mai 1917, Aufz. Varnbüler nach Janßen, a. a. O., S. 262, Anm. 476.

31) Bethmann Hollweg an Hindenburg, Brief, 4. Jan. 1917, AA, Wk 15 geh.

32) Bethmann Hollweg an Hindenburg, Brief, 16. April 1917, AA, Wk 15 geh. Hiermit beantwortete Bethmann Hollweg einen Brief Hindenburgs vom 5. April 1917 (AA, Wk 15 geh.), in dem dieser unverzügliche kommissarische Besprechungen zur Festlegung von „Mindestforderungen“ und „Ausgangsforderungen“ für die erwarteten Friedensverhandlungen verlangte.

gesichert gegen künftige Angriffe und Übergriffe sei und politisch und wirtschaftlich mehr Bewegungsfreiheit habe. Auch Bethmann Hollweg stand unter dem unmittelbaren Eindruck des politischen Erlebnisses seiner Generation und zudem der Erfahrungen seiner Außenpolitik, die der Kriegsausbruch nun so drastisch bestätigt hatte: daß die Deutschen in ihrer kontinentalen Mittellage, und nunmehr noch tatsächlich vom Weltmeer abgeschnitten, auf Verbesserung ihrer politischen Lebensbedingungen angewiesen seien. Noch im Rückblick seiner Memoiren berief er sich darauf, daß die Nation 1914 zu den Waffen geeilt sei „nicht nur, um die Heimat vor Zerstörung zu bewahren, sondern auch in der Hoffnung, die Schranken niederlegen zu können, mit denen feindliche Mißgunst und Neid ihre friedliche Entwicklung einzuengen bestrebt gewesen waren.“<sup>33)</sup>

Aber die zu erkämpfende politisch-wirtschaftliche Position und etwa eine „verstärkte strategische Sicherheit“ brauchen nicht unbedingt durch eine territoriale Machterweiterung geschaffen zu werden. Nicht an zu engen Grenzen habe Deutschland gekrankt, sondern daran, „daß es dauernd von einer überlegenen Koalition bedroht wurde.“ Von diesem Alp und dem des damit drohenden Krieges befreit, könne es „seine Stärke auch innerhalb unveränderter Grenzen ausleben“<sup>34)</sup>, und es wird durch die oben angeführten Zeugnisse bestätigt, wenn er berichtet, daß er dem Kaiser in der Abschiedsaudienz nach seiner Entlassung im Juli 1917 geraten habe — und dieser das auch als seine eigene Auffassung bezeichnete —, „etwaige Friedensmöglichkeiten auch nicht für angeblich notwendige, bei fortschreitender Kriegstechnik aber leicht trügerische strategische Sicherungen preiszugeben.“<sup>35)</sup>

Es liegt im Wesen des Krieges, daß er den Kriegführenden die Gelegenheit bietet, durch Einsatz des militärischen Machtinstruments das zu gewinnen, was allein mit Mitteln der Diplomatie nicht zu erreichen war. Für die Ententemächte hieß das einmal nachzuholen, was ihnen die Staatskunst Bismarcks 1866/71 verwehrt hatte. Es galt jetzt die Machtverschiebung einer „deutschen Revolution“ zu revidieren, wie Disraeli im Februar 1871 in

33) Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, Teil 2, (1921), S. 4.

34) Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, Teil 2, (1921), S. 17.

35) Th. v. Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg, Teil 2 (1921), S. 19.



einer Unterhausrede die deutsche Nationalstaatsgründung genannt hat, die ein größeres politisches Ereignis sei als im vorhergehenden Jahrhundert die Französische Revolution. Zudem brachte der Krieg jedem Partner die Chance, ein besonderes Ziel der nationalen Geschichte zu gewinnen: für die Franzosen Elsaß-Lothringen, für die Russen Konstantinopel und die Meerengen und die Zerstümmerung des Habsburger Staates, für die Engländer schließlich die Gelegenheit, unter dem Schlagwort der „Zerstörung des preußischen Militarismus“ die maritime Herausforderung durch den deutschen Schlachtflottenbau zu beseitigen. Wenn die englische Politik auf dem Wiener Kongreß dafür gesorgt hatte, daß der preußischen Armee die Wacht am Rhein anvertraut wurde, so erforderte es nunmehr das Gesetz der „balance of power“ einen Machtzuwachs Deutschlands zu verhindern.

Auch den Deutschen brachte der Appell zu den Waffen ein positives Kriegsziel. Auch ihnen stellte die Geschichte eine Aufgabe, die sie im Frieden nicht bewältigt hatten. Es galt, eine Lage zu überwinden, wie sie Bismarck in einer Reichstagsrede vom Juni 1882 charakterisiert hat: „daß Millionen Bajonette ihre polare Richtung doch im ganzen in der Hauptsache nach dem Zentrum Europa haben, daß wir im Zentrum stehen und schon infolge unserer geographischen Lage, außerdem infolge der ganzen europäischen Geschichte den Koalitionen anderer Mächte vorzugsweise ausgesetzt sind.“<sup>36)</sup> Bismarck war es 1866 gelungen, die Bildung einer „Kaunitzchen“ — d. h. in Erinnerung an den Siebenjährigen Krieg österreichisch-französisch-russischen — Koalition zu verhindern. Und dann hatte er verstanden, mit Hilfe des in Berlin zentrierten Bündnis-systems, durch den regulierenden Einsatz des deutschen Machtgewichtes und in Ausnutzung der internationalen Spannungen die Mächte von Koalitionen gegen Deutschland abzuhalten<sup>37)</sup>. Auch seinen nächsten Nachfolgern gaben die Rivalitäten Frankreichs und Englands sowie Englands und Rußlands in Übersee noch Spielraum für eine Politik der „freien Hand“. Mit den Ententen von 1904 und 1907 waren diese weltpolitischen Gegensätze beglichen.

Die Partner bekamen damit Kräfte frei, um sich den historischen und aktuellen Konflikten in Europa zuzuwenden. Das führte nun aber dazu, daß sie sich zum konzentrischen

Druck auf das Deutsche Reich zusammenfanden. Das nicht mehr von der kolonialen Auseinandersetzung mit England abgelenkte Frankreich konnte sich der elsäß-lothringischen Frage und das von der Gefahr eines russischen Vormarsches nach Indien befreite England der deutschen Flottenfrage widmen, und für Rußland ging der Weg nach Konstantinopel über Berlin. Gegenstöße, mit denen die deutsche Politik die gefährliche Umgruppierung in der Staatenwelt aufzuhalten und Pressionsmethoden, mit denen sie das Ententensystem aufzulockern versuchte, hatten die Wirkung, daß dieses sich mehr und mehr verfestigte und noch mehr seine Spitze gegen die Mittelmächte richtete. Die reagierten dann mit militärischen Rüstungen, so mit der deutschen Flottenpolitik, bis schließlich ihre verfehlte Politik in der Julikrise eine Kettenreaktion von Bündnishilfen der Entente-partner auslöste, die sich ebensowenig gegenseitig verlieren wollten wie Deutschland den österreichisch-ungarischen Bundesgenossen.

So war der Versuch der deutschen Staatsführung, die feindliche Koalition durch einen Sonderfrieden mit einer der Flügelmächte zu sprengen, nicht nur ein unmittelbar militärisches Anliegen. Er hatte nicht nur den Zweck, eine Front zu entlasten und den Rücken frei zu bekommen, um an anderen Fronten stärker auftreten zu können: Dieser Politik lag vielmehr der tiefere Gedanke zu Grunde, damit die „Einkreisung“ zu beseitigen, die nach der Ansicht des Kanzlers zu den entscheidenden Ursachen des Krieges gehörte, und wenn sie erhalten bliebe, den Keim eines neuen Krieges mit wiederum ungünstiger Ausgangslage für Deutschland erhielt. Die Kriegszielpolitik Bethmann Hollwegs mit dem Bemühen, die feindliche Front durch Verständigung mit einem der Gegner aufzulösen, war auf eine Umgruppierung in der Staatenwelt gerichtet und auf eine Neuordnung der Machtverhältnisse, die der deutschen Politik wieder eine freiere Bewegung ermöglichte, wie sie sie vor der Bildung der französisch-russischen Militärallianz, der entente cordiale und der englisch-russischen Verständigung gehabt hatte. Seine Hauptaufgabe, erklärte Bethmann Hollweg in der Konferenz mit den Vertretern der Industrie am 8. Dezember 1914 nach der Aufzeichnung Stresemanns<sup>38)</sup>, sei es, „die Coali-

36) Bismarck, Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 378.

37) So im „Kissinger Diktat“ (1877), in: Große Politik, Bd. 2, S. 154..

38) Aufz. Stresemann über Konferenz beim Reichskanzler am 8. Dez. 1914, abgedr. in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/61, S. 335, vgl. auch Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 283, Anm. 106 und 107. 2. Teil abgedr. als Anlage Nr. 38.

tion der drei Großmächte für die Zukunft unmöglich zu machen". Das nannte er an erster Stelle vor der zweiten, „nur einen Frieden zu schließen, der uns mindestens 50 Jahre Ruhe gibt“, und der dritten, „den Versuch zu machen, endlich die Jahrhunderte alten Streitigkeiten zwischen Frankreich und uns zu beseitigen“.

Diese außenpolitische Konzeption erklärt auch, daß Bethmann Hollweg sich von den annexionistischen Plänen der Industrie distanzierte. Schrieb er schon im Raisonement vom 19. November, daß bei einem Frieden mit den drei Feindmächten — selbst bei Zusammenwirken der günstigsten Faktoren — „die Herren Stinnes und Genossen dabei nicht auf ihre Rechnung kommen“, so sagte er den Vertretern der Verbände am 8. Dezember in aller Deutlichkeit: Nachdem Frankreich die Wunde von 1870 „wohl verwunden“ habe, würde es von neuem zu verstümmeln, nichts anders heißen als „die unnatürliche Coalition, der wir uns jetzt gegenüber befänden, zu verewigen.“<sup>39)</sup> „Am liebsten möchte er überhaupt keinen Quadratmeter fremdsprachigen Gebietes haben“, stellte

Stresemann in seiner Aufzeichnung fest, und, wenn der Generalstab aus militärischen Gründen dies verlange, es mit einem Tauschangebot (gegen das nördliche Belgien) „weniger verletzend für Frankreich“ machen. Aber der Generalstab stellte gar keine Gebietsforderungen: Militärische und politische Führung stimmten damals überein, daß es die Aufgabe der deutschen Politik sei, im Westen wie im Osten einen Verständigungsfrieden zu erlangen. Darum hatte Falkenhayn in der Besprechung vom 18. November die Zustimmung der OHL angekündigt, „Frankreich einen ehrenvollen Frieden zu bewilligen“ und dabei ausdrücklich erklärt, „auch von Frankreich verlange er kein Land“ — weder den Vogesenabhang noch „das Vorland von Metz (bassin de Briey)“ —, nur auf der Schleifung der Festung Belfort müsse er bestehen. Dabei hatte der Generalstabschef von „seiner festen Überzeugung“ gesprochen, daß eine Verständigung mit Frankreich gelingen würde, und davon, daß er es „für eine Notwendigkeit halte, daß wir uns nach dem Frieden mit Frankreich ins Einvernehmen setzten“<sup>40)</sup>.

## V. . . und die Septemberdenkschrift

Wie nun fügt sich in dieses Bild das mittlerweile zur Berühmtheit gelangte Aktenstück einer „vorläufigen Aufzeichnung über die Richtlinien unserer Politik beim Friedensschluß“ ein, das der Reichskanzler am 9. September 1914, also auf dem Höhepunkt der Marneschlacht, vom Hauptquartier aus dem Staatssekretär des Innern, Clemens Delbrück übersandte? Nachdem die Denkschrift jetzt im Wortlaut veröffentlicht ist<sup>1)</sup> und mir zudem der sich darauf beziehende Schriftwechsel aus den Akten der Reichskanzlei zur Verfügung

steht, ist es möglich, darauf einzugehen<sup>2)</sup>. Der Katalog der dort angeführten einzelnen Kriegsziele ist so umfangreich und weitgreifend, daß eine darauf aufgebaute Politik sich meilenweit von dem Programm der Selbstbehauptung entfernt hätte, wie wir es seit dem 18. November 1914 bei der deutschen Reichsregierung festgestellt haben. Dementsprechend wurde auch das Bild eines Reichskanzlers entworfen, der eine Kriegszielpolitik verfolgt hätte, die fast zum Verwechseln ähnlich den Forderungen all jener Denkschriftenverfasser aus Politik und Wirtschaft entsprochen hätte, die man gewöhnlich unter dem Namen „Annexionisten“ zusammenfaßt und deren Ziele später von der dritten OHL verfolgt

1) Werner Basler, Deutsche Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918 (1962), Anhang 4, S. 381 f Die September-Denkschrift, und zwar das von Bethmann Hollweg korrigierte Konzept und einige andere Stücke aus der Reichskanzlei, hat das Zentralarchiv in Potsdam auf meine Bitte als Mikrofilm angetertigt, wofür ich an dieser Stelle dem Archiv danken möchte (Siehe Anlagen Nr. 22, 23 u 24) — Ebenso danke ich auch meinem Assistenten Herrn Helmut Bley, der mich mit einer selbständigen Analyse der Denkschrift unterstützte

39) Ebenda.

40) Raisonement vom 19. November, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 285.

2) Die folgende Darstellung bestätigt meine (Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 272, Anm. 16) getroffenen Feststellungen, die Denkschrift habe „zum Teil Gedankengänge und Formulierungen anderer Personen“ enthalten „und dürfte erst mit Kenntnis ihrer Entstehungsgeschichte und vor allem in ihrer Situationsbedingtheit zu einer Urteilsbildung über die Politik Bethmanns herangezogen werden“. Die Zweifel, die Werner Basler a. a. O. S. 54, Anm. 18 gegen diese meine These angemeldet hat, dürften damit behoben sein.

würden<sup>3)</sup>). Eine solche Politik des Reichskanzlers wird damit sogar für eine Zeit behauptet, in der von seiten der militärischen Führung, d. h. Moltkes und wenig später Falkenhayns, ein spürbarer Druck in dieser Richtung auf die Reichsleitung nicht ausgeübt worden ist.

Nach allem, was wir über die Bedeutung des Rasonnements vom 19. November und nunmehr in den vorstehenden Untersuchungen dieser neuen Folge dargelegt haben, darf die These als unhaltbar beseite gelassen werden, daß die Denkschrift vom 9. September 1914 das tragende Kriegszielprogramm der deutschen Regierung für den ganzen Verlauf des Krieges gewesen sei. Eine andere Frage ist es, ob sich Bethmann Hollweg auf dem Höhepunkt des Frankreichfeldzuges zu dem Ziel einer Friedensordnung hat hinreißen lassen, die in der Gewißheit des Totalsieges über diesen Gegner und die englische Territorialarmee West- und Mitteleuropa in Abhängigkeit vom Deutschen Reich gebracht hätte, mit allen Graden des Einflusses von direkter Annexion bis zur indirekten Kontrolle und damit zu einer deutschen Herrschaft in napoleonischem Ausmaß.

Eine Untersuchung der Denkschrift, mit Berücksichtigung der Umstände ihrer Entstehung und des damit zusammenhängenden Schriftwechsels, gibt freilich ein anderes Bild als das zügelloser Siegestollheit und das eines lang gehegten und schon darum auf die Dauer festgehaltenen Planes.

3) Nach Fritz Fischer, „Griff nach der Weltmacht“ (1961), S. 113, waren „die in dem Programm niedergelegten Richtlinien im Prinzip Grundlage der deutschen Kriegszielpolitik bis zum Ende des Krieges, wenn sich auch je nach der Gesamtlage einzelne Modifikationen ergaben“. Die Formel „im Prinzip“ ist gerade in Anwendung auf den doch oft so pragmatischen Bereich der Politik ein Begriff, der durch den hohen Grad der Abstraktion einer moralischen Kategorie sehr ähnlich ist, weil sich machtpolitische Forderungen kleinen und größten Umfanges dadurch auf eine Ebene heben lassen. Dieses Urteil wird durch die Formulierung „einzelner Modifikationen“ noch gestützt, in denen — politisch, nicht moralisch gedacht — der Kern eines völligen Kurswechsels enthalten sein kann. Als im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß Volkmann fragte: „Es waren also Gradunterschiede“, antwortete ihm Hans Delbrück: „Verzeihen Sie: Torheit und Weisheit ist kein Gradunterschied“, womit er genau dieses Messen unter Prinzipien in der Frage der deutschen Annexionspolitik angriff. Dabei soll offen bleiben, ob Delbrücks Vorstellungen reine „Weisheit“ waren. Volkmann, Werk d. Parl. Unters.-Aussch., 4. Reihe, Bd. XII, 1 (1929), S. 51, Anm. 1.

Wie war denn die Situation in jenen Tagen und welche Vorstellungen hatte man damals im Großen Hauptquartier, in dem sich auch der Reichskanzler mit dem Staatssekretär des Auswärtigen aufhielt?

### **Kaum Hoffnung auf Frankreichs Kapitulation**

Vertrauliche Aufzeichnungen lassen erkennen, daß dort eine so unbedingte zuversichtliche Hoffnung auf eine Kapitulation Frankreichs nicht bestand. Von der „Erwartung des Blitzsieges“<sup>4)</sup> gibt es im Hauptquartier kaum, von der eines erbitterten langandauernden Volkskrieges dagegen viele Zeugnisse. Es ist ein Irrtum, daß es den Männern in Koblenz und Luxemburg damals noch um die alles entscheidende Vernichtungsschlacht gegangen wäre<sup>5)</sup>.

4) Kapitelüberschrift bei Fischer, a. a. O., S. 101.

5) Das bekannte Bild eines Siegestaumels, das neuerdings Jaeschke — Zum Problem der Marne-schlacht 1914, HZ 190, S. 311 f., besonders aber S. 318 — unter dem Begriff der „Hybris“ der Generalstabsoffiziere nachgezeichnet hat, wobei Moltke ausgenommen ist, bezieht sich nach allen angeführten Belegen auf die Überschätzung rein militärischer, oft sogar taktischer Vorzüge der deutschen Armeen und ihrer Überlegenheit gegenüber einem zu bedeutsamen Widerstand oder gar eigenen operativen Gegenmaßnahmen unfähigen Gegner. Dabei ist nicht einmal der Erfolg des feldzugs- oder kriegsentscheidenden strategischen Konzeptes im Bewußtsein gewesen. Sowie über das ‚Siegen‘ zum politischen Sieg im Kriege weitergedacht wurde, (Tirpitz: „Wir müssen aber mehr als siegen!“ Brief vom 7. Sept. 1914. Erinnerungen [1919], S. 399) blieb die nüchterne Berechnung, wenn nicht sogar pessimistische Sorge vorherrschend. Groener fügte bereits am 23. August seinem „Gesamteindruck, daß der Krieg gegen Frankreich bereits entschieden ist“ hinzu: „mag er sich allerdings auch in die Länge ziehen“. Doch bereits am 27. August sprach er in den fast gleichen Worten wie Moltke gegenüber Helfferich (s. Anm. 9) davon, daß die große Vernichtungsschlacht im Schlieffenschen Sinne nicht erreicht sei und „neue große verlustreiche Kämpfe an der Marne und Aisnelinie bevorstehen“. Und am 13. Sept. kommentierte er die eigene Aufzeichnung vom 23. August: „war leider ein Irrtum“. An den Optimismus dieses 23. August hatte er als Friedensvorstellung geknüpft: „Wir im Generalstab sind bestrebt, in allem, was wir tun, ganze Arbeit zu machen, so daß — wenn es nach uns geht — das deutsche Volk für die nächsten 100 Jahre Frieden hat. Der Herr Reichskanzler und seine Leute scheinen den Krieg als philosophischen Begriff anzusehen und wären nicht abgeneigt, möglichst bald einen faulen Frieden zu schließen. Das gibt es nicht. Wir werden nicht nur mit den Franzosen, sondern auch mit Herrn v. Bethmann und dem Auswärtigen Amt fertig.“ Später fügte er auch hier die Einsicht hinzu: „Der Krieg hatte mich noch nicht in die Lehre genommen.“ — Groener, Lebenserinnerungen (1957), S. 160—162.

Wenn es etwa am 27. August noch so auszu-  
sehen schien, als ob der unaufhaltsame Vor-  
marsch der deutschen Armeen zur Einnahme  
von Paris führen würde<sup>6)</sup>; so gestand sich  
Bethmann Hollweg am 31. August, daß, wenn  
die Armee weitere Erfolge hätte, zumindest  
doch Paris Schwierigkeiten machen würde:  
„Die Besetzung und Ruhehaltung der eroberten  
Gebiete entzieht uns viele Streitkräfte.  
Der Krieg wird lange dauern, weil Frankreich  
nicht zum Frieden bereit sein wird.“<sup>7)</sup> Und  
Moltke schrieb am 4. September an Conrad  
von Hoetzendorff: „Wir müssen noch auf ern-  
ste Kämpfe gefaßt sein, auf Kämpfe, die  
durch einen Volkskrieg im großen Umfange  
sich besonders erbittert gestalten werden“<sup>8)</sup>,  
eine Meinung, die er Helfferich gegenüber  
am Abend desselben Tages ausführlich wiederholte<sup>9)</sup>:  
„Wir wollen uns nichts vormachen. Wir haben  
Erfolge gehabt, aber wir haben noch nicht  
gesiegt. Sieg heißt Vernichtung der Widerstandskraft  
des Feindes. Wenn sich Millionenheere gegenüber-  
stehen, dann hat der Sieger Gefangene. Wo sind  
unsere Gefangenen?“ „Die Franzosen (haben) sich  
planmäßig und in Ordnung zurückgezogen.“ Und  
so findet sich denn in der Denkschrift vom  
9. September der Satz, dem wir eine zentrale  
Bedeutung zumessen: „daß es eher den An-  
schein hat, als gelänge es England, seine Bun-  
desgenossen in einem Widerstand à outrance

festzuhalten“<sup>10)</sup>. Eben jetzt veröffentlichte  
nämlich die Entente ihr Abkommen vom  
5. September, wonach die Partner sich ver-  
pflichteten, keinen Separatfrieden abzuschlie-  
ßen. Auch das konnte nicht ohne Einwirkung  
auf den deutschen Reichskanzler bleiben,  
denn innerhalb weniger Tage oder Wochen  
brach das Europa der Vorkriegszeit nicht völ-  
kerrechtliche Verträge. Deshalb hielt er auch  
die Tatsache dieses Vertrages dem amerika-  
nischen Vermittlungsvorschlag vom 9. Septem-  
ber entgegen<sup>11)</sup>.

Allerdings — und auch das gehört zur mili-  
tärischen Stimmung im Hauptquartier — war  
in einem Kriege alles möglich. Und so richtete  
der Kanzler auch die Hoffnung auf das Wun-  
der eines Nervenzusammenbruches der nach  
Bordeaux geflohenen französischen Regie-  
rung und auf die vage Rechnung mit einer  
Kapitulation Frankreichs ohne einen lang-  
wierigen mörderischen Volkskrieg. Dieses  
Ereignis konnte dann so überraschend ein-  
treten, daß ein „Präliminarfrieden“ vorberei-  
tet werden mußte, weil dann „nichts in die  
Länge gezogen“ werden durfte<sup>12)</sup>. Der aber  
mußte dann so beschaffen sein, daß er  
den militärischen und wirtschaftlichen Aufga-  
ben der weiteren Kriegsführung diene. Denn  
wie wäre die Lage? In Westeuropa würden  
die Waffen schweigen, der Krieg im Osten  
seine Gefährlichkeit verlieren und wohl bald  
ein Ende finden. Und England?

### Kriegführung gegen ein unbesiegbares England

Das war die napoleonische Situation. Wie ein  
Alpdruck legte sich auf den Kanzler und auf  
viele gerade der maßlosesten Denkschriften-  
verfasser und etwa auch auf Tirpitz die Ge-  
wißheit der Unbesiegbarkeit Englands<sup>13)</sup>.

10) Bethmann Hollweg an Staatssekretär Delbrück,  
9. Sept. 1914, im Einleitungssatz seines Begleit-  
schreibens zur Septemberdenkschrift, DZA Pots-  
dam, RK 2476, abgedr. als Anlage Nr. 22.

11) Bethmann Hollweg an Zimmermann zur münd-  
lichen Antwort an US-Botschafter Gerard, Tel.  
Nr. 40, 12. Sept. 1914, AA, Wk. Gr. Hq. Friedens-  
schluß Nr. 21 Bd. 1.

12) Bethmann Hollweg an Staatssekretär Delbrück,  
9. Sept. 1914, im Einleitungssatz seines Begleit-  
schreibens zur Septemberdenkschrift, DZA Pots-  
dam, RK 2476, s. o. Anm. 10.

13) Etwa Jagow am 20. Aug. 1914 im Gespräch mit  
Bethmann Hollweg, Tirpitz und Pohl. Aufz. Tirpitz  
v. 20. Aug. 1914, Ohnmachtspolitik (1926), S. 62.  
Besonders die Vertreter der Industrie sahen die  
Schwierigkeit, England zu bezwingen. Z. B. Gwin-  
ner in einer Unterredung mit Admiral v. Capelle  
am 22. Aug. 1914 (Tirpitz, Ohnmachtspolitik, S. 65),

6) Am 27. August 1914 bricht bereits die Unsicher-  
heit über den Erfolg des Feldzuges allgemein  
durch. Aufz. Groeners v. 27. Aug. 1914, a. a. O.,  
S. 162; Aufz. Müllers v. 27. Aug. 1914, a. a. O.,  
S. 52; s. a. RA I, S. 440 u. 604; RA III, S. 3.

7) Aufz. Pohls über ein Gespräch mit dem Kanzler  
vom 31. Aug. 1914. Aus Aufzeichnungen und Brie-  
fen während der Kriegszeit (1920), S. 39.

8) Moltke an Conrad von Hoetzendorff vom 4. Sept.  
1914 in RA III, S. 317. Die mir durchaus bewußte,  
aus taktischen Gründen betonte Schwarzmalerei  
Moltkes, um die Verweigerung des Abzuges von  
Truppen nach Osten zu rechtfertigen, nimmt einen  
echten Gedanken auf, wie die Äußerung Helfferich  
gegenüber zeigt. Das Reichsarchiv (RA III,  
S. 228) gibt für den 1. Sept. 1914 an, daß die OHL  
mit dem äußersten Widerstand von Paris rechnete.

9) Helfferich, Der Weltkrieg, einbändige Ausgabe  
(1920), S. 143 f. Seit dem 3. Sept. beunruhigte  
Moltke die erwartete Landung der Engländer bei  
Ostende bzw. Dünkirchen als Flankenbedrohung  
ganz außerordentlich (vgl. Groener, Lebenserinne-  
rungen [1957], S. 169), so daß diese vermeintliche  
strategische Bedrohung des deutschen Schwen-  
kungsflügels den politischen Aspekten der von  
England drohenden Gefahren einen sehr handgreif-  
lichen Hintergrund gab und dadurch der zur ge-  
wichenen Zeit am 5. Sept. veröffentlichte Ententever-  
trag gegen den Separatfrieden eine bedeutendere  
Wirkung im Hauptquartier erhalten konnte.

Auf die kaum erwartete, aber doch wiederum erhoffte „Eventualität“ eines französischen Zusammenbruchs bereitete sich die politische Führung vor. Das gehörte zu den ressortmäßigen Aufgaben, die, wie das gerade Bethmann Hollweg zu tun pflegte, mit Einholen, Verarbeiten und Durchdenken von Gutachten bis hin zu dieser oder jener Einzelfrage erledigt wurden, ohne daß damit jeweils Entscheidungen getroffen wurden. Auch in diesem Sinne haftet der Aufzeichnung vom 9. September etwas „Vorläufiges“ an. Andererseits liegt jedoch in dieser Konzeption etwas Ernsthaftes, insofern sie dazu gedacht war, für den Fall des plötzlichen Präliminarfriedens der Reichsleitung eine Unterlage zu bieten. In diesem Sinne hat sich auch Bethmann Hollweg zu „meinem vertraulichen Schreiben vom 9. d. M.“ bekannt<sup>14)</sup> und sprach auch Staatssekretär Delbrück von „Euer Excellenz Programm“<sup>15)</sup>. Gehört also die „vorläufige Aufzeichnung über die Richtlinien unserer Politik beim Friedensschluß“ in eine — noch dazu ungeklärte — Kampfsituation und enthält sie eine Skala von Zielen, von denen damals keineswegs feststand, was etwa zu realisieren sei, so fügt es sich doch unmittelbar ein in die Aufgabe der Kriegführung gegen England.

Zur Sprache kam dieses Problem zunächst durch Tirpitz' Drängen auf eine Seeschlacht, die vom Reichskanzler und dem Admiralstab abgelehnt wurde, um bei Friedensverhandlungen nach größeren Verlusten ohne Flotte einem Diktat Englands nicht völlig ausgeliefert zu sein<sup>16)</sup>. Die Schwierigkeit, einen Zweifrontenkrieg durch den schnellen Sieg über Frankreich zu beenden, verblaßte vor der geradezu überwältigend größeren, nach dem Sieg auf

dem Kontinent den Krieg gegen England zu bestehen. England war das große Thema neben und hinter allem Siegesjubiläum. Nicht zufällig schrieb Bethmann Hollweg am 7. Sept., dem Tage, an dem er sich systematisch mit den Bedingungen des Präliminarfriedens zu beschäftigen begann, eine geradezu leidenschaftliche Weisung an seinen Botschafter in Konstantinopel, die Türkei in den Krieg und zum „Angriff gegen den Suezkanal“ zu treiben. „Wir sind gezwungen, jede Möglichkeit auszunutzen, welche geeignet ist, den Widerstand Englands zu brechen“. Als wirklich „durchgreifend“ erschien ihm statt vieler Einzelunternehmen eben dieser Angriff<sup>17)</sup>. Aber letztlich glaubte er an diese Mittel nicht, genau wie jene Projekte der Revolutionierung des Islam oder gar Indiens eher Anzeichen der Hilflosigkeit waren als ernst zu nehmende Pläne.

Dabei ist noch sehr wahrscheinlich, daß sich Bethmann Hollweg damals durch Tirpitz genötigt fühlte, diese Mittel zu versuchen, und es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß der Staatssekretär der Marine, der bei der Abfassung von Telegrammen nach Konstantinopel dabei war, diesen emphatischen Befehlston selbst hineingebracht hat<sup>18)</sup>. Tirpitz, der den Kanzler verdächtigte, er würde immer noch auf eine Verständigung mit England hinsteuern und deshalb die Kriegführung verschleppen und nicht zum Äußersten bringen, wollte durch diese Mittel, wenn es ihm schon nicht gelang, die Seeschlacht durchzusetzen, den Bruch unwiderruflich machen. Des Kanzlers Versicherungen gerade Tirpitz gegenüber: „Man dürfe die Hartnäckigkeit Englands nicht unterschätzen; müsse sie vielmehr hoch bewerten“<sup>19)</sup>, klingen

Thyssen in seiner Denkschrift, die von der Unbesiegbarkeit Englands bestimmt ist (abgedr. bei Basler, a.a.O., S. 359 ff.) und vor allem Rathenau am 7. Sept. 1914 in seinem Brief an den Kanzler (s. u. Anm. 23). Für Helfferich ist mir keine Stellungnahme bekannt, aber er wußte bereits am 4. Sept. 1914 von Moltke, daß nicht einmal in Frankreich der vernichtende Schlag in Aussicht stand. Helfferich, Der Weltkrieg, Einbd. Ausg. (1919), S. 143. Ebenso wird in der Denkschrift Schumachers, die von Stinnes überbracht wurde, — wann ist nicht ganz klar, offensichtlich nach dem 9. Sept. — davon ausgegangen, daß „eine gleich volle Bezwingung Englands nicht angenommen“ werden könne (abgedr. bei Basler, a.a.O., Anh. 3, S. 362).

14) In seinem Schreiben vom 16. Sept. 1914 an Delbrück, bevor dessen Antwort vom 13. Sept. am 17. Sept. 1914 eintraf, DZA Potsdam, RK 2476. Anlage Nr. 23 und Nr. 24.

15) Delbrück an Bethmann Hollweg, 13. Sept. 1914, pr. 17. Sept. 1914, DZA Potsdam, RK 2476. Anlage Nr. 23.

16) Z. B. Brief Pohl v. 11. Sept. 1914, Aus Aufzeichnungen und Briefen (1920), S. 56. Ebenso Bethmann Hollweg am 31. Aug. 1914 in einem Gespräch mit Falkenhayn und Pohl: „Wenn wir dann keine Flotte haben, wird England den Frieden nur machen, wenn ihm günstige Bedingungen gestellt werden . . .“ Die gleiche Auffassung vertrat in dieser Unterredung auch Falkenhayn, „auch er sieht das letzte Ziel des Krieges in der Bekämpfung Englands, hält die Zurückhaltung der Flotte für richtig“. — Aufz. Pohl v. 31. Aug. 1914, Aus Aufzeichnungen und Briefen (1920), S. 40.

17) Telegrammentwurf zur Weitergabe nach Konstantinopel in Tel. Bethmann Hollweg an AA, 7. Sept. 1914, AA, Wk. 11 geh.

18) Aufz. Pohl v. 7. Sept. 1914, Aus Aufzeichnungen und Briefen (1920), S. 51. Tirpitz war beim Kanzler zur Besprechung über Depeschen an Wangenheim.

19) Aufz. Tirpitz über Unterredungen mit dem Kanzler am 27. und 28. Aug. 1914, Ohnmachtspolitik, S. 63.

tatsächlich sehr nach unverbindlichem Entgegenkommen gegen einen unablässigen Druck, dem er sich nicht unnötig aussetzen wollte<sup>20</sup>). Die gesamte deutsche Planung für den Fall eines europäischen Krieges hatte den britischen Kriegseintritt nicht eingeschlossen. Und angesichts der erbitterten und totalen Kampfbereitschaft der Engländer konnte sich der Kanzler nun nicht den Argumenten derer verschließen, die den Frieden und Ausgleich mit England für unerreichbar und unmöglich hielten. Hatte er noch in den Tagen nach der für ihn so überraschenden englischen Kriegserklärung geglaubt, daß der geglückte Ausbruch der „Göben“ aus Messina auf die Absicht der Engländer zurückzuführen sei, keine schweren Schläge gegen Deutschland zu führen<sup>21</sup>), so redeten die unerwartet ernste und umfassende Blockade<sup>22</sup>), die hemmungslos haßerfüllte Propaganda gegen Deutschland und die überraschende Kampfkraft der sonst gering eingeschätzten englischen Territorialarmee eine deutliche Sprache. Und nun hatte sich noch vor jedem Ausgleich Belgien als neuer Block geschoben. Wie war in dieser Konstellation ein Krieg zu beenden?

#### **Rathenaus Mitteleuropa: Kampfmittel oder Friedenshoffnung?**

Genau an diesem Punkte hatte auch ein anderer seine Überlegungen begonnen und sie dem Kanzler bereits im August in einem Memorandum auseinandergesetzt, und ihn bat Bethmann Hollweg am 7. September, seine Gedanken nochmals zu entwickeln<sup>23</sup>). Walther Rathenau, der Bethmann Hollwegs

20) Am 10. Sept. ließ Bethmann Hollweg über Legationsrat von Mutius sogar Tirpitz bitten, er möge darauf hinwirken, daß sich der Kapitän a. D. Graf Reventlow in seinen Äußerungen gegenüber England mäßige. Hopman an Capelle, 10. Sept. 1914, Tirpitz, Ohnmachtspolitik, S. 96

21) Aufz. Pohl vom 8. Aug. 1914, Aus Aufzeichnungen und Briefen (1920), S. 7. In diese Richtung ist der Kanzler anscheinend durch den Schlußbericht Botschafter Lichnowskys vom gleichen Tag gebracht worden. Vgl. Pohl, a. a. O., S. 7 auf Grund des gleichen Telefongesprächs

22) Bei aller Souveränitätsgläubigkeit und der dem Ausbau des internationalen Rechts fremd gegenüberstehenden deutschen Haltung ist trotz der belgischen Neutralitätsverletzung ein starkes Vertrauen auf Vertragstreue und Völkerrecht als bestimmendes Motiv bei der Einschätzung der Maßnahmen des Gegners zu erkennen. Die Fernblockade wurde, auch vor dem Krieg vereinzelt gesehen, aber ihre Wirkung wegen des erreichbaren Wirtschaftsraumes der Neutralen nicht allzu tragisch genommen.

„englische Illusion“<sup>24</sup>) niemals geteilt hatte, sah als prominenter Wirtschaftsführer zu seinem Entsetzen, daß Deutschland wirtschaftlich völlig unvorbereitet in den Krieg gegangen war und nun einen Wirtschaftskrieg gegen die englische Blockade auszuhalten hatte. So entwickelte er den Plan einer Strategie dieses Wirtschaftskrieges. Die eine Seite betraf die Organisation der deutschen Wirtschaftskraft mit der Schaffung der Kriegsrohstoffabteilung, „die ihre Arme schon über Belgien und Frankreich ausstreckt“<sup>25</sup>) und deren Chef er bis zum Frühjahr 1915 war. Die andere Seite war die außenpolitische Konzeption einer europäischen Zollunion. Ebenso wie Arthur v. Gwinner, Direktor der Deutschen Bank<sup>26</sup>), hielt er das „Urteil der deutschen öffentlichen Meinung“ für „irrig“, daß England im Wirtschaftskrieg die größeren Einbußen erleiden müsse, weil ihm der Kontinent als Markt verschlossen sei. Diese Vor-

23) „Die Erörterung geht von der Voraussetzung aus, daß eine vernichtende Besiegung Englands nicht erwartet werden darf . . .“ Rathenau an Bethmann Hollweg vom 7. Sept. 1914, abgedr. bei M. von Eynern, Walther Rathenau, Ein preußischer Europäer, Briefe (1955), S. 118 f. Bethmann bat um seine Ansicht durch Vermittlung des mit Rathenau befreundeten Mutius, wie aus dem Brief hervorgeht. Mutius ist gerade in der englischen Frage in der Umgebung des Kanzlers anscheinend von größerer Bedeutung (vgl. auch seinen Auftrag in der Angelegenheit von Reventlow, s. o. Anm. 20). Für den vorliegenden Zeitraum gibt es anscheinend keine Quellen über seine Haltung zu England. Aber vom 10. April 1915 liegt eine Tgb.-Aufz. des Admirals Bachmann vor über ein Gespräch mit ihm: „Ja, wenn wir's mit Rußland und Frankreich allein zu tun hätten! Aber wie soll's mit England werden, wofür kämpfen wir gegen dieses? Für die Freiheit der Meere, für einen Vertrag, ein Blatt Papier, das bei nächster Gelegenheit zerrissen wird? Dann die Erschütterung der englischen Weltmacht“ Man solle doch nicht vergessen, „daß diese englische Weltmacht das Rückgrat der europäischen Weltvorherrschaft ist, wird es zerbrochen, so treten Asiaten an unsere Stelle oder ein Chaos.“ Abgedr. bei W. Hubatsch, Linienschiffe oder U-Bootseinsatz? in: Marine-Rundschau 1953, 50. Jg., H. 2, S. 54. Mutius weicht vor der Einsicht der Unbesiegbarkeit Englands nicht in den totalen Krieg aus und lehnt deshalb nicht nur die ganze Revolutionierungspolitik gegenüber England ab, sondern sieht auch für den Fall des Sieges gar keine England abzutrotzenden politischen Ziele, die dauerhaft und entscheidend sein würden.

24) Eric Kollmann, Walther Rathenau and German Foreign Policy, Journal of Modern History, vol. 24 (1952), S. 218

25) Rathenau an Fanny Künstler, 1. Sept. 1914, Walther Rathenau, Briefe (1926), Bd. 1, Nr. 142, S. 158

26) Gwinner im Gespräch mit Capelle, 22. Aug. 1914, Tirpitz, Ohnmachtspolitik, S. 65.

stellung, so schrieb Rathenau, beruhe darauf, „daß man bei uns lieber die Landkarte als den Globus betrachtet“. Vielmehr, so legten die beiden Wirtschaftsführer dem Kanzler dar, würde die Eroberung des Weltmarktes in England zu einer „Kriegskonjunktur“ führen und dementsprechend zu einem Interesse an einer langen Kriegsdauer.

So ergibt sich denn aus der Zusammenfassung des Memorandums von Rathenau und seines von Bethmann Hollweg angeforderten Briefes vom 7. September die Konzeption für einen Status-quo-Frieden mit Frankreich. Er sollte den Franzosen nach dem Fall von Paris angeboten werden unter der Bedingung, daß Frankreich sich an einer wirtschaftlichen Organisation des „alteuropäischen Körpers“ zusammen mit Österreich-Ungarn, dem Balkan und Belgien unter deutscher Führung beteilige, um sich so gemeinsam gegen die aufkommenden „angelsächsischen“ und „osteuropäischen Wirtschaftskörper“ zu behaupten. In Übereinstimmung mit früheren Plänen glaubte Rathenau dabei an eine friedliche, fast freiwillige Bereitschaft Frankreichs zur Union. Dies sah er als das Endziel an, das nur in diesem günstigen Zeitpunkt „der Niederwerfung Frankreichs durch unsere Armee“ möglich sei und „niemals als Schwäche, sondern als Akt der imposanten Fernsicht“ erscheinen würde. Zugleich würde auf diese Weise die „Okkupation“ und „Besitzabtretung“ vermieden, die oft „mehr belasten als nützen“. Für den Kampf gegen England würde damit, insbesondere durch Benutzung der französischen Atlantikhäfen und Bedrohung der englischen Mittelmeerposition von Südfrankreich aus, dann die britische Blockade neutralisiert und zum Teil gebrochen. Vor allem würde „die wirtschaftliche Vereinigung und Emanzipation Mitteleuropas“ die Aussichten des britischen Widerstandes so reduzieren, daß England den Kampf beenden würde<sup>27)</sup>.

### Das Diktat des Wirtschaftskrieges

Lag hier der Schlüssel zum Kampf gegen England? Bethmann Hollweg ließ den an ihn herangetragenen Gedankengang weiter ausführen. Dieser stieß gerade in seinen Elementen der Zollunion auf parallele Überlegungen in der Reichskanzlei und im Innenministerium. Dort hatte sie der ehemalige Gouverneur Rechenberg an Delbrück herangetragen, der sich mit Wahnschaffe und Helfferich beraten

hatte<sup>28)</sup>. Die Analyse dieser Ideen führte den Kanzler zu seiner eigenen, in wesentlichen Punkten abweichenden Positionen<sup>29)</sup>. Er teilte nicht den idealistischen Optimismus, derartiges in Europa ohne Zwang durchzusetzen. Ihm war bewußt, daß sich damals eine europäische Großmacht auch im Augenblick der drohenden Niederlage kaum freiwillig bereitfinden würde, wesentliche, auch nur wirtschaftspolitische Souveränitätsrechte aufzugeben. Deshalb konnte dieser Plan nicht, wie Rathenau hoffte, als ausgehandeltes Separatabkommen, sondern mußte als hartes Diktat durchgesetzt werden. Und nur in der „Sternstunde“, wie sie mit einem Siege und einer Kapitulation Frankreichs heraufzukommen schien, kam eine solche Politik in Betracht. Deshalb war auch alles eingebettet in ein typisches „vorläufig“, „eventuell“ und „vielleicht“. Die konsequente Anwendung des Gedankens der Wirtschaftsunion auf Österreich-Ungarn verlangte dann — auch dies wurde dem Kanzler klar — sogar das Diktat gegenüber dem Bundesgenossen.

Die Versuchung war in diesen Tagen groß, denn Österreich-Ungarn war erschreckend schwach und drauf und dran, den Krieg gegen Serbien und Rußland zu verlieren — ein Moment, das durch das glanzvolle Zweigestirn der Sieger von Tannenberg im Hauptquartier nur für die deutsche Stellung nicht lebensgefährlich erschien.

Diesem Gedanken eines „Handstreiches“ gegen Österreich-Ungarn, wie Staatssekretär Delbrück die Rathenausche Vorstellung des politischen Druckes interpretierte, stand er als Verfassungsminister und rechtsstaatlich den-

28) Diese Vorgeschichte berichtet Delbrück dem Kanzler in seiner Antwort vom 13. Sept. 1914, pr. 17. Sept. 1914, DZA Potsdam, RK 2476, s. Anl. Nr. 23.

29) Bethmann Hollweg in seinem Ergänzungsschreiben zur Septemberdenkschrift an Delbrück vom 16. Sept. 1914, DZA Potsdam, RK 2476, siehe Anlage Nr. 24. Dieses Schreiben ist gleichzeitig die Antwort auf Delbrücks Brief vom 3. Sept. 1914, ZA Potsdam, Reichskanzlei, Mitteleuropäischer Wirtschaftsbund, Handel und Gewerbe, 1, 403 Bd. 1. Vergleiche dazu die wesentlich positiveren Formulierungen zur gesamteuropäischen Union im Brief an den Kanzler vom 13. (pr. 17.) Sept. 1914, DZA Potsdam, RK 2476, siehe Anlage Nr. 23. Der Schlüssel für die widersprüchliche Haltung Delbrücks, der von solchen Plänen während des Krieges nichts wissen wollte, scheint mir neben der Empörung über den gleichartigen Druck auf Freund und Feind die in Anm. 41 skizzierte Zeitvorstellung zu sein, vor allem auch die Frage, wie er sich Durchführung und Beendigung des „wirtschaftlichen Krieges“ gegen England dachte.

27) Rathenau an Bethmann Hollweg, 7. Sept. 1914, Eynern, S. 120 f.

kender Verwaltungsbeamter fassungslos gegenüber. In schärfster Polemik gegen solche Vorstellungen zerriß er in einem Brief an den Kanzler am 3. September geradezu Rathenaus Idee der Zollunion mit Österreich-Ungarn. In einem groß angelegten historischen Rückblick auf die Geschichte der Zollunionspläne seit 1853 ergab sich für ihn, daß Rathenau „in etwas anderer Aufmachung und ziemlich einseitig ein Problem erörtert, das die Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker der beiden großen Reiche seit über 80 Jahren nicht aufgehört hat zu beschäftigen.“ Wie das im Kriege gegen Österreich-Ungarn überhaupt durchgesetzt werden könnte und welche Konsequenzen in „wirtschaftspolitischer, technischer und staatsrechtlicher Beziehung“ mit einer solchen „Umwälzung“ verbunden seien, habe Rathenau offensichtlich nicht durchdacht.

Die Gesamthaltung Delbrücks ist schwer zu erfassen, denn eine wirtschaftliche Neuordnung in Westeuropa in der Folge des Krieges erwartete auch er, und zwar auf der Grundlage, wie er bereits am 3. September mit wachsendem Unterton einflocht, daß „wir“ Belgien und Holland, „wie ich annehme, nicht annektaieren wollen“. Aber die Vergewaltigung eines befreundeten „großen Reiches“ erschien ihm absurd und empörte ihn.

Wahrscheinlich hat er darüber hinaus den Aspekt des Wirtschaftskrieges, der ihm an sich nahe lag, bei Rathenau, dessen Vorkriegsideen in diesen Fragen er natürlich kannte, nicht vermutet und deshalb nicht gefunden. Abneigung, sich von in Verwaltungsfragen und staatsrechtlichen Problemen laienhaften Einflüssen stören zu lassen, hat sichtbar mitgespielt. Sein Schreiben vom 13. September an den Kanzler enthält dann bei aller Skepsis über die Möglichkeiten der technischen Durchführung, wie wir sehen werden, geradezu enthusiastische Töne des Aufbruches zu neuen Ufern einer europäischen Wirtschaftspolitik.

Auf seinen leidenschaftlichen Angriff gegen eine gewaltsame deutsch-österreichische Zollunion mußte er dann vom Kanzler als Antwort am 16. September entgegennehmen, daß es tatsächlich in diesem Kriege ohne den hegemonialen Druck auch auf den Bundesgenossen nicht ginge. Daß Bethmann Hollweg diese Gedanken in einer Antwort auf einen so energischen Protest seines Stellvertreters formulierte, zeigt, wie sehr er ihm als harte Notwendigkeit der Gesamtkriegführung erschien und daß er diesen Aspekt des Wirtschaftskrieges ver-

standen und übernommen hatte. Und so bereitete sich der Kanzler in Überschätzung der Möglichkeiten selbst einer erfolgreichen Marneschlacht nun einmal für die glücklichste Eventualität vor, um so überhaupt gegen England „durchzuhalten“.

### **Kampfmittel und Kriegsziel: das Dilemma der deutschen Politik**

Durchhalten! Dieses Wort ist keine Formel des dritten oder vierten Kriegsjahres, es ist bereits das Wort der Marneschlacht, und zwar sowohl des Reichskanzlers als seines Antipoden Tirpitz<sup>30)</sup>. Die Härte der in die Septemberdenkschrift aufgenommenen Forderungen, insbesondere das hohe Maß auch direkter Annexion und militärischer Okkupation von Schlüsselpositionen, erklärt sich aus dieser Vorstellung, daß Zwang auszuüben sei.

Ist diese Unterscheidung von Kampfmittel und Kriegsziel zu sehr konstruiert? Sowohl die Septemberdenkschrift als auch gerade die Briefe Rathenaus<sup>31)</sup> sind außerdem durch eine Polemik und Abwehrstellung gekennzeichnet, und zwar gegen jene, deren „Hoffnungen auf Erwerb . . . ins maßlose gesteigert sind“. „Jede Veränderung der Landkarte und jede Zahlung“ würde als möglich erachtet, „und keine genügt der Unersättlichkeit der unverantwortlichen Beurteilung“. Rathenau setzte dagegen das Ziel des „wirklichen Friedens“<sup>32)</sup>.

Der Reichskanzler war offensichtlich gerade in den ersten Septembertagen neben der Diskussion über die Kriegführung gegen England und in Zusammenhang mit ihr auch in eine Kriegszieldiskussion geraten. Das geschah

30) Bethmann Hollweg an Erzberger in seiner Antwort auf dessen Kriegszieldenkschrift vom 2. Sept. 1914, und zwar in Änderung eines Referentenentwurfes. Bei Basler ist beides abgedr. S. 29, Anm. 22, leider ohne Datierung. Das Aktenstück folgt mit Blatt 57 unmittelbar der Septemberdenkschrift vom 9. Sept. 1914 in DZA Potsdam, RK 2476. Für Tirpitz als Beispiele für sein Lieblingswort Briefstellen vom 8. Sept. 1914 und 12. Sept. 1914, Erinnerungen (1919), S. 399 und 401.

31) Die Abwehr der Annexionswelle steht noch stärker im Mittelpunkt bei Rathenau einen Monat später in seinen Briefen an Mutius vom 10. Okt. 1914 und — diesem Brief anscheinend beigelegt — an den Reichskanzler vom gleichen Tage, abgedr. bei Eynern, S. 125 und 127.

32) Brief an Mutius vom 10. Okt. 1914, abgedr. bei Eynern, S. 125. Obwohl nach der Marneschlacht geschrieben, deren politische Konsequenzen im Hinblick auf den Erfolg in Frankreich Rathenau sah, gelten diese Formulierungen auch für den 7. Sept. 1914, wo die Polemik gegen „Besitzabtretungen“ und den „diktierten Friedensvertrag“ ebenfalls vorhanden ist. Vgl. Eynern, S. 119 f.



meist auf Spaziergängen in Luxemburg oder an der kaiserlichen Tafel und bei improvisierten Lagebesprechungen etwa in seinem Quartier oder etwa durch das Zirkulieren der Denkschriften, z. B. der Erzbergerschen vom 2. Sept. 1914<sup>33</sup>). Die Politik spielte sich, wahrscheinlich durch die sehr unzureichende und ungemütliche Unterbringung in der Stadt Luxemburg und vorher in Koblenz verursacht, zum guten Teil auf der Straße ab, was ihr einen zwischen Unverbindlichkeiten und dem Prozeß der Meinungsbildung, dem Intrigieren und der amtlichen Stellungnahme schwankenden sehr improvisierten Status gab, bei dem selbst wichtige Depeschen die Runde machten und über die Ressortgrenzen hinaus nur wenig geheim blieb<sup>34</sup>).

Bei diesen Gesprächen waren, abgesehen von dem bohrenden Mißtrauen Tirpitz' gegenüber der „Flaumacherei“ des Kanzlers, noch keine festen Fronten entstanden. So blieben viele Ansichten undifferenziert im Gespräch und waren oft nicht verbindlich gemeint. So etwa, wenn Wilhelm II. beim Frühstück und dann auf einem zweistündigen Spaziergang am 19. August Tirpitz gegenüber den Gedanken entwickelte, man müsse „Frankreich erst gänzlich niederschlagen. Dann werde er Frankreich anbieten, ihm kein Gebiet zu nehmen, wenn es zu einem Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland bereit sei“<sup>35</sup>). Das war eine „Idee“, auf die dann am nächsten Tag der Reichskanzler in einer Besprechung mit Jagow, Tirpitz und Pohl „zu sprechen“ kam, ohne daß man wüßte, in welchem Sinn,

33) Nach Basler, S. 28 ging die Denkschrift an Reichskanzler, Generalstabschef, Kriegsminister und Staatssekretär des Reichsmarineamtes. Die Denkschrift wurde bereits 1926 von Tirpitz (Ohnmachtspolitik S. 69 f.) veröffentlicht. Über Erzbergers extremen Annexionismus jetzt die wertvolle Biographie von Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie (1962) S. 126 ff. Doch dürfte es nicht haltbar sein, wenn Epstein glaubt, hervorheben zu müssen, daß, wie Fischer überzeugend gezeigt habe, „Erzbergers Torheiten nicht nur von den Militärs, sondern auch von dem relativ nüchternen Bethmann geteilt“ würden. M. E. ist auch die von Basler zitierte Antwort Bethmann Hollwegs an Erzberger (s. Anm. 30) nicht in diesem Sinne zu verstehen, sondern als eine ausgesprochene Distanzierung. Das sagt schon der von Bethmann Hollweg zugefügte Schlußsatz: „Wenn auch alle Möglichkeiten durchdacht werden müssen, so hängen die schließlichen Entschlüsse doch noch von der weiteren Entwicklung ab“. Das trifft den Kern der Sache!

34) Vgl. RA III, S. 190, Moltke, Erinnerungen, Briefe, Dokumente (1922), S. 382 und Groener, Lebenserinnerungen (1957), S. 166.

35) Aufz. Tirpitz, Ohnmachtspolitik, S. 62.

und die Tirpitz in einem weiteren Gespräch am 27. oder 28. August selbst aufnahm, um dem Kanzler ein amputiertes Restbelgien als Pufferstaat auszureden, das doch nicht lebensfähig sei und das man Frankreich geben sollte „unter der Voraussetzung, daß Frankreich einen Frontwechsel vornehme und mit uns schlüge“<sup>36</sup>). So entstanden also selbst bei Kanzlergegnern Überlegungen, die in ihrem Effekt der Schonung und des Bündnisses mit Frankreich bei Rathenau oder beim Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Kanzlers, Delbrück, wiederkehrten, allerdings bei diesen in einer ernst gemeinten Konzeption. Man mag diese Überlegungen als illusionär und oberflächlich beurteilen. Bemerkenswert ist, daß Projekte völlig ohne Annexionen — natürlich im Hinblick auf eine Weiterführung des Krieges gegen die beiden Hauptgegner — ohne Gefahr für den politischen Ruf, und ohne den Ausbruch eines heftigen Intrigenspiels zu provozieren, offen erörtert werden konnten. Ein fester und bestimmter politischer Wille hätte hier wohl in fast jeder Richtung weitgehend sich durchsetzen können, wenn die Voraussetzung einer französischen Friedensbereitschaft im Augenblick des Einmarsches in Paris ernste Möglichkeiten geboten hätte.

### Die Analyse der Denkschrift

Hatte sich die Situation seit dem 27. August grundlegend geändert? Ist zielbewußter, übermächtiger Druck ausgeübt worden? Wenn man den Text der Septemberdenkschrift, vor allem die maschinengeschriebene Anlage, mit der von Bethmann Hollweg sehr stark umredigierten Antwort auf Erzbergers Denkschrift vergleicht, so zeigt sich, daß der Kanzler weit hinter den Formulierungen der Denkschrift zurückbleibt. Ja, er diktierte eine kaum verhüllte Ablehnung, um sich auf keine Ziele festlegen zu lassen. Sollte er unter starkem Druck gerade auch der Industrie durch die Vielzahl der Denkschriften gestanden haben und so sein Schreiben vom 9. September entstanden sein, so bliebe völlig unverständlich, warum er dann den ganzen politischen Effekt mit einem derartigen Rückzieher vernichten konnte, und das bei einem so redseligen und vielgeschäftigen Mann wie Erzberger. Andererseits war im Hauptquartier bekannt, daß der Kanzler gerade eine Meinungssammlung über die „westlichen Kriegsziele“ zusammengestellt, anscheinend „von sich aus“, da auch

36) Aufz. Tirpitz über Unterredungen mit dem Reichskanzler vom 27. und 28. Aug. 1914. Ohnmachtspolitik, S. 64.

Tirpitz „aufgefordert wurde“, seine „Ansicht zu äußern“<sup>37)</sup>.

Was bleibt als Impuls für diese Niederschrift verständlich, wenn weder Siegestollheit in bezug auf den Gesamtsieg noch eine politisch unumgängliche Abwehrreaktion des Kanzlers ins Feld geführt werden können? Vielleicht führt eine genauere Analyse des Textes dieses Schreibens vom 9. September 1914 weiter. Der Inhalt des Anschreibens konzentriert sich völlig auf das Mitteleuropaprojekt im Sinne Rathenaus und erwägt besonders, als an den Innenminister und Stellvertreter gerichtet, die innerpolitische Absicherung gegen die erwartete Opposition von Interessenverbänden und der traditionalistischen und durch Ressortenge skeptischen hohen, vor allem preußischen Bürokratie. Das Anschreiben orientiert sich an der Möglichkeit des — was die politische Situation angeht — plötzlichen Präliminarfriedens mit Frankreich, und dieses im Wirbel der Ereignisse seit dem französischen Angriff vom 6. September. Eile wäre verständlich. Dennoch ist das Anschreiben, obwohl von Riezler am 8. September abgezeichnet, erst am 9. September ausgefertigt worden, um dann am 10. September durch Postkurier nach Berlin abzugehen und endlich am 12. September in Berlin einzutreffen<sup>38)</sup>.

Demgegenüber zeigt die Anlage, die den Katalog der möglichen Ziele aufzählt, den man für alle Fälle vorbereitend bearbeiten sollte, alle Zeichen höchster Eile: eine unsystematische Aneinanderreihung wesentlicher und unwesentlicher Forderungen, z. T. Wiederholungen und sogar Widersprüche prinzipiellen Ausmaßes. Ein Referenzzeichen fehlt. Gibt es etwa keinen einzelnen Autor? Mein Eindruck ist, daß hier — eine Schreibmaschine belagernd — eine lebhaft diskutierende Gruppe mit Eifer versucht hat, möglichst schnell und vollständig zu Papier zu bringen, was eventuell alles in Frage käme und die Beamten in Berlin vorbereiten sollten<sup>39)</sup>.

In Punkt 1 sind Handelsabmachungen mit Frankreich auf der Grundlage getrennter Wirtschaftsgebiete gefordert, die eine direkte wirtschaftliche Schwächung wenn nicht Aus-

beutung beabsichtigten, um dann in Punkt 4 den „mitteleuropäischen Wirtschaftsverband“ zu postulieren, was ein grotesker Widersinn ist, und worauf Staatssekretär Delbrück in seiner Antwort auch unverblümt hinwies<sup>40)</sup>. Einmal wird die Abtretung Belforts, des Westabhanges der Vogesen, und — in einem handschriftlichen Zusatz — des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne von militärischen Gutachten abhängig gemacht, in Punkt 2 aber kann unter bestimmten Voraussetzungen „Französisch-Flandern mit Dünkirchen, Calais und Boulogne, mit großenteils flämischer Bevölkerung“ Belgien „angegliedert“ werden, und zwar aus politischen Gründen. Ob dieser Kombination auch strategischer Wert gegenüber England zukomme, hätten die zuständigen Militärs zu beurteilen. In radikaler Umkehrung der Motivation stehen nun also die militärischen Argumente als zusätzliche fast unnötige Ergänzung an zweiter Stelle.

Und der Kanzler? Hat er hier etwa mit ironischer Überlegenheit den annexionistischen Wirbel, der vor allem aus Berlin kam, in diesem Tohuwabohu sich ad absurdum führen lassen? Insbesondere weil ihm ein Diktat über Frankreich und Europa zum Kampf gegen England als Kampfmittel ohnehin notwendig erschien und in der bereits ausgebrochenen Kriegszieldebatte die differenzierte Trennung von Kriegsziel und Kriegsmittel politisch unnötig und verwirrend erschien? Man mag die-

39) Da diese Vermutung sich nicht exakt nachweisen läßt, wäre es eine Überinterpretation, den Teilnehmerkreis nach einzelnen Forderungen zu rekonstruieren, etwa das Zurückdrängen Rußlands Jagow zuzuschreiben, Calais und Boulogne Tirpitz, den Handelsvertrag, insbesondere die Finanzierungsfragen Helfferich, Mitteleuropa Riezler, eventuell Mutius, dem Kanzler die Überlegung, ob Nordbelgien annektiert werden sollte, und wohl auch Longwy-Briey. Aus dem Offenlassen der strategisch-militärischen Bedingungen könnte man schließen, daß etwa Falkenhayn oder Vertreter der Armee nicht dabei waren usw.

40) Delbrück an Reichskanzler vom 13. Sept. 1914, DZA Potsdam, RK 2476. Anl. Nr. 23: „Die Vorschläge zu 1 bis 3 quadrieren nicht ganz mit der Forderung zu 4. Es kann beispielsweise zweifelhaft sein, ob man ein Land wirtschaftlich bis aufs letzte erschöpft, das man dem eigenen Wirtschaftsgebiet anzugliedern hofft. Die Annexion des Erzbeckens von Briey kann überflüssig werden, wenn Frankreich und Deutschland ein Wirtschaftsgebiet werden.“ Bethmann Hollweg wußte das auch. Ende 1915 lehnte er vor dem Staatsministerium die Forderung Falkenhayns nach der Wirtschaftsunion mit Österreich-Ungarn ab, weil die Doppelmonarchie — da wirtschaftlich zu schwach — nur der nehmende Teil wäre — Protokoll der Staatsministerialsitzung vom 24. Nov. 1915, s. o. Kap. IV., Anm. 6.

37) Tirpitz, Ohnmachtspolitik, S. 68. Daß der Kanzler „von sich aus“ von Kriegszielen — in diesem Fall Belgien — anfang, ist Tirpitz nachträglich natürlich bei der späteren Verschlossenheit des Kanzlers in dieser Frage als sehr bemerkenswert aufgefallen.

38) S. Antwort Delbrücks an Bethmann Hollweg, 13. Sept. 1914, pr. 17. Sept., DZA Potsdam, RK 2476. Anlage Nr. 23.

sen Zug Bethmann Hollweg nicht zutrauen. Also eine unpolitische, unverbindliche, bürokratische Sammelarbeit? Vielleicht auch das. Aber vor allem sagt der Katalog für den Kanzler weniger etwas über das dahinterstehende Programm der europäischen Union aus — das ist das Thema des Begleitschreibens, das von seinem Stil geprägt ist — als vielmehr über die dazu in diesem Kriege notwendigen Zwangsmittel. In der Septemberdenkschrift erblicken wir, obwohl in Formeln eines traditionellen Präliminarfriedens und in Weiterentwicklung auch eines förmlichen Friedensvertrages gefaßt, nicht das Bild einer verfehlten Friedensordnung als Ausdruck hybriden Herrschaftsstrebens, sondern viel eher das Bild des totalen Krieges. Es ist, wenn der Vergleich gestattet ist, eher dem Kriegsdienstgesetz Hindenburgs von 1917 verwandt als dessen Kreuznacher Kriegszielprogramm. Dementsprechend sind die Friedensbedingungen an England und an Rußland nicht in Detailbestimmungen erörtert, sondern nur als Fernziel und endgültige Grundlage vorangestellt, um den Sinn des Präliminarfriedens — den Endsieg gegen diese unbesiegten Mächte — klar zu machen, sonst aber sind sie in Punkt 5 der Denkschrift ausgeklammert.

### Krieg ohne Frieden?

Aber für welche Dauer galt diese Herrschaft? Bis zum Kriegsende, bis zum endgültigen Siege, zum Siege über England? Hier liegt das große Dilemma der Konzeption des Kanzlers und aller jener, die vor dem Kriege mit der Flottenpolitik als Zwangsmittel zur Anerkennung der deutschen Bewegungsfreiheit in der Welt oder nun nach dem endgültigen Bruch den Kampf mit England als unvermeidbar und notwendig ansahen, und die doch zugleich in ihm den gefährlichsten, praktisch unbesiegbaren Feind erkannten, den höchstens zu haßerfüllter ohnmächtiger Toleranz der deutschen Macht zu zwingen sie im glücklichsten Fall das Reich fähig fanden. Zwischen Krieg und diesem ‚Frieden‘ verschwammen die Grenzen, und das um so mehr, als nach dem deutschen Siege auf dem Kontinent auch ohne Frieden mit England die Waffen schweigen und nur die Blockade, der unblutige Wirtschaftskrieg<sup>41)</sup>, wirken würde. Aus solchen Vorstellungen einer zwischen Waffenstillstand und Frieden schwankenden Rivalität formten sich auch Gedanken des abgebrochenen und deshalb später wieder von Deutschland oder England aufzunehmenden Krieges. Ein Gedanke, der häufig als Formel des zweiten

Punischen Krieges geäußert wurde. Deshalb gehen sowohl die Konzeptionen Rathenaus von der Kriegsorganisation in den Zukunftsplan des endgültigen Zustandes über, wie auch Bethmann Hollweg von einer grundsätzlichen „Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Mitteleuropas“ von „Zukunftsaussichten“ und von der Neuorientierung der Machtverhältnisse und der Koalitionen in Europa nach dem Kriege sprach. Vorwiegend allerdings als Ziel, um dessentwillen diese Kampfmittel eingesetzt wurden. Hier ist ein Umschlag von der totalen Verteidigung zur zumindest vorübergehenden Herrschaft in Europa, weil der Kampf mit England in die Alternative des alles oder nichts zu münden schien — jedenfalls für lange Zeit, falls England wirklich aufs ganze ging, woran Bethmann Hollweg letztlich nicht glauben wollte.

Nun läßt sich beim Reichskanzler auch später — wie wir gesehen haben — die Vorstellung einer Zementierung der Kriegsfrenten finden ohne diese Konsequenz weit gespannter Kriegsziele. Auch ein Deutschland, das sich lediglich behauptete, würde in einem friedlosen Europa die stets gefährdete und darum besonders zu sichernde Mitte sein, wenn es im ungünstigsten Fall nicht gelang, die Entente etwa auf späteren Friedensverhandlungen auseinanderzubringen. In dieser Klarheit, wie sich nachträglich die Konsequenzen zu Ende denken lassen, ist nicht gedacht worden. Gerade die Frage des Kriegsendes — schon der blinde Fleck in der Schlieffenschen Konzeption des großen Sieges über Frankreich — ist auch im Hinblick auf den deutsch-englischen Krieg völlig unklar. Wenn wir wüßten, in welchen Zeitperioden wirklich gedacht

---

41) Die Vorstellung des „wirtschaftlichen Krieges mit England“ auch nach den Waffenerfolgen auf dem Kontinent findet sich etwa bei Staatssekretär Delbrück in seiner Antwort an Bethmann Hollweg am 13. Sept 1914 — DZA Potsdam, RK 2476 Anlage Nr 23. Auch er rechnete übrigens mit einer kurzen Kriegsdauer, obwohl er nicht an einen Diktatfrieden glaubte, da ihm besonders die „schließlichen Erfolge unserer Waffen und vor allem der unserer Verbündeten“ noch gar nicht garantiert schienen. Das ist eine für die Zeit- und Kriegsvorstellung sehr kennzeichnende „unlogische“ Verknüpfung von Skepsis in den deutschen großen Sieg und Glauben an eine kurze Kriegsdauer. In seinen Memoiren, die von seinem Sohn Joachim v. Delbrück unter dem Titel „Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914“ 1924 herausgegeben worden sind, ist übrigens auf Seite 125 die Septemberdenkschrift und Delbrücks Antwort für den Kundigen klar erkennbar erörtert — ein Hinweis, der in 39 Jahren nicht aufgenommen worden ist.

wurde, würden sich manche politischen Konzeptionen ganz anders lesen. „Der Krieg wird nicht so kurze Zeit dauern, wie manche denken. England, welches die Ursache von allem Bösen ist, merkt auch, daß es für seine Weltstellung kämpft“. Ein prophetisches Wort? Die Konzeption der ‚ewigen‘ Auseinandersetzung? „Vor Frühjahr ist m. E. der Krieg sicher nicht beendet. Es steht uns also ein harter Winterfeldzug bevor.“ Das schrieb Tirpitz<sup>42)</sup>. Mehr vermag selbst dieser Mann sich nicht als Kriegsdauer vorzustellen, der vom Vernichtungswillen Englands überzeugt ist, der schon im September 1914 die Kriegserklärung Rumäniens täglich erwartete<sup>43)</sup>, trotz Tannenberg mit einem zweiten russischen Einbruch in Ostpreußen rechnete<sup>44)</sup> und mit großer Sorge die amerikanischen Waffen- und Materiallieferungen an Frankreich verfolgte<sup>45)</sup> und meinte, „im ganzen steht unsere Sache nicht gut.“<sup>46)</sup>

### Späte Kabinettpolitik

Wie die Zeit, so erschien 1914 das politische Geschehen des Weltkrieges den Politikern — wie den Militärs die Kriegführung — noch in den Auswirkungen und Konsequenzen verfügbar zu sein und die „Direktion“ im tieferen Sinne noch möglich. Da ist die strikte Geheimhaltung der Denkschrift, die ablehnende Antwort an Erzberger, die Beschränkung des Kreises der Wissenden auf ein Minimum, die Ausschaltung der Bürokratie und der Verzicht auf zuviel Schriftliches, gleichzeitig aber die Formulierung der für das preußisch-deutsche Staatsgefühl revolutionären Pläne<sup>47)</sup> und in-

nerpolitischen Konstellationen. Da wird versucht, dieses Programm eines Wirtschaftskrieges in einen traditionellen völkerrechtswirksamen Friedensvertrag zu zwingen. Wir finden eine Zeitrechnung nach Wochen und Monaten. In dieser Altes und Neues so vermischenden Art offenbart sich das Werk eines späten Kabinettpolitikers, der sich auf eine verheißungsvolle und bedrohliche Eventualität zugleich vorbereiten wollte, ohne sich festlegen zu müssen. Man ist erstaunt, in welchem Maße Bethmann Hollweg, der doch so oft den Druck der öffentlichen Meinung zur Sprache brachte, glaubte, sich über sie bei einer gewissen Vorbereitung jederzeit hinwegsetzen zu können. Er hielt das selbst bei Plänen für möglich, die den Bereich der Kabinettpolitik weit hinter sich ließen, sowohl dadurch, daß in sie weiteste und mächtige Interessen verwickelt waren, als auch dadurch, daß sie in einem modernen Industriestaat zu organisatorisch tiefgreifenden und unwiderflichen Umgestaltungsprozessen führen mußten.

Rathenau und Delbrück sahen in dieser Hinsicht weiter. Beide haben — und gerade auch der Staatssekretär als Vater der wirtschaftlichen Mobilmachung, über die er sich vor dem Kriege mit dem Kanzler sogar überworfen hatte — Fragen des „wirtschaftlichen Krieges“<sup>48)</sup> vor Augen. Doch wußten sie, daß die politischen und ökonomischen Gegenmaßnahmen, nämlich Mitteleuropa, unwider-

48) Delbrück sprach in seinem Brief vom 13. Sept. an Bethmann Hollweg von der handelspolitischen Abteilung des Reichsamtes des Innern unter Ministerialdirektor Müller als der Abteilung, die für den „wirtschaftlichen Krieg“ zuständig und überlastet sei. Er hielt ihren Leiter neben Rechenberg, als einen der Mitteleuropaanreger, zur Bearbeitung dieser Fragen für den richtigen Mann. Das deutet darauf hin, daß Delbrück als Vertreter der wirtschaftlichen Mobilmachung diesen Zusammenhang begriffen hat. Andererseits dachte er nach seinen Memoiren, die 1917 geschrieben sind, bei den Vorschlägen Rathenaus und der Septemberdenkschrift des Kanzlers anscheinend mehr an Kriegsziele, die noch lange nicht reif seien und deren Vorbereitung jetzt nicht das wichtigste sei (Clemens v. Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914 (1924), S. 127), da der Übergang zur Kriegswirtschaft die volle Arbeitskraft absorbiere (a. a. O., S. 124). Er verstand angeblich überhaupt die ganze Eile des Kanzlers nicht (a. a. O., S. 125 u. 127), — wahrscheinlich, weil er einem Kanzler, der seine Maßnahmen zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung in Friedenszeiten gestört hatte, derartige Gedanken der wirtschaftlichen Kriegführung nicht zutrauen konnte oder wollte. Der Kapiteltitel in seinen Memoiren (S. 75) lautet „Obstruktion des Reichsschatzsekretärs und Reichskanzlers“.

42) Tgb. Tirpitz vom 11. Sept. 1914, Erinnerungen (1919), S. 400 Diese „tagebuchartigen Aufzeichnungen“ wurden von Tirpitz „regelmäßig spät abends oder kurz vor Abgang der Kuriermappe flüchtig hingeworfen“ und gingen dann als Kriegsbriefe wahrscheinlich an seine Frau (Tirpitz, Erinnerungen (1919), S. 393).

43) Tgb. Tirpitz vom 23. Sept. 1914, Erinnerungen, S. 406

44) Tgb. Tirpitz vom 23. Sept. 1914, Erinnerungen, S. 406

45) Tgb. Tirpitz vom 21. Sept. 1914, Erinnerungen, S. 405

46) Tgb. Tirpitz vom 22. Sept. 1914, Erinnerungen, S. 405 Diese Sorgen hatte er bereits vor der Marneschlacht. Sie drückten nun umso schwerer, „nachdem unser Hauptplan offenbar mißglückt ist“. Vgl. zur Zeitvorstellung auch Clemens Delbrück in Anm. 41.

47) Im Anschreiben vom 9. Sept. 1914 an Delbrück und, ihm sehr ähnlich, Delbrück in seiner Antwort vom 13. Sept. 1914, DZA Potsdam, RK 2476, Anlage Nr. 22 und Nr. 23

ruflich sind und deshalb nach innen wie nach außen auf einer tragfähigen Dauerordnung beruhen mußten. Also kein Diktat gegenüber Frankreich und Reform im Innern, wenn nicht sogar Parlamentarisierung<sup>49)</sup>. Der Kanzler dagegen wußte, daß außenpolitisch das Kampfmittel der europäischen Union nur als Diktat durchgesetzt werden konnte und der Zwang des Krieges dieses Mittel nötig machte. Aber sein außenpolitischer Realismus wollte sich die sogar wahrscheinliche Eventualität eines ausgehandelten Friedens offen halten, der auch eine für die anderen Großmächte tragbare Grundlage enthalten würde, so daß er an einen unwiderruflichen Schritt nicht zu denken wagte, sondern jederzeit im Sinne der Kabinettspolitik manövrierfähig bleiben wollte.

Und genauso sollten auch die Eventualziele vorläufiger oder langfristiger Kampf- und Okkupationsziele jederzeit revidierbar sein, ohne nun gleichzeitig auf dem Wege der Differenzierung nach Zwischen- und Endziel dem Chor der Annexionisten, der vor allem von Berlin her kam, ohne Not entgegenzutreten, da mindestens ein Stück Weges gemeinsam war. Dies ist ohnehin ein Faktum, das im politischen Alltag leicht mehr zählt als eine streng logische Trennung, wie wir sie in der Analyse seiner Gedanken nachträglich vornehmen können.

Immerhin fällt auf, daß in dem Schriftwechsel mit Delbrück die einzelnen Ziele überhaupt nicht erörtert werden, sondern nur der Plan der Zollunion<sup>50)</sup>. Bei ihm rechneten Kanzler und Innenminister mit großen Widerständen im Reiche, bei Wirtschaftsverbänden und in der Bürokratie. Bethmann Hollweg wollte sie deshalb von der Erörterung ausschalten. Delbrück suchte einen Mann, dem er diesen großen Plan zur technisch-politischen Ausarbeitung anvertrauen konnte, ohne mit nationalistischer oder konservativ preußischer Obstruktion rechnen zu müssen, und er wußte nur zwei Leute, von denen er Rechenberg als

49) Delbrück wollte gerade, was die Kriegszielparteien neben und entgegen dem Kern — dem Mitteleuropaprogramm — anging, durch seine innenpolitische Analyse gleichzeitig warnen, keine Ziele zu postulieren, die mit den Vorstellungen der SPD in unüberbrückbarem Widerspruch ständen. In dieser Frage wollte er den Kanzler geradezu aufklären, „zumal Eure Exzellenz aus den zensurierten Zeitungen wenig erfahren und Besuche im Felde nicht empfangen können“. Brief vom 13. Sept. 1914 an den Kanzler, DZA Potsdam, RK 2476, Anlage Nr. 23.

50) S. o. Anm. 29.

einen der Annreger betraute. Delbrück erwartete die größten inneren Schwierigkeiten. „Während wir bisher ‚die nationale Arbeit‘ zu schützen suchten, soll in Zukunft auf dem großen Gebiete von den Pyrenäen bis zur Memel, vom Schwarzen Meer zur Nordsee, vom Mittelmeer bis zur Ostsee in der Hauptsache das freie Spiel der Kräfte walten“. Er verstand die Denkschrift seines Kanzlers so, daß im Vertrauen auf die deutsche Wirtschaftskraft die europäische Konkurrenz sich frei entfalten dürfe, weil „wir“ — und dieses „wir“ ist revolutionär zweideutig; es heißt Deutschland und Deutschland als Teil Europas zugleich — „nicht mehr um die Herrschaft auf dem inneren Markte (kämpfen), sondern um die Herrschaft auf dem Weltmarkt, und den übermächtigen Produktionsmöglichkeiten der transatlantischen Welt“, denen nur „ein zollgeeintes Europa mit dem nötigen Nachdruck gegenüberzutreten könne“<sup>51)</sup>. „Man wird sich darüber klar sein müssen“, fuhr Delbrück fort, „daß eine solche Politik nicht mit der Rechten und nicht ohne die Sozialdemokratie, jedenfalls nur mit einer liberalen Mehrheit durchzuführen sein wird“. Wie hat der Innenminister und Stellvertreter des Kanzlers das Programm seines Chefs verstanden, wenn es nur gegen rechts und mit der Sozialdemokratie durchzuführen sei? Konnte ein Innenminister annehmen, daß er für ein Eroberungsprogramm die Hilfe der demokratischen Parteien insbesondere der SPD bekam, das in völliger Verkehrung der späteren Fronten gegen rechts durchgesetzt werden mußte?

### Der deutsche Frieden im September

War also tatsächlich an kein Eroberungsprogramm gedacht? Oder wollte Delbrück vor den innenpolitischen Gefahren eines solchen Programms warnen? Der klare Wortlaut der September-Denkschrift enthält trotz der vielen Einschränkungen Eroberungsziele genug. Gab es eine stille Übereinkunft zwischen Bethmann Hollweg und Delbrück, sie mit Schweigen zu übergehen? War es so, daß das einzige Eroberungsziel, das der Kanzler selbst hatte, das Erzbecken von Briey-Longwy, deshalb als einziges vom Vizekanzler erörtert wurde und er es unter Hinweis auf die weiteren Perspektiven ihm auszureden versuch-

51) Das sind Formulierungen, die mit Rathenaus Vorstellungen sehr zusammenstimmen, so daß die Distanzierung in den Memoiren, die 1917 abgefaßt sind, sich als Absage an die spätere Kriegszielpartei erklären läßt, zu der er wohl Rathenau zählte.

te<sup>52)</sup>? Gilt das Urteil vom Umschlag der Verteidigungs- und Besatzungspolitik für die Zeit des Krieges in Herrschaftsziele bis zu einem schier unerreichbaren endgültigen Frieden doch nur in den Extremen von drei bis acht Monaten? Schlieffen hat in seinem Aufsatz von 1909 „Der Krieg der Gegenwart“ den hochspezialisierten vom Welthandel und geregelter Wirtschaftstätigkeit abhängigen Staaten Europas nur die Fähigkeit der totalen Kriegführung von kürzester Zeit gegeben. Ein vierjähriges Inferno war unvorstellbar<sup>53)</sup>.

Klar scheint mir allerdings zu sein, daß für den Kanzler im September nur ein Frieden denkbar war, der es England unmöglich machen würde, jemals wieder Deutschland machtlos einer tödlichen Blockade auszusetzen. Deshalb lehnten Kanzler und Auswärtiges Amt das amerikanische Vermittlungsangebot vom 9. September 1914 ab, weil es den Krieg unentschieden und ohne Veränderung der deutsch-britischen Machtverhältnisse enden lassen würde<sup>54)</sup>. Um ein militärisch unbesiegbares England dahin zu bringen und es auch „für erdenkliche Zeit“ daran zu binden, Deutschland von der Welt nicht wieder abzuschneiden, bedurfte es im Kriege und in einer friedlosen Nachkriegszeit der Ausschaltung der „Bundesgenossen“ eines Krieges „à outrance“, also Frankreichs, Belgiens und, wirtschaftlich gesehen, auch Hollands, einer Ausschaltung also der drei Westmächte, die angesichts der Überbewertung Englands im Urteil der Deutschen zu reinen Satelliten abgewertet waren. Zu diesem Ziel sind auf der Grundlage des schnellen Sieges über Frankreich vier Wege diskutiert worden:

52) Diese Stelle schreibt Fischer, a. a. O., S. 109, Anm. 14 irrtümlich dem Kanzler zu in Verwechslung der beiden Schreiben Kanzler/Delbrück 16. Sept. 1914 und Delbrück/Kanzler 13./17. Sept. 1914. Den wirklichen Zusammenhang bei Delbrück siehe Anm. 40 und Anlage Nr. 23. und Nr. 24. Hatte vielleicht auch der Kanzler die einzige ihm zu weitgehende und gefährliche, weil von „Seiner Majestät immer wieder“ ausgesprochene Forderung der Aussiedlung französischer Grenzstriche im Begleitschreiben nur gezwungenermaßen erörtert und aus der Welt schaffen wollen?

53) Schlieffen in „Der Krieg in der Gegenwart“, zuerst anonym veröffentlicht in der „Deutschen Revue“ Januar 1909, wieder abgedr. in: Generalfeldmarschall Graf Alfred von Schlieffen, Ges. Schr., Bd. 1 (1913), S. 17.

54) Zimmermann an Bethmann Hollweg, Tel. Nr. 834, 9. Sept. 1914 und Bethmann Hollweg an AA, Tel. Nr. 40, 12. Sept. 1914, AA, Wk Gr Hq 21, Bd. 1. Daß Botschafter Gerard diese Antwort nicht unbedingt als Ablehnung empfand, ist dabei eine andere Sache.

1. Frankreich sollte aus Angst vor den Folgen einer Niederlage ein Kriegsbündnis gegen England im Rahmen des Status quo eingehen — das war die „Idee“ des Kaisers und Tirpitz.
2. Westeuropa würde in einer als freiwillig erwarteten Wirtschaftsunion organisiert werden im Vertrauen auf die hegemoniale Wirkung der deutschen Wirtschaftskraft. Das war der Vorschlag Rathenaus.
3. Der Kanzler entschied sich für die Wirtschaftsunion, sah aber, da er an Freiwilligkeit bei europäischen Großmächten nicht glaubte, nur den Weg des Diktates.
4. Zugelassen hat er, daß in den Plan einer Wirtschaftsunion völlig wesensfremde auf direkte Schwächung und Verstümmelung Frankreichs und Belgiens gerichtete Teilziele einfließen, wahrscheinlich, weil er auf dem Wege zum Diktat die Unvereinbarkeit der Zielsetzungen nicht durchschaute und außerdem durch eine Opposition gegen Einzelziele — von denen er Longwy-Briey und Nordbelgien selbst erwog — nicht das immer wache Mißtrauen seiner Gegner zu früh wecken wollte.

Die Vorläufigkeit aller Einzelziele war ihm bewußt<sup>54a)</sup>, weil das Ende des Krieges gegen England ungewiß und wohl auch aus Hilflosigkeit nicht nüchtern durchdacht war, wie sich der Abbruch des Krieges durch England gestalten sollte. Nur soviel schien klar, daß die Machtbehauptung gegen England nur auf Kosten der Großmachtstellung Frankreichs zu sichern war<sup>54b)</sup>.

So war im September 1914 in der Reduzierung des Krieges auf einen Zweikampf Deutschland-England der Blick auf eine konstruktive Friedensordnung nicht frei, weil er rückwärts gebannt war auf die Verhinderung einer zweiten Blockade und eines erneuten Wirtschaftskrieges.

Nüchternheit blieb erhalten in dem traditionellen Bereich des Landkrieges. Ein Scheitern des Kriegsplanes gegen Frankreich und ein

54a) S. o. Anm. 33.

54b) Im ersten Band, der gerade jetzt erschienenen zweiten stark erweiterten Auflage des großen Werkes von George W. F. Hallgarten, Imperialismus vor 1914, weist er auf S. 584 darauf hin, daß schon 1904 im deutschen Auswärtigen Amt sich die Politik ausbildete, für den Fall eines „Krieges mit England, sich an Frankreich als dem englischen Bundesgenossen schadlos zu halten“, einer Politik, die dann unter dem Namen der Holsteinschen „Geiseltheorie“ vor allem während der ersten Marokko-Krise zum Durchbruch kam. Es wäre eine Untersuchung wert, ob hier etwa eine Kontinuität mit der Haltung im September vorliegt.

im Sinne der damaligen Zeitvorstellungen langandauernder Erschöpfungskrieg zwischen den beiden großen Mächten des Kontinents hat man im deutschen Hauptquartier nicht ausgeschlossen und sogar für wahrscheinlich gehalten, wenn auch der Glaube an einen schließlichen Sieg gegen Frankreich nie erschüttert war.

Der Leser wird gespürt haben, wie widerspruchsvoll und schwierig jede politische Entscheidung und ebenso auch deren Darstellung sein muß, in dieser zwiespältigen Situation für Deutschland, in der die Weichen des Krieges sich auf den Sieg für Deutschland zu stellen schienen und gleichzeitig die Frage hereinbrach, ob Deutschland einen Weltkrieg gewinnen könne. Dieses Dilemma schlägt sich in den zwei Teilen der Denkschrift nieder, die zwei politische Programme enthält. Sie ist in dieser Mehrdeutigkeit ein typisches Zeugnis der Politik Bethmann Hollwegs, der sein eigenes politisches Urteil vorsichtig in der Wendung der unglücklichsten Eventualität aussprach und alle Gegenpositionen als glückliche aber unwahrscheinliche Eventualitäten aus taktischer Vorsicht und im stillen Neid gegen diesen Mut zur Zuversicht in seine Schriftstücke aufnahm — eine Methode, die er hier noch sehr distanziert durch eine im Anhang beigefügte Denkschrift anwandte und im Raisonement vom 19. November 1914 viel weitgehender verwirklichte.

## Nach der Marneschlacht

Mit der Marneschlacht gingen die zwei Zielsetzungen für den Reichskanzler unwiderruflich verloren: das negative, England aus eigener Kraft die Möglichkeit zum überwältigenden Druck auf Deutschland zu nehmen, und das positive, in Europa sogar mit den Kräften der Demokratie zu neuen Ufern zu gehen, wobei Herrschaft und liberaler Neuanfang, Nationales und Übernationales vermischt waren. Von der Mitteleuropaidee wandte er sich in einem Maße ab, daß er, als Falkenhayn mit den gleichen Motiven der Antwort auf den britischen Erschöpfungskrieg sie an ihn herantrug, diesen Gedanken ablehnte in Form und Worten, die nie vermuten lassen, daß das gleiche Ziel genau 12 Monate vorher von ihm formuliert worden war<sup>55</sup>). Was später davon wiederkam, war ohnehin nicht mehr die Union mit dem Schwerpunkt in Westeuropa, denn Frankreich war unbesiegt, sondern es diente eher der Festigung des Kriegsverbündnisses gegen eine unerschütterte feindliche Koalition, und es wurde auch ein Mittel, um die leidige polnische Frage zu lösen. Bethmann Hollweg wollte im Herbst 1915 nicht die deutsche Wirtschaft als ausschließlich gebenden Teil an Österreich-Ungarn binden und hielt weiter gehende Ziele ohne Sieg und im Kriege für völlig utopisch.

## VI. Sonderfrieden mit Frankreich?

Der Glaube an einen großen Sieg auch nur über Frankreich war endgültig dahingegangen. Was blieb, war eine vielleicht günstige Front und Machtstellung beim Auslaufen des Krieges, die das eine oder andere begrenzte Objekt verwirklichen ließ. In einem Ende ohne diese Vorteile war es dann ein Sieg, sich selbst zu behaupten und die Faustpfänder sich mehr oder weniger teuer abkaufen zu lassen. Die große Hoffnung des Umsturzes der Mächtekonstellation, die bis zur Marneschlacht aus eigener Kraft mit Gewalt erreicht werden sollte, blieb nur, wenn einer der Entente-partner zum Bruch mit seinen Verbündeten gebracht würde und einen Separatfrieden mit Deutschland schloß, der eo ipso das Band der Koalition auf immer oder lange zerschnitten hätte.

Und folgerichtig versuchte der Reichskanzler zuerst den Separatfrieden mit Frankreich,

denn er glaubte sogar mitten im Kriege an eine Versöhnung mit dem historischen „Erbfeind“. Nachdem Frankreich die Wunde von 1870 „wohl verwunden“ habe, müsse es — so entgegnete Bethmann Hollweg den annexionistischen Industriellen — nach Möglichkeit geschont werden; es von neuem zu verstümmeln, hieße nichts anderes, als „die unnatürliche Coalition, der wir uns jetzt gegenüberbefänden, zu verewigen“<sup>56</sup>). Auch der Generalstabschef hatte am 18. November die Zustimmung der OHL angekündigt, „Frankreich einen ehrenvollen Frieden zu

55) Protokoll der Staatsministerialsitzung vom 24. Nov. 1915, s. o. Kap. IV, Anm. 6.

56) Aufzeichnung Stresemanns über Konferenz beim Reichskanzler am 8. Dezember 1914, abgedruckt in Aus Politik und Zeitgeschichte B 24/61, S. 335, s. Kapitel IV, Anmerkung 38 ff.

bewilligen“, und erklärt, „auch von Frankreich verlange er kein Land“, weder den Vogesenabhang noch das Vorland von Metz (bassin de Briey)“. Falkenhayn, so hörten wir<sup>57)</sup>, hatte sogar von seiner „festen Überzeugung“ gesprochen, daß eine Verständigung mit Frankreich gelingen würde und von der „Notwendigkeit, daß wir uns nach dem Frieden mit Frankreich ins Einvernehmen setzten“. Dementsprechend glaubte er auch in der Unterredung, in der ihn drei Tage zuvor Tirpitz für die Idee des russischen Sonderfriedens gewann, „den Ausweg mehr über Frankreich zu suchen als über Rußland“<sup>58)</sup>; und in den folgenden Wochen kam er wiederholt darauf zurück, daß es doch Aufgabe der deutschen Politik sei, „Frankreich vom Dreiverband abzusprennen“<sup>59)</sup>.

Einem solchen Versuch stand freilich manches entgegen. Nach Tirpitz waren die Franzosen nicht für einen Frieden zu haben, solange sie auf den russischen Bundesgenossen zählen konnten. Schließlich hatten sie dort — nicht zuletzt aus militärischen Gründen — Milliarden investiert, und eben jetzt führte ihnen die Invasion der Deutschen drastisch vor Augen, daß Frankreich auf die historische Politik der östlichen Allianz angewiesen war. Außerdem bedeuteten die hunderttausend Engländer auf französischem Boden eine Bindung an das britische Imperium.

Vor allem hatten die Franzosen gar nicht nötig, sich auf Friedensbesprechungen einzulassen, die ihnen bestenfalls den Status quo versprochen. In jenen Novembertagen, als sich der deutsche Generalstabschef für den Verständigungsfrieden mit Frankreich aussprach, suchte im Wiener Außenministerium Graf Hoyos, nach einem Wege, um französische Politiker für die Idee eines Separatfriedens mit den Mittelmächten zu gewinnen, und zwar unter dem „Eindruck, daß man auch in Berlin ganz gerne bereit wäre, mit Frankreich zu sprechen und erträgliche Bedingungen zu stellen“. Am 17. November wies Hoyos im Auftrag seines Ministers den k. u. k. Gesandten in der Schweiz, v. Gagern, an<sup>59a)</sup>, eine Persönlichkeit ausfindig zu machen, die hierfür die Vermittlung übernehmen könne;

57) Raisonement vom 19. Nov. 1914, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 284 f.

58) Tagebuch Tirpitz vom 15. Nov. 1914, Erinnerungen (1919), S. 427, weitere Belege siehe Kapitel IV, Anmerkung 1

59) Tagebuch Groener vom 22. Jan. 1915 über Gespräch mit Falkenhayn, Lebenserinnerungen (1957), S. 217.

am besten sei es, einem angesehenen Gelehrten zu suggerieren, daß er sich mit einer solchen Aktion Verdienste um die Menschheit erwerben könne. Es gelang dem Gesandten auch, den Pazifisten Alfred Fried zu gewinnen. Aber die Voraussetzungen waren auch nach Hoyos militärische Erfolge der Deutschen in Flandern und in Rußland. Ohne diese sei Frankreich „noch nicht genügend entmutigt“, um für irgendwelche Sonderabkommen zu haben zu sein.

Dennoch beschäftigte sich Bethmann Hollweg in den ersten Januartagen mit dem Gedanken an einen französischen Sonderfrieden. Dafür hoffte er, sich einer Figur auf dem europäischen Schachbrett bedienen zu können, die noch des Einsatzes harrete. Der italienische Dreibundpartner verfügte über eine intakte Armee von über einer Million Mann, die zudem noch in ihrer Kampfkraft überschätzt wurde. Mit einem Kriegseintritt Italiens auf seiten der Mittelmächte, vielleicht bereits mit der drohenden Bereitschaft dazu, glaubte der Reichskanzler die Franzosen friedenswillig zu machen. Nun suchte die deutsche Diplomatie schon im November 1914 die italienische Regierung zu überzeugen, daß Italien mit wenig Kraftaufwand und geringem Risiko einen „gewaltigen“ und „sicheren“ Gewinn erreichen könne. „Rom braucht nur die Hand auszustrecken“, lockte Zimmermann im Gespräch mit dem italienischen Botschafter<sup>60)</sup>, „und Corsica, Nizza, Savoyen, Tunis sind sein“. Durch Eingreifen auf seiten seiner Verbündeten, so ließ Bethmann Hollweg dem italienischen Außenminister sagen<sup>61)</sup>, böte sich Italien jetzt die Gelegenheit, „die Rolle des Züngleins an der Waage zu spielen und das Ende des Europa und die ganze Welt wirtschaftlich und kulturell schädigenden erbitterten Kampfes mit eigenem Vorteil herbeizuführen“. „Wir würden uns anheischig ma-

59a) Graf Hoyos an den Gesandten von Gagern (eigenh. Konzept), ganz geheim, vom 17. Nov. 1914 und Brief Gagerns an Hoyos vom 22. Nov. H. H. St.A. Wien, P.A. I/952. Das Schreiben Hoyos kreuzte sich mit einem Brief Gagerns an Berchtold, in dem statt der Idee eines Separatfriedens Frankreichs mit den Mittelmächten „französisch-russische Desiderata“ für einen Separatfrieden mit Österreich-Ungarn allein behandelt wurden.

60) Bericht über Unterredung Zimmermanns mit dem italienischen Botschafter Bollati in Tel. Nr. 974, Zimmermann an Kaiserliche Botschaft Rom, 3. Nov. 1914, AA, Deutschland 128, Nr. 1.

61) Bethmann Hollweg an AA für Kaiserliche Botschaft Rom, Tel. Nr. 92, 7. Nov. 1914 (Reinkonzept von der Hand Bethmann Hollwegs), AA, Deutschland 128, Nr. 1.



chen, Italien jeden Siegespreis zu verschaffen zu suchen, den es selbst wünscht.“ Und er versprach, sich bei dem österreichischen Bundesgenossen dafür einzusetzen, daß dieser Italien das Trentino abtrete. Das war das auch Welschtirol genannte Gebiet um Triest — nach der 1859 an die italienische Einheitsbewegung verlorenen Lombardei und dem 1866 abgetretenen Venetien —, das letzte mit italienischer Irredenta, das noch unter der habsburgischen Herrschaft stand.

Während die deutschen Bemühungen um eine Preisgabe des Trentino in Wien auf starken Widerstand stießen, empfahl Bethmann Hollweg dem als Sonderbotschafter nach Rom entsandten früheren Reichskanzler, Fürst Bülow, den Italienern vor Augen zu führen, was sie mit einem Kriegseintritt als Dreibundpartner gewinnen könnten<sup>62</sup>). Dabei war nicht mehr, wie in dem Angebot Zimmermanns, von territorialen Erwerbungen französischen Gebietes die Rede, sondern es stand die Aussicht im Mittelpunkt, damit Frankreich zum Sonderfrieden zu zwingen und so den Italienern eine starke Mittelmeerstellung und eine weltpolitische Rolle zu verschaffen. So ließ der Kanzler in einem Telegramm vom 5. Januar 1915 wissen: „An Zertrümmerung Frankreichs haben wir kein Interesse und könnten ihm ehrenvollen Frieden gegen entsprechende Kriegsentschädigung und Abtretung eines Teils seiner Kolonien ‚Congo‘ gewähren.“ Bei „Absplitterung Frankreichs“ könne der Krieg mit einem „sicheren Sieg“ über Rußland und England beendet werden. Dann seien „relative Schwächung Frankreichs, ein Damm gegen die slawische Gefahr und Erschütterung der englischen Weltherrschaft erreicht“.

Man mag für solche optimistische Perspektive berücksichtigen, daß sie an die Adresse des zu gewinnenden Italiens gerichtet werden sollte. Dieses hatte schon bei den Dreibundverhandlungen darauf hingewiesen, daß es angesichts seiner langen Küsten der englischen Seemacht nicht gewachsen sei. So mußte ihm Bethmann schon „Erschütterung englischer Weltherrschaft“ in Aussicht stellen, obgleich er in seinem Raisonement vom 19. November — allerdings ohne Italiens Einsatz — damit rechnete, daß England mit Friedensschluß sich im Besitze „einer materiell nicht besiegten Flotte und der nicht gebrochenen Herrschaft über den Welthandelsverkehr“ befinden wür-

de. „England gegenüber aber wäre unsere Macht sehr gering.“<sup>63</sup>) Man wird auch bedenken, daß das Telegramm Bethmann Hollwegs vom 5. Januar sich an einen möglichen Kanzlerkandidaten, also an einen seiner Gegner, richtete, die, wie der nationalliberale Parteiführer Bassermann, ihn als „Flaumacher“ in der Kriegszielfrage, insbesondere wegen seiner „schlappen“ Haltung gegenüber England stürzen wollten<sup>64</sup>). Der Gedanke, die italienische Regierung zu einer Drohung oder gar zu einem ernstlichen Druck auf Frankreich zu bewegen, war freilich angesichts der allgemeinen Machtlage und der öffentlichen Meinung in Italien eine Illusion.

Das brachte Bülow in seiner Antwort<sup>65</sup>) zum Ausdruck und meinte auch, daß der Versuch,

63) Raisonement vom 19. Nov. 1914, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 285.

64) Es wirkt geradezu grotesk — und dies wird nicht einmal von dem so „patriotischen“ Claß empfunden — wie Bassermann, der als Major der Landwehr der Reserve in der Justizverwaltung des Generalgouvernements Brüssel tätig war, in Uniform und mit dem Eisernen Kreuz geschmückt, in seinem Arbeitszimmer auf und ab marschiert und „mit Armen und Füßen stark in der Luft arbeitend“ ausruft: „Das sage ich Ihnen, wir können den Krieg nur gewinnen und Sie erst recht können Ihr Kriegsziel nur durchsetzen, wenn . . . schnell verschwindet“. Dann wieder stehenbleibend: „Sie wissen, wen ich meine? ‚Natürlich‘, antwortete ich, ‚den Kanzler‘. Er ausbrechend: ‚Lieber Herr Kollege, wie werden wir den Kerl los: an der Front ist sich jeder klar, daß der Krieg verloren ist, wenn wir den behalten‘.“ Und nachdem Claß ihm vorgeschlagen hatte, als Führer seiner Partei im Reichstag rücksichtslos die „entsetzliche Politik Bethmanns“ im Reichstag bloßzustellen, dann könne ihn der Kaiser nicht halten, nur ein solcher Angriff vor dem ganzen Volke ausgeführt, werde ihn unmöglich machen: „Wieder schritt der große Mann im Zimmer auf und ab, dann machte er vor mir Halt und erklärte mit einer gewissen Feierlichkeit: ‚Ja, Sie haben Recht, so muß das gemacht werden. Ich werde ihn schonungslos anpacken‘. Dann beruhigte sich Bassermann und setzte sich an den Schreibtisch, von seiner Tätigkeit in der Justizverwaltung in Brüssel erzählend“. Heinrich Claß, Wider den Strom (1932), S. 356. Die Stelle wurde hier wörtlich wiedergegeben, da sie mir besonders illustrativ auch im Hinblick auf die weiter unten geschilderte schwierige Position Bethmann Hollwegs zu sein scheint. Auch Stresemann gehörte zu den ausgesprochenen Gegnern des Kanzlers und zu denen, die Bülow als Nachfolger betrachteten.

65) Tel. Nr. 33, Bülow an AA, 7. Jan. 1915, AA, Deutschland 128, Nr. 1. In der Weitergabe dieses Telegrammes an den Reichskanzler am 8. Jan. bemerkte Zimmermann: „nichts weiteres veranlaßt“.

62) Zum folgenden Bethmann Hollweg an AA für Bülow in Rom, Tel. Nr. 4, 5. Jan. 1915, AA, Deutschland 128, Nr. 1, s. unten Anlage Nr. 25.

Italien die Rolle des Friedensvermittlers zuzuschieben, um es damit abzufinden oder wenigstens hinzuhalten, kaum Aussicht auf Erfolg habe, sondern im Gegenteil — selbst wenn „mit sehr leichter Hand“ unternommen — als Zeichen der deutschen Kriegsmüdigkeit auf-

gefaßt werden könne. Die Trentinofrage zu erledigen, diesen „Stein des Anstoßes zu beseitigen“, das erschien ihm bereits erforderlich, um die Italiener davon abzuhalten, Ende Februar/Anfang März zum Angriff auf Österreich anzutreten.

## VII. Eine Führungskrise

So blieb denn, um die feindliche Koalition zu sprengen, der Kurs des Sonderfriedens mit Rußland, wie er mit der Annahme des dänischen Vermittlungsangebots eingeschlagen war. Diese politische Frage war aufs engste verschlungen mit dem militärischen Problem, ob man den Schwerpunkt der deutschen Kriegführung nach dem Osten verlegen sollte oder nicht. Hieraus ergaben sich um die Jahreswende 1914/15 grundsätzliche und persönliche Gegensätze, die sich mehr und mehr verschärften und schließlich zu einer Krise in der obersten Führung des Reiches ausweiteten.

### Kriegführung und Politik

Zunächst war es ein Machtkampf der Heerführer<sup>1)</sup>. Sowohl Falkenhayn als auch Hindenburg/Ludendorff und Conrad von Hötzendorf waren sich bewußt, daß sich die Kriegführung der Mittelmächte in einer Krise befand. Doch über die Mittel zu ihrer Überwindung gingen die Meinungen weit auseinander. Als die Westfront nach dem gescheiterten Ypernunternehmen endgültig zum Stellungskrieg erstarrt war, drängten Oberost und das k.u.k. Oberkommando die OHL, alle nur irgendwie erfaßbaren Kräfte aus dem Westen abzuziehen, um die Entscheidung im Osten zu suchen<sup>2)</sup>. Dagegen blieb für Falkenhayn auch jetzt der Westen der Hauptkriegsschauplatz. Hier beabsichtigte er eine Offensive Ende Januar, wofür die Heeresreserve der in der Heimat neu aufgestellten Korps eingesetzt und noch Truppen aus dem Osten abgegeben werden sollten. Sie erschien ihm vor allem aus psychologischen Gründen notwendig zu

sein, da das deutsche Heer im Grabenkrieg den Angriffsg Geist zu verlieren drohe<sup>3)</sup>.

Am 1. Januar 1915 trafen sich die Generale in Berlin: Falkenhayn, Conrad und Ludendorff, dieser in Vertretung Hindenburgs. Die Gegensätze der Auffassungen traten im Gespräch noch schärfer als bisher hervor. Darauf rief Falkenhayn die Entscheidung des Kaisers an. In diese Auseinandersetzung der Militärs griff der Reichskanzler ein. Die Forschung war bisher der Ansicht, daß weder Falkenhayn in die Politik eingegriffen hätte noch Bethmann Hollweg in die Strategie. Niemals hätte der Reichskanzler den Versuch gemacht, sich in die militärische Kriegführung einzumischen<sup>4)</sup>. Diese Vorstellung entspricht nicht den Tatsachen. Um Politik zu treiben, bedurfte die politische Leitung der Hilfe der Strategie, denn die Mittel der Diplomatie waren mit dem Ausbruch des Krieges beschränkt. Dafür stand aber das militärische Machtinstrument zum unmittelbaren Einsatz zur Verfügung, das im Frieden nur als potentieller Machtfaktor im Spiele gewesen war. In dieser Phase des Krieges brauchte die deutsche Außenpolitik den militärischen Erfolg in Rußland. Sie bedurfte bereits der Karpattenoffensive, um den bedrängten österreichisch-ungarischen Bundesgenossen bei der Stange zu halten, weil mit einem Einbruch der Russen in die ungarische Tiefebene die slawischen Völker der Monarchie in Aufruhr und Rumänien in unmittelbare Verbindung mit Rußland gebracht zu werden drohte. Ein siegreicher Feldzug in Rußland erschien auch erforderlich in Anbetracht des diplomatischen Wettlaufs um Italien und die neutralen Balkanstaaten, die geneigt waren, sich auf die Seite des wahr-

1) Vgl. Aufz. Falkenhayns vom 27. Dez. 1914 über Bespr. mit Conrad vom 19. Dez., in RA VI, S. 421 ff., Anfrage Falkenhayns bei Hindenburg vom 24. Dez. und dessen Antwort in RA VI, 357 f., Hindenburg an Falkenhayn, 30. Dez. in: RA VI, S. 363 f. und RA VII, S. 75 und Groener, Tgb. vom 28. Dez., Lebenserinnerungen (1957), S. 209.

2) Über die gegensätzlichen Auffassungen vgl. RA VI, S. 423.

3) Aufz. Falkenhayns vom 27. Dez. 1914, RA VI, S. 422

4) Gordon A. Craig, Die preußisch-deutsche Armee 1640—1945 (1960), S. 329, Arthur Rosenberg, Entstehung der Weimarer Republik (1928, ND 1961), S. 87 und Wiegand Schmidt-Richberg, Die Generalstäbe in Deutschland 1871—1945, Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. III (1962), S. 43.

scheinlichen Siegers zu schlagen. Und von der Haltung Bulgariens oder Rumäniens hing wiederum das Bündnis mit der Türkei ab, die für die Waffen- und Munitionszufuhr auf einen durchgehenden Verbindungsweg zu den Mittelmächten angewiesen war.

Vor allem brauchte die deutsche Außenpolitik die Ostoffensive, um den Kurs durchzuführen, den sie seit der Erkenntnis vom 18. November „in erster Linie“ zu verfolgen suchte: den des Sonderfriedens mit Rußland. Damit wird ein Thema von grundsätzlicher Bedeutung angesprochen. War die Reichsleitung am 18. November von der OHL veranlaßt worden, die Mittel der Diplomatie einzusetzen, um den Krieg mit Rußland zu beenden, so verlangte sie nun ihrerseits, daß die militärische Macht dieser Aufgabe entsprechend eingesetzt würde.

Aber Falkenhayn sah die militärischen Voraussetzungen für eine russische Verhandlungsbereitschaft schon als gegeben an, wenn die Russen bis zur Weichsel oder auf die ihr vorgelagerten Brückenköpfe „zurückgedrängt“ würden. Offenbar machte er hier aus der Not eine Tugend. Denn mehr schien ihm nicht möglich zu sein, sowohl weil den Mittelmächten für den Mehrfrontenkrieg die Kräfte fehlten, wie auch, weil die Tiefe und Breite des östlichen Kriegsschauplatzes einen großen Feldzug verbot<sup>5)</sup>. Demgegenüber hielt der Reichskanzler die zaristische Regierung erst für friedensbereit, wenn ihre Armeen vernichtend geschlagen waren.

Wenn nun nach Falkenhayn die Aussicht auf einen Sieg im Osten nicht gegeben war, so hatte Bethmann Hollweg bei seinem Besuch im Posener Hauptquartier am 6. Dezember 1914 erfahren, daß die Ostgenerale einen entscheidenden Erfolg bei entsprechendem Kräfteinsatz für möglich hielten<sup>6)</sup>. Dagegen erklärte Falkenhayn dem Kanzler am nächsten Tag, daß das deutsche Heer „ein zertrümmertes Werkzeug“ sei, mit dem entscheidende Operationen nicht mehr zu führen seien. Man könne froh sein, wenn es gelänge, „sich auf allen Fronten zu behaupten“<sup>7)</sup>.

Jetzt kam auch Bethmann Hollweg zu der Überzeugung, daß ein Wechsel in der OHL notwendig sei, und unterstützte fortan jene

5) Randbemerkung Falkenhayns zu einer Denkschrift des Generalquartiermeisters Wild von Hohenborn vom 28. Dez. 1914, RA VII, S. 5 und für die Datierung Hans v. Seeckt, Aus meinem Leben 1866—1917 (1938), S. 95.

6) RA VI, S. 415. Damals unterrichtete Bethmann Hollweg Hindenburg auch von dem beabsichtigten Separatfrieden mit Rußland.

Instanz, deren strategische Anschauungen die Voraussetzung für seine Rußlandpolitik zu schaffen versprach. Das war nach der Lage der Dinge Oberost. So suchte er in den nächsten Tagen den Generaladjutanten des Kaisers, von Plessen, und den Chef des Militärkabinetts, von Lyncker, zu überzeugen, daß Falkenhayn im Gegensatz zu Ludendorff kein Vertrauen in der Armee besäße und deshalb sich auf das Kriegsministerium beschränken und Ludendorff seinen Platz als Generalstabschef räumen müsse<sup>8)</sup>. Doch Lyncker verwei-

7) Tgb.-Aufz. Haeften in Haeften, Darstellung, S. 28. Major v. Haeften war seit November 1914 dem Chef des Stellvertretenden Generalstabes in Berlin, Generaloberst von Moltke, zugeteilt und verwaltete zugleich die Kriegsnachrichtenstelle Posen. Er wurde Mitte Dezember 1914 von Ludendorff in den schwelenden Konflikt zwischen Oberost und OHL eingeweiht und diente in der folgenden Zeit wiederholt als Überbringer wichtiger Nachrichten. Nach dem Weltkrieg war er 1920—1931 Direktor der kriegsgeschichtlichen Abteilung des Reichsarchivs und 1931—1934 dessen Präsident. Seine strategischen Anschauungen bestimmten die ersten neun Bände des amtlichen Kriegswerks. Zwischen 1935 und seinem Tode 1937 verfaßte er eine Darstellung „Die Krise des Mehrfrontenkrieges im Weltkrieg (im Winter 1914/1915) und ihre Folgen“ und stellte hierzu einen Dokumenten- anhang zusammen, der sich auf die Bestände des Reichsarchivs und des Privatarchivs Bethmann Hollwegs sowie auf Haeftens Tagebucheintragungen und Befragungen der beteiligten Persönlichkeiten stützt. Beide Schriftenstücke befinden sich unter dem Nachlaß Haeften im Bundesarchiv Koblenz (H 08 — 35/2 und H 08 — 35/3). Die folgende Darstellung der Krise ist weitgehend diesem Material verpflichtet. Am 29. Nov. 1934 hielt Haeften in der Preußischen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über den „Mehrfrontenkrieg zu Beginn des Weltkrieges und seine Krise im Januar 1915“, der aber nicht, wie angekündigt, gedruckt wurde. Nach der knappen Inhaltsangabe in SB Preuß. Ak. d. Wiss., phil.-hist. Kl. Jg. 1934, S. 1016 breitete Haeften hier nicht sein reichhaltiges Material aus, sondern beschränkte sich auf die Angaben, die er auch in den damals bereits erschienenen Bänden VI u. VII des Reichsarchivwerks veröffentlicht hatte. Vgl. dazu Friedrich Meinecke, Gedächtnisrede auf Hans v. Haeften (1938) Die Angaben über Falkenhayns Unterredung mit Bethmann Hollweg beruhen wohl auf eigene Mitteilungen des Generalstabschefs in einem Gespräch mit Moltke, das wenige Tage später stattfand und über dessen Inhalt Haeften von Moltke unterrichtet wurde.

8) Tgb. Plessen vom 8. Dez. 1914, zit. RA VI, S. 415. Hierzu mag Bethmann Hollweg auch durch die gleichlautenden Forderungen der bayerischen Regierung mitveranlaßt sein, denn bereits am 1. Dez. erklärten Graf Hertling und der bayerische Gesandte Graf Lerchenfeld eine Ablösung Falkenhayns durch Ludendorff für notwendig, wie K.-H. Janßen, Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung 1916, Vjh. f. Zeitgesch. 7 (1959), S. 340 nachgewiesen hat.

gerte seine Hilfe<sup>9)</sup>, und setzte am 9. Dezember die endgültige Ernennung Falkenhayns zum Generalstabschef durch<sup>10)</sup>. Damit war seine Ablösung durch Ludendorff wesentlich erschwert, und Bethmann Hollweg gab, nachdem ein erneuter Vorstoß am 12. Dezember scheiterte, „stark verstimmt“ zunächst weitere Versuche auf<sup>11)</sup>.

Zum Jahreswechsel 1914/15 wurden vom Kanzler erneut die Bedenken Hindenburgs und Ludendorffs gegen Falkenhayn und ihre Forderungen nach Einsatz der Heeresreserve im Osten vorgetragen. Dabei erfuhr Bethmann, daß maßgebende Offiziere des Generalstabes, wie der Chef des Feldeisenbahnwesens Groener und der Generalquartiermeister Wild von Hohenborn, mit Oberost darin übereinstimmten, daß der letzte Augenblick gekommen sei, um den Schwerpunkt der Kriegführung nach dem Osten zu verlegen und daß hier die

9) Dies wird verständlich, wenn man bedenkt, daß gerade das Militärkabinett Falkenhayn schon seit dem 10. Aug. 1914 als Nachfolger Moltkes bereit hielt und am 14. Sept. seine Ernennung beim Kaiser durchsetzte — Vgl. Rudolf Schmidt-Bückeberg, Das Militärkabinett (1933), S. 243 f. und den Bericht Scheüchs über die Vorgänge am 14. Sept. im Gr. Hq. bei H. v. Zewel, Erich v. Falkenhayn (1926), S. 334 f. Lyncker stand dabei nach der Meinung des Reichskanzlers und des Generaladjutanten von Plessen unter dem Einfluß des damaligen Abteilungschefs im Militärkabinett, Oberst Frhr. von Marschall, der ein enger Freund Falkenhayns und seit dem Heereskonflikt von 1913 ein scharfer Gegner Ludendorffs war und in jenen Tagen deshalb sich gegen jeden Versuch wandte, den Generalstabschef zu stürzen. Auch Haefthen konnte ihn ‚in stundenlangen, zum Teil sehr erregten Aussprachen‘ am 7., 18. und 21. Januar für die Absetzung Falkenhayns nicht gewinnen, — vgl. Haefthen, Darstellung, S. 35.

10) Seit dem 14. Sept. 1914 führte Falkenhayn zwar die Geschäfte des Generalstabschefs, doch um ungünstige Auswirkungen auf die Stimmung des In- und Auslandes zu verhindern, wurde diese Vertretung erst am 25. Oktober öffentlich bekannt gegeben. Am 3. November 1914 erhielt Moltke dann formell seinen Abschied und Falkenhayn wurde zu seinem Nachfolger bestimmt. Deshalb gilt in der Literatur dieses Datum auch als das seiner Ernennung zum Generalstabschef — vgl. zuletzt Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Erich von Falkenhayn, Neue Deutsche Biographie 5 (1961), S. 12 — Doch erst am 9. Dezember 1914 wurden ihm die Geschäfte des Chefs des Generalstabes des Feldheeres endgültig übertragen und dies öffentlich bekannt gegeben — Vgl. Schultess, Europäischer Geschichtskalender, N. F. 30. Jahrgang 1914 (1917), S. 443.

11) Haefthen, Darstellung, S. 30. Nach ihm hatte Bethmann Hollweg bereits am 9. Dez. auf weitere Schritte verzichtet. Dagegen spricht allerdings das Tagebuch Plessen vom 12. Dez. 1914 (RA VI, S. 415).

neu aufgestellten Korps einzusetzen seien<sup>12)</sup>. Eine Denkschrift Wild von Hohenborns vom 28. Dezember 1914 faßte noch einmal die Gründe dafür zusammen. Allein im Osten bestände auf den Flügeln die Freiheit der Bewegung, und von der günstigen Gestaltung der Lage auf diesem Kriegsschauplatz hänge das Durchhalten Österreich-Ungarns und der Türkei und die Entwicklung der Dinge auf dem Balkan ab. Es bleibe nur der Schluß: „Im Osten scheint es militärisch leichter und ist es politisch zwingender, bald zur Entscheidung zu kommen als im Westen.“ Am 2. Januar 1915, als Falkenhayn die Entscheidung des Kaisers, über die gegensätzlichen Auffassungen der Heerführer in der Neujahrsbesprechung anrief, ließ sich auch der Reichskanzler in Charleville zum Immediatsvortrag empfangen. Hier empfahl er, Falkenhayn von seinem Posten abzulösen und durch Ludendorff zu ersetzen<sup>13)</sup>.

12) Dies geschah in drei Unterredungen am 29., 31. Dez. 1914 und 1. Jan. 1915 durch Major von Haefthen (Haefthen, Darstellung, S. 31 f. und RA VII, S. 5). Dieser hatte am 28. Dez. 1914 Falkenhayn einen Bericht über den Feldzug in Südpolen vorgelegt und hierin Hindenburgs Kriegführung warm gewürdigt. Darüber kam es zu einem heftigen Auftritt zwischen Haefthen und Falkenhayn, der „mit vor Wut zitternder Stimme, die sonst an ihm zu beobachtende Selbstbeherrschung völlig vergessen“ Haefthen anschrie: „Wer hat hier zu befehlen — der Feldmarschall oder ich? Ich denke doch — ich allein! Merken Sie sich das“ (Haefthen, Dokumente, Anlage 1: Tgb.-Aufz. Haefthens v. Jan. 1915). Haefthen sah hierin nur persönliche Eifersucht auf die Erfolge der Führer im Osten und arbeitete fortan mit aller Kraft auf den Sturz Falkenhayns hin, wozu die Unterredungen beim Reichskanzler dienten. Seine Angaben über die Stimmung im Großen Hauptquartier werden auch von Groener bestätigt. Seit Ende November 1914 war dieser ein Anhänger der Ostoffensive und glaubte, wie die „meisten der Kameraden in der OHL“, nicht mehr an Erfolge im Westen. Am 11. Dez. 1914 notierte er in seinem Tagebuch: „In der Front und bei den Oberkommandos steht die OHL offenbar nicht sehr hoch in der Wertschätzung“. (Groener, Lebenserinnerungen, 1957, Seite 205 f. und 211). Für Wild von Hohenborn vgl. seine Denkschrift vom 28. Dez. 1914 in: RA VII, S. 4 f.

13) Die folgende Darstellung stützt sich auf die in der Anlage abgedruckten „Aufzeichnungen des Reichskanzlers von Bethmann vom 7. Jan. 1915, dem in Berlin weilenden Unterstaatssekretär Wahnschaffe zur Aufbewahrung übersandt“. S. u. A. lage Nr. 26 (Haefthen, Dokumente, Anlage 2). Daneben findet sich eine knappere Darstellung in dem Brief Bethmann Hollwegs an Hindenburg vom 12. Jan. 1915. (Haefthen, Dokumente, Anlage 7); Andeutungen auch bei Bethmann Hollweg, Betrachtungen zum Weltkrieg II (1921) S. 43. Unmittelbar nach dem Immediatsvortrag des Kanzlers suchte auch Plessen in einer Unterredung mit Wilhelm II. die Absetzung Falkenhayns zu er-

## Das Ringen um die Ostoffensive und den Sturz Falkenhayns

Bethmann Hollweg ging es dabei nicht um die Personen, sondern um die von diesen vertretene Strategie. Zwar meinte er, an Falkenhayn den Charakterfehler persönlichen Ehrgeizes zu sehen, und es schien ihm, als ob der Generalstabschef immer wieder dem Gegner die Initiative überlasse und so auch den Moment verpaßte, an dem die Entscheidung auf den Osten überging. Aber er hielt ihn im ganzen für einen tüchtigen Mann und war jedenfalls keineswegs völlig von seiner Unzulänglichkeit überzeugt. Die Unzufriedenheit der Militärs mit dem Generalstabschef erschien ihm zwar erklärlich, aber unberechtigt. Ludendorff wiederum bezichtigte er der „Intrige“. „Persönlich machte mir der Mann keinen ganz pupillarischen Eindruck.“ Doch von diesem Willensmenschen war zu erwarten, daß er mit allen seinen Energien die große Offensive gegen Rußland durchführen werde. Als „Nichtsoldat“ konnte sich der Kanzler aber gegenüber dem Kaiser kein Urteil über strategische Angelegenheiten erlauben und wollte das auch nicht. Deshalb motivierte er in seinem Immediatsvortrag den Vorschlag auf Ablösung Falkenhayns in der Hauptsache mit dessen Ämterkumulation und fügte nur hinzu, daß ein Wechsel um so notwendiger sei, als Falkenhayn „in den nachdenklichen politischen Kreisen“ und, wie er bestimmt wisse, bei einem großen Teil der Armee kein übergroßes Vertrauen besitze, während sich das Augenmerk auf den langjährigen Chef der Operationsabteilung im Generalstab richte, der jetzt so glänzende Proben seines Könnens abgelegt habe.

Damit gab Bethmann Hollweg dem Kaiser aber die Gelegenheit, den Stoß gegen den Generalstabschef abzufangen. Von einer Mißstimmung im Heer gegen diesen wollte Wilhelm II. nichts wissen und lehnte es strikt ab, Ludendorff zu berufen. „Der sei ein zweifelhafter, von persönlichem Ehrgeiz zerfressener Charakter.“ Und was er geleistet hätte, das habe er ihm, dem Kaiser, zu verdanken, der die vorgeschlagenen strategischen Operatio-

---

reichen. Dies scheiterte, da Lyncker Falkenhayn nach Kräften stützte. Über den Versuch hat Plessen am 3. Jan. 1915 Moltke in einem Brief unterrichtet, der diesem aber erst am 10. Jan. 1915 durch Major von Haefen in Berlin überbracht wurde, wie aus dem Antwortbrief Moltkes an General ... [gemeint ist Plessen] vom 12. Jan. 1915 hervorgeht. (Moltke, Erinnerungen — Briefe — Dokumente, (1922), S. 407 f.).

nen „genehmigt und befohlen“ habe. Dagegen hielt er eine Trennung der Ämter für „empfehlenswert“. Mit einer solchen Lösung der Frage aber war für Bethmann Hollweg nichts gewonnen, und so „ajournierte“ er die ganze Angelegenheit einstweilen, um in der Zwischenzeit durch militärische Gutachten die Mißstimmung in der Armee zu erhärten, und sie dann „von berufener militärischer Seite an das Kaiserliche Ohr dringen“ zu lassen<sup>14)</sup>. Hierfür suchte er den Chef des Stellvertretenden Generalstabes in Berlin, Generaloberst von Moltke, zu gewinnen, und als dieser sich außerstande erklärte, ein solches Gutachten über die Stellung der Armeeführer zu Falkenhayn abzugeben, ging der Reichskanzler noch einen Schritt weiter und wandte sich persönlich an den Befehlshaber der dritten Armee, Generaloberst von Einem, den früheren preußischen Kriegsminister. Zugleich ließ auch Hindenburg durch einen Mittelsmann die Stimmung der Armeeführer an der Westfront über die bisherige Leitung der Operationen sondieren und Plessen Erkundigungen darüber bei den Ge-

---

14) Dazu diente sein Brief an Moltke vom 5. Jan. 1915, den dieser am 8. Jan. 1915 beantwortete. Moltke verurteilte scharf die strategischen Maßnahmen Falkenhayns, hielt ebenfalls eine Ostoffensive für notwendig und durchführbar, lehnte allerdings Ludendorff als möglichen Generalstabschef ab wegen seiner Jugend und seines schwierigen Charakters. Über die Stimmung der Armeeführer aber konnte Moltke als Chef des stellvertretenden Generalstabes in Berlin keine Auskunft geben (Moltke a. a. O., S. 395 ff.). Deshalb zog Bethmann Hollweg am 10. Jan. 1915 in einer Unterredung mit General von Einem, damals Oberbefehlshaber der dritten Armee im Westen, Erkundigungen über Falkenhayn ein, die ähnlich negativ für den Generalstabschef ausfielen (Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg, Persönliche Aufzeichnungen des Generalobersten von Einem (1938), S. 85).

Einems Urteil über die bisherige Leitung der Operationen wurde damals auch von anderen Armeeführern geteilt. Für Kronprinz Wilhelm und Generaloberst von Heeringen vergleiche das Tagebuch von Einem vom 12. und 20. Jan. 1915 (Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg a. a. O., S. 86 und 89). Generaloberst von Bülow soll Anfang Januar sogar in einer Unterredung mit dem Kaiser scharf gegen Falkenhayns Stellung genommen haben (H. v. Zwehl, Erich von Falkenhayn (1926), S. 104). Diese militärische Kritik beabsichtigte Bethmann Hollweg nicht zu benutzen, um Falkenhayns „politisch bedenkliche Machtstellung zu brechen“, wie Karl-Heinz Janßen, Der Wechsel in der Obersten Heeresleitung 1916, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), S. 341 es darstellt, sondern um durch die Entfernung des Generalstabschefs die Voraussetzung für eine Ostoffensive und damit für den Separatfrieden mit Rußland zu schaffen. Vgl. die „Aufzeichnungen des Reichskanzlers von Bethmann vom 7. Jan. 1915 . . .“ S. u. Anlage Nr. 26.

neralkommandos einziehen<sup>15)</sup>). In diese fiberhafte Tätigkeit schlug nun das Hilfesuch der Oesterreicher ein. Falkenhayn hatte dem k. u. k. Generalstabschef noch am 2. Januar mitgeteilt, daß der Kaiser sich mit seiner Stellungnahme einverstanden erklärt habe, wonach die Abgabe von Kräften vom Westen nach dem Ostkriegsschauplatz z. Zt. unmöglich sei. Zugleich machte er die Entscheidung über die Verwendung der Anfang Februar zur Verfügung stehenden Neuformationen davon abhängig, wie sich in etwa drei Wochen die Kriegslage bieten würde. Der deutsche Generalstabschef sparte auch nicht mit der Ermahnung, „daß Euer Excellenz feste Absicht, die Armee südlich Krakau wie in den Karpaten unbedingt Stand halten zu lassen, durchgeführt wird“<sup>16)</sup>. Unter dem 3. Januar erhielt Conrad aber auch ein Telegramm seines Militärattachés in Rom über zielbewußte Rüstungen der Italiener, die keinen Zweifel darüber ließen, daß sie sich auf den Krieg vorbereiteten. Damit war für Conrad überholt, was in Berlin und in Teschen unter der Voraussetzung besprochen war, daß es gelingen würde, Italien auf diplomatischem Wege vom Kriegseintritt abzuhalten<sup>17)</sup>. Dieser sei, so telegrafierte er nach Charleville am 5. Januar, vielmehr durch eine erfolgreiche Offensive in den Karpaten mit der Befreiung Galiziens zu erreichen. Gleichzeitig lief im Großen Hauptquartier die Meldung von Oberost ein, daß Conrad dort unmittelbar Unterstützung durch deutsche Truppen in den Karpaten gewünscht habe. Das stand nach Falkenhayn in schroffem Widerspruch zu den in Berlin festgelegten Operationsabsichten<sup>18)</sup>. Nach seiner Ansicht, so telegrafierte er nach Wien, sei Italien nicht durch Zurückdrängen der Russen aus den Karpaten, sondern nur durch schleunigste weitreichende Befriedigung seiner Wünsche ruhig zu halten, und sei die Haltung der Balkanvölker und der Türkei von einem Serbienfeldzug abhängig. Dagegen

machte Conrad darauf aufmerksam, daß ihm viel wirksamer für die Sprengung des feindlichen Bündnisses die Befriedigung Frankreichs (d. h. mit Elsaß-Lothringen) erscheine und die politische Situation auf dem Balkan von der militärischen Lage gegenüber den Russen abhängige und ohne entscheidenden Erfolg in Rußland auch der größte Erfolg in Serbien wirkungslos sei. Noch während dieser gereizte Telegrammwechsel im Gange war, mußte Falkenhayn — am Abend des 6. Januar — erfahren, daß Oberost, ohne seine Entscheidung abzuwarten, dem Verbündeten die Divisionen aus dem Befehlsbereich gewährt hatte — anscheinend hatte sie Ludendorff schon am 2. Januar den Oesterreichern versprochen<sup>19)</sup>. Zudem wies in einer Lagebeurteilung vom 7. Januar der Generalquartiermeister Wild von Hohenborn noch einmal eindringlich darauf hin, daß die Karpatenoffensive „politisch in mehrfacher Hinsicht ausgezeichnet wirkt und daß sie — das ist die Hauptsache — militärisch einen Umschwung herbeiführen kann“<sup>20)</sup>. So entschloß sich Falkenhayn am 8. Januar den bereits getroffenen Abmachungen von Oberost zuzustimmen, zugleich aber Ludendorff — wohl wegen dessen eigenmächtigen Handelns — zum Chef der neuzubildenden „Südarmee“ zu ernennen<sup>21)</sup>.

Jetzt brach der Konflikt zwischen Oberost und OHL offen aus. Am 9. Januar protestierte Hindenburg in einem Brief an den Kaiser gegen die Versetzung Ludendorffs — eingekleidet in die „ehrfurchtsvolle Bitte, mir meinen Kriegsgefährten allergnädigst wiederzugeben“ —, übte scharfe Kritik an den strategischen Maßnahmen Falkenhayns und forderte die Heeresreserve für den Osten<sup>22)</sup>. Am folgenden Tage schrieb er als „der durch die Gnade Seiner Majestät rangälteste Führer in der Armee“ an Lyncker, den Chef des Militärkabinetts, über die in der Armee bestehende Mißstimmung, die die Leitung der Operationen durch den Generalleutnant von Falkenhayn hervorgerufen habe. Seine Warnung vor den bedenklichen Folgen eines derartigen Mangels an Vertrauen in die Führung war nichts anderes als eine verhüllte Aufforde-

15) Vgl. für Plessen die Angabe in den „Aufzeichnungen des Reichskanzlers von Bethmann“ und für Hindenburg Haefen, Darstellung, S. 36 f. Haefen besuchte zu diesem Zweck auf einer Dienstreise „in den ersten Tagen des Januar“ Armee- und Korpsführer der Westfront.

16) Tel. Falkenhayn an Conrad vom 2. Januar 1915. K. A. Wien, AOK Op/560.

17) Darüber insbesondere zusammenfassend ein Immediatbericht Conrads für Kaiser Franz Joseph vom 5. Jan. und Tel. Falkenhayn an General Freytag-Loringhoven, mit Vermerk: „Conrad geben.“ K. A. Wien, AOK Op 560.

18) Auch zum folgenden: Tel. Falkenhayn an Conrad vom 6. Jan. (vgl. auch Anm. 17) und Conrads vom 7. Jan. 1915. K. A. Wien, AOK Op 560.

19) Über die Vorgänge selbst, die deutlich die Eigenmächtigkeit von Oberost zeigen, vgl. RA VII, S. 76 ff.

20) RA VII, S. 9 f., vgl. auch seine Denkschrift vom 28. Dez. 1914, in: RA VII, S. 4 f. Seine Abkehr vom Gedanken eines Durchbruchs im Westen soll auf Einwirkung Groeners zurückgehen (Groener, Lebenserinnerungen (1957), S. 216 und 531).

21) RA VII, S. 10.

22) Brief in Auszügen abgedr., RA VII, S. 11.

rung, hieraus die Konsequenzen zu ziehen und die Absetzung des Generalstabschefs beim Kaiser zu erwirken<sup>23)</sup>. Herrschte bereits an diesem 10. Januar im Stabe des Oberbefehlshaber Ost ein „stark hervortretendes Selbstbewußtsein“<sup>24)</sup>, so verstärkte es sich am Abend des folgenden durch die Nachricht, daß namhafte Armeeführer der Westfront wie Kronprinz Wilhelm, Kronprinz Rupprecht von Bayern und der General von Stein bereit seien, Truppen für die Ostfront abzugeben<sup>25)</sup>. Noch in der Nacht zum 12. Januar entwarf Hindenburg einen Brief an den Kaiser<sup>26)</sup>. „Durch wenige Federstriche“ — hieß es darin — könne der Kaiser „Heer und Volk Vertrauen und Sicherheit wiedergeben“, einmal durch die Enthebung des Generals von Falkenhayn als Chef des Generalstabes, sodann durch die Rückberufung des Generalobersten von Moltke und des Generals Ludendorff in ihre früheren Stellungen und schließlich durch den Einsatz der Neusormationen im Osten. „Falls

23) Haefthen, Dokumente, Anlage 3; Abschrift eines eigenen, handschriftlichen Schreibens des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an den Reichskanzler, 10. Jan. 1915. Hierin unterrichtete Hindenburg Bethmann Hollweg von seinem Brief an Lyncker und legte eine Abschrift desselben „zu vertraulicher Kenntnisnahme“ bei. S. u. Anlage Nr. 27.

24) Diesen Eindruck notierte Groener bei einem Aufenthalt in Posen am 10. Jan. 1915. Lebenserinnerungen, 1957, S. 213.

25) Dies war das Ergebnis der Erkundigungen, die Haefthen in den ersten Januartagen an der Westfront eingezogen hatte und erst am 11. Jan. Oberost mitteilen konnte. Vgl. Haefthen, Darstellung, S. 37 und RA VII, S. 157. Es ist charakteristisch, daß es sich bei den Befragten um die schärfsten Gegner Falkenhayns handelte. Kronprinz Rupprecht war seit Ypern tief verstimmt über die Führung der Operation (Mein Kriegstagebuch I (1929), S. 232 ff.). Kronprinz Wilhelm suchte seinen Generalstabschef Schmidt von Knobelsdorf als Nachfolger Falkenhayns durchzusetzen und hatte am 12. Jan. 1915 in einem Gespräch mit General von Einem schwere Bedenken gegen die bisherige Kriegführung geäußert (Ein Armeeführer erlebt den Weltkrieg, Persönliche Aufzeichnungen des Generalobersten von Einem, 1938, S. 86). General von Stein war am 14. Sept. 1914 als Generalquartiermeister durch Falkenhayn abgelöst worden, was er als persönliche Kränkung auffaßte.

26) Das Konzept wurde erst 1935 aufgefunden. Das Reichsarchivwerk (RA VII, S. 158) bringt in diesem Zusammenhang nichts von der Abschiedsdrohung Hindenburgs, obwohl sie dem Herausgeber dieses Bandes, von Haefthen, bekannt war, wie sein Brief an den Reichskanzler vom 12. Jan. 1915 zeigt (Haefthen, Dokumente, Anlage 4). Die folgende Inhaltsangabe des Konzeptes schließt sich an die Angaben Haefthens in seiner Darstellung, S. 43 ff. an. Hier finden sich auch die oben angeführten Zitate.

Euer Majestät“ — so schloß das Schreiben wörtlich — „meine Bitte nicht gewähren, so wollen Euer Majestät mich in Gnaden meines Postens entheben“. Moltke selbst war dabei nur die Funktion eines Platzhalters zugebilligt. Solange im Osten die Entscheidung gesucht wurde, sollte er ein „gemeinsames, verantwortungsvolles Zusammenarbeiten von Ost und West“ sicherstellen. „Sind die Operationen im Osten beendet, so besteht die Möglichkeit der Berufung des Generalleutnants Ludendorff als Generalquartiermeister, falls dann noch neue Operationen im Westen erforderlich sein sollten“<sup>27)</sup>.

Da sich Falkenhayn für den Vormittag des 12. Januar in Posen angesagt hatte, ging das Schreiben erst ab, nachdem sich ergeben hatte, daß er auch jetzt nicht bereit war, Hindenburg nur die geringsten Zugeständnisse zu machen<sup>28)</sup>, und nachdem Ludendorff den Inhalt

27) Diese Angaben finden sich in dem Brief Haefthens an den Reichskanzler vom 12. Jan. 1915, der zum größten Teil dazu diente, die geforderte Rückberufung Moltkes zu begründen; denn Haefthen wußte, daß für Bethmann Hollweg dieser Vorschlag unannehmbar war und suchte deshalb — allerdings vergeblich — Hindenburg an jenem Abend des 11. Jan. zusammen mit Oberst Hoffmann und Oldenburg-Januschau als Falkenhayns Nachfolger zu gewinnen. Haefthens Behauptung, weder er noch Hindenburg oder Ludendorff hätten damals von Moltkes Versagen während der Marne-schlacht gewußt, ist schon deshalb wenig glaubwürdig, da sich ein Zeuge dieser Vorgänge, Groener, zu jener Zeit in Posen befand und von Ludendorff in die geplante Rückberufung Moltkes eingeweiht wurde. Vgl. Haefthen, Darstellung, S. 41 ff. und Groener, Lebenserinnerungen (1957), S. 214.

Etwa 15 Briefe Hoffmanns aus der Zeit vom 1. Dez. 1914 bis zum 9. Febr. 1915, die wohl diese Vorgänge behandelten, fehlen nach der durchlaufenden Zählung dieser Briefe im Nachlaß Hoffmann, Briefe Hoffmanns an seine Gattin 1914—1920, Bundesarchiv Koblenz HO 8 — 37/1. Aus ihnen wurden auch 1929 keine Schreibmaschinenauszüge hergestellt — vgl. Nachlaß Hoffmann, Schreibmaschinenauszüge aus den Feldpostbriefen Hoffmanns an die Gattin 1914 bis 1916, Bundesarchiv Koblenz HO 8 — 37/2. So liegt die Vermutung nahe, daß diese Briefe bereits von General Hoffmann vernichtet wurden.

28) RA VII, S. 158. Haefthen berichtet in diesem Zusammenhang (Darstellung, S. 45 f.), daß Hindenburg in der Unterredung mit Falkenhayn unter vier Augen diesen gebeten habe zurückzutreten, andernfalls er, Hindenburg, die Abberufung des Generalstabschefs beim Kaiser verlangen müsse. Wahrscheinlich liegt hier eine doppelte Überinterpretation vor: einmal durch Hindenburg, als er Haefthen den Vorfall schilderte, und sodann durch Haefthen, der auch sonst nicht vor gewagten Konstruktionen zurückschreckt, um in allen Fällen die Lauterkeit des Generalfeldmarschalls zu betonen, wie wir etwa oben bei der Darstellung Moltkes gesehen haben.

gebilligt und den Schlußsatz noch etwas abgemildert hatte: „Nachdem ich Eure Majestät meine Ansicht über die Unzulänglichkeit des Generals von Falkenhayn so rückhaltlos ausgesprochen habe, werden Euer Majestät mir darin zustimmen, das ein ferneres gemeinsames Arbeiten von uns beiden im Dienste Euer Majestät nicht möglich ist“<sup>29)</sup>.

Bevor der Brief am Abend des 13. Januar das Große Hauptquartier erreichte, war auch Kronprinz Wilhelm beim Kaiser gewesen, um die Absetzung Falkenhayns und die Bewilligung der vier Korps anzuraten. Bei ihm war der konservative Abgeordnete Oldenburg-Januschau erschienen, der am 11. Januar die Vorgänge in Posen miterlebt hatte, um ihn „mit angefaßtem Säbel“ von der Krise zwischen Oberost und OHL zu unterrichten, und davon, daß Hindenburg entschlossen sei, seinen Abschied zu nehmen. Daß damit eine wenig günstige Atmosphäre<sup>30)</sup> geschaffen war, konnte Bethmann Hollweg, den ebenfalls am 13. Januar die Nachricht von Hindenburgs Abschiedsdrohung erreichte, nicht verborgen bleiben. Als er am folgenden Tag gerüchteleweise erfuhr, daß „die maßgebenden Stellen in Charleville“, d. h. vor allem das Militärkabinet, Hindenburgs Schritt „ungnädig“ aufgenommen hätten, suchte er durch einen Brief an Lyncker die Position Hindenburgs so zu stärken, daß als Alternative nur die Entlassung Falkenhayns blieb: „Eine Entlassung des Generalfeldmarschalls . . . scheint mir vor dem In- und Auslande unmöglich. Jedenfalls würde ich bei der außerordentlichen politischen Tragweite der Angelegenheit die Verantwortung für die dadurch herbeigeführte Gestaltung der politischen Lage nicht mehr tragen können“<sup>31)</sup>.

Zur Pression der Abschiedsdrohung des nationalen Heros kam nun die des Reichskanzlers. Zugleich meldete Bethmann Hollweg telefonisch in Posen seine ernststen Bedenken gegen eine Rückberufung Moltkes an und bat Hindenburg, selbst Generalstabschef zu werden. Die telefonische Antwort Hindenburgs am 14. Januar um 12.30 lautete: „Bleiben dortige Bedenken gegen Moltke, so Ludendorff

bei weitem der beste. Wenn dieser zu jung, müßte ich selbst, wenn auch äußerst ungerne Last auf mich nehmen, aber nur Ludendorff als Gehilfen“<sup>32)</sup>.

Doch Bethmann Hollweg verwandte diese Mitteilung nicht mehr, da er weitere Schritte „in Anbetracht der außerordentlichen Erregung des Kaisers gegen den Generalfeldmarschall von Hindenburg“ für zwecklos hielt<sup>33)</sup>. Der Verzicht des Reichskanzlers wurde sicherlich dadurch erleichtert, daß General von Falkenhayn am 17. Januar 1915 seinen Entschluß bekanntgab, vier Korps im Osten einzusetzen<sup>34)</sup>.

Verschiedene Gründe mögen hierbei mitgesprochen haben. Auch Falkenhayn war sich seit Anfang Januar 1915 bewußt, daß eine Offensive im Westen wegen der unzureichenden Kräfte im Augenblick nicht einmal mehr größere Teilerfolge bringen konnte<sup>35)</sup>. Dennoch hatte er bei den wiederholten Besprechungen mit den Führern im Osten die Verwendung der Heeresreserve völlig in der Schwebe gelassen — allerdings sie für den

32) Telefonat des Generalfeldmarschalls von Hindenburg / Posen an den Reichskanzler / Großes Hauptquartier (über Reichskanzlei Berlin) vom 14. Jan. 1915 um 12.30 nachmittags (Abschrift), Haeften, Dokumente, Anlage 8 a. Als am 14. Jan. 1915 dann ein Brief des Reichskanzlers vom 12. Jan. 1915 eintraf, in dem dieser Hindenburg von seinem Immediatsvortrag am 2. Jan. berichtete und ihn bat, den Posten des Generalstabschefs als Nachfolger Falkenhayns zu übernehmen, bekräftigte Hindenburg am Abend desselben Tages noch einmal in einem Telefongespräch mit Wahnschaffe seine Bereitwilligkeit (Tel. Nr. 8, Wahnschaffe an Bethmann Hollweg, 14. Jan. 1915, geheim (Abschrift), Haeften, Dokumente, Anlage 8 b). Von dieser Wendung der Dinge hat Haeften selbst erst nach dem Kriege erfahren und so erklärt sich seine Mitteilung an Prinz Max von Baden (Erinnerungen und Dokumente (1927), S. 79), daß Hindenburg im Januar 1915 nicht bereit gewesen sei, diese „Last“ zu übernehmen.

33) Auf eine Anfrage Haeftens gab der Schwiegersohn Bethmann Hollwegs, Graf Zech, am 2. Dez. 1930 dies als Grund an. Graf Zech war im Winter 1914/15 als Legationssekretär des Auswärtigen Amtes dem Reichskanzler zugeteilt und ist damit ein kompetenter Zeuge (Haeften, Dokumente, Anlage 9).

34) S. u. mit Anm. 40.

35) Vgl. seine Randbemerkungen zu der Denkschrift Wild von Hohenborns und seine Befehle zum Ausbau der Stellungen im Westen am 2. und 7. Jan. 1915 (RA VII, S. 16 f.). Mangel an Truppen für eine Westoffensive und politische Rücksichten auf die Haltung Rumäniens und Italiens gibt auch Loßberg, damals Abteilungschef in der Operationsabteilung der OHL, als Gründe für Falkenhayns Entschluß an (Fritz von Loßberg, Meine Tätigkeit im Weltkriege (1939), S. 130 f.).

29) Zitiert bei Haeften, Darstellung, S. 45.

30) So Haeften, Darstellung, S. 48, nach Angaben, die Oldenburg-Januschau ihm am 18. Jan. 1915 in Berlin machte. Über die Stellung des Kronprinzen s. u. S. 36.

31) Abschrift des Konzeptes eines Schreibens des Herrn Reichskanzlers an den Chef des Militärkabinetts vom 14. Jan. 1915 (Haeften, Dokumente, Anlage 6). Zu diesem Text s. Anl. Nr. 27 a.



Osten auch nicht verneint, und ein zwingender Grund zur Entscheidung lag zudem nicht vor, da die Neuformationen erst am 20. Januar einsatzbereit waren<sup>36)</sup>. Bereits am 15. Januar äußerte dann Falkenhayn Admiral von Pohl gegenüber, daß politische Rücksichten auf die bisher neutralen Balkanstaaten eine Unterstützung der Österreicher erforderten<sup>37)</sup>. Am nächsten Tag ordnete die OHL an, „daß XXXI. R. K. vom 21. ab nach dem Westen abtransportiert wird, um XXI. Korps herausziehen zu können“, — mit der Absicht, es im Osten zu verwenden, d. h., die Entscheidung zur Offensive war bereits gefallen ohne daß außerhalb der Operationsabteilung irgendeine Instanz von diesem „einsamen Entschluß“ Falkenhayns erfuhr<sup>38)</sup>. So hatte Conrads erneute Forderung nach einem Einsatz der neuen deutschen Korps im Osten am 16. Januar 1915 nur auslösende Wirkung und führte dazu, daß Falkenhayn den Entschluß zur Ostoffensive jetzt auch nach außen hin bekannt gab. Zunächst aber nur in einem Telegramm vom 17. Januar an Conrad<sup>39)</sup> und im engeren Kreis des Großen Hauptquartiers, nämlich in den abendlichen Gesprächen des sogenannten „Flüsterklubs“, an denen neben den Abteilungschefs

des Generalstabes auch Tirpitz und vom Auswärtigen Amt von Stumm teilnahmen<sup>40)</sup>. Hiermit wurden dem ihm gewiß bekannten Ansturm auf seine Stellung die sachlichen Angriffspunkte genommen, während Hindenburg in eine isolierte und daher ungefährliche Stellung geriet — vielleicht unterließ Falkenhayn deshalb eine Benachrichtigung von Oberost, die Hindenburg/Ludendorff als persönlichen Triumph über den Generalstabschef auffassen konnten.

Bethmann Hollweg jedenfalls hatte sein Ziel erreicht. Am Abend des 18. Januar schrieb er voller Zuversicht an Ballin: „Wir stehen, scheint mir, vor dem Beginn einer Wandlung in Rußland, der, wie ich hoffe, durch unsere militärischen Operationen nachgeholfen werden wird.“<sup>41)</sup> Mit der militärischen Unterstützung der Sonderfriedensbemühungen mit Rußland, die zu der Zeit mit Ballins Hilfe angeknüpft wurden, entfiel für ihn jeder Grund, sich an weiteren Angriffen gegen Falkenhayn zu beteiligen. Am 19. Januar verließ er das Große Hauptquartier und kehrte nach Berlin zurück<sup>42)</sup>.

#### Ansturm auf Wilhelm II.

Der Verzicht des Reichskanzlers auf Angriffe gegen Falkenhayn bedeutete freilich noch nicht das Ende der Versuche, den Generalstabschef zu stürzen. Weiter blieb Oberost der Ausgangspunkt. Hier herrschte völlige Unge-  
 wißheit über den Verlauf der am 12. Januar eingeleiteten Aktion. Am 18. Januar erschien der Abteilungschef im Militärkabinett, Freiherr von Marschall, in Posen und überbrachte eine Allerhöchste Kabinettsordre<sup>43)</sup>, in

36) Groener, Tgb. vom 28. Dez. 1914, Lebenserinnerungen (1957), S. 209.

37) Tgb. Pohl vom 15. Jan. 1915, Hugo von Pohl, Aus Aufzeichnungen und Briefen während der Kriegszeit (1920), S. 101. Diese Sorge um die Entwicklung auf dem Balkan ging auf eine am 11. Jan. übermittelte Nachricht aus Bukarest zurück, nach der der rumänische Ministerpräsident gegenüber Graf Czernin erklärt habe, daß seine Stellung unhaltbar werden würde, wenn die Russen außer der Bukowina auch Siebenbürgen besetzen sollten. Der dann allgemeine Wunsch, „einzumarschieren, um von den Russen mit Siebenbürgen belohnt zu werden“, würde dann „unüberwindlich“ sein. (Carl Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan (1942), S. 81). Nach dem Kriege schrieb auch Falkenhayn, nur ein Grund habe wirklich den neuen Entschluß gerechtfertigt, „die Überzeugung nämlich, daß Österreich-Ungarn andernfalls in kurzer Frist unter den Kriegslasten zusammenbrechen müßte“. Erich von Falkenhayn, die Oberste Heeresleitung 1914/16 in ihren wichtigsten Entschlüssen (1920), S. 50.

38) Für die Truppenverschiebung vergleiche Tgb. Tappen vom 16. Jan. 1915, Kriegstagebuch Gerhard Tappen 1914—1919, Bundesarchiv Koblenz HO 8 — 56/1, fol. 14. Diese „Gepflogenheit des Generals von Falkenhayn . . .“, über seine Absichten möglichst lange Unklarheit herrschen zu lassen“, wird von Feldmarschall Conrad, Aus meiner Dienstzeit V (1925), S. 650 bitter beklagt. Ebenso verfuhr Falkenhayn im Großen Hauptquartier, so daß, wie Groener, Lebenserinnerungen (1957), S. 205 berichtet, die Grundlage der Entschlüsse der OHL jedermann außer Tappen unbekannt blieb.

39) RA VII, S. 159 f.

40) Tgb. Groener vom 17. Jan. 1915, Lebenserinnerungen (1957), S. 216 und für die Einrichtung des „Flüsterklubs“ ebenda S. 187. Vgl. auch Tgb. Tirpitz vom 17. Jan. 1915, Erinnerungen (1919), S. 441. Diese Art der Bekanntgabe könnte darauf schließen lassen, daß neben den strategischen und politischen Gründen ebenfalls persönliche Falkenhayn zu diesem Entschluß bewogen haben. Sprach er ihn doch in einem Kreis aus, in dem so ausgeprägte Anhänger der Ostoffensive wie Tirpitz, Groener, Wild von Hohenborn und durch v. Stumm auch Bethmann Hollweg vertreten waren, denen damit die sachliche Berechtigung zu weiteren Angriffen genommen wurde.

41) Bethmann Hollweg an Ballin, Brief, 18. Jan. 1915, AA, Wk 2 geh. Bei dem obigen Passus handelt es sich um einen eigenhändigen Zusatz Bethmann Hollwegs.

42) Tgb. Pohl vom 19. Jan. 1915, Aus Aufzeichnungen und Briefen (1920), S. 101.

43) Text der AKO nicht zu ermitteln. Angaben bei Haeflens, Darstellung, S. 54 f., der sich hierbei auf eigene Tagebuchaufzeichnungen vom Januar 1915 stützt.

der Wilhelm II. in warmen Worten die großen Verdienste des Generalfeldmarschalls würdigte und ihn bat, angesichts des Ernstes der Lage von seiner Abschiedsdrohung keinen Gebrauch zu machen. Das Schreiben enthielt jedoch nicht die geringsten Zusicherungen in der Frage der Heeresreserve und der Ablösung des Generalstabschefs. Trotzdem glaubte Hindenburg — aufgewachsen in den preussischen Vorstellungen eines persönlichen Treueverhältnisses zum Obersten Kriegsherrn —, sich eines derartig eindringlichen Appells des Kaisers nicht entziehen zu können und verzichtete auf seinen Abschied. Ludendorff, der wohl als einziger in der Lage gewesen wäre, diese geheiligten Traditionen zu durchbrechen und den Feldmarschall zu einem erneuten Ultimatum an Wilhelm II. aufzurütteln, aber befand sich bei der „Südarmer“, und mit ihm fehlte in Posen die eigentliche Kraftquelle von Oberost.

Doch hinderte dies Hindenburg nicht, weiter den Sturz Falkenhayns zu fördern. So begrüßte er freudig einen Brief Moltkes an den Kaiser vom 17. Januar, dessen Abschrift am 18. Januar bei Oberost eintraf<sup>44)</sup>. Hierin fanden sich noch einmal alle Forderungen der Gegner Falkenhayns beieinander, mit denen der frühere Generalstabschef in Verbindung stand. So war er, obgleich von Informationen über die wirkliche Kampfkraft der Heere abgeschnitten, doch über die Bemühungen um den Sturz seines Nachfolgers orientiert<sup>45)</sup>.

44) Die von der Frau Moltkes angefertigte Abschrift überbrachte Major von Haefen. Sie findet sich in Haefens Dokumentenanhang als Anlage 5. Der Brief selbst ist abgedr. bei Moltke, *Erinnerungen, Briefe, Dokumente* (1922), S. 413 ff.

45) Dies geht hervor aus seinen Antwortbriefen an Bethmann Hollweg vom 8. Jan. und 10. Jan. 1915, an General . . . (gleich Plessen) vom 12. Jan. und an Hindenburg vom 14. Jan., abgedr. bei Moltke a. a. O., S. 395 ff. und 407 ff. Der Brief Plessens wurde ihm dabei von Major von Haefen am 10. Jan. überbracht, der damals auf dem Wege von der Westfront nach Posen war. Dessen Mitteilungen veranlaßten wohl Moltkes ersten Brief an den Kaiser. Den zweiten verfaßte er, als ihm Hindenburg — wahrscheinlich durch Groener, vergleiche dessen Tagebuch vom 13. Jan. 1915, *Lebenserinnerungen* (1957), S. 530 — benachrichtigte, er habe vom Kaiser die Absetzung Falkenhayns gefordert. Dem letzten Brief endlich gingen Besprechungen mit Haefen voraus, in denen Moltke erfuhr, Hindenburg habe seine Rückberufung dem Kaiser am 12. Jan. vorgeschlagen. Diese Mitteilung machte Haefen auf ausdrücklichen Wunsch Hindenburgs, da sich der Feldmarschall viel von einer Beteiligung Moltkes am Sturz Falkenhayns versprach. — Vgl. Haefen, *Darstellung*, S. 55 und den Brief Haefens an Bethmann Hollweg vom 12. Jan. 1915, *Dokumente*, Anlage 4.

„Ausgeschaltet, mit Füßen getreten, verleumdete“, wie er sich empfand<sup>46)</sup>, fielen bei ihm die Sorge um die Zukunft Deutschlands mit dem Streben nach seiner eigenen Rehabilitation zusammen. Auch Moltke wies den Kaiser auf die „ernste Gefahr für das Vaterland“ hin, die ein Verbleiben Falkenhayns in seiner jetzigen Stellung bedeutete, und geißelte dessen Operationen im Westen als „eine Strategie der verpaßten Möglichkeiten“. „Unsere gesamte Kriegslage ist jetzt so kritisch, daß nur ein ganzer und voller Erfolg im Osten sie retten kann. Es ist keine Zeit zu verlieren, wenn die Gefahr beschworen werden soll, daß Rumänien und Italien sich auf die Seite unserer Gegner stellen. Sie wird abgewendet werden, wenn es gelingt, die Russen entscheidend zu schlagen und zu einem Frieden mit ihnen zu kommen. Ich glaube, daß dies zu erreichen ist, wenn wir billige Forderungen stellen. Es ist aber nur möglich, wenn wir alle irgend verfügbaren Kräfte . . . im Osten einsetzen“. Diese Forderung nach einer Ostoffensive zur Vorbereitung des Separatfriedens mit Rußland hatte Moltke bereits am 10. und 15. Januar in zwei Briefen an den Kaiser vertreten<sup>47)</sup>.

An jenem 18. Januar 1915 in Posen blieb Hindenburg nicht nur die Hoffnung auf Moltke. Jetzt griff noch eine Person in das Ringen um Falkenhayns Absetzung ein: die Kaiserin. Sie war von ihrem Sohn Prinz Joachim, der im Stabe von Oberost Dienst tat, über den Stand der Auseinandersetzung unterrichtet worden und ließ sich am Abend des 18. Januar in Berlin von Major von Haefen Vortrag halten, der hierfür die Zustimmung Hindenburgs und Moltkes eingeholt hatte<sup>48)</sup>. Haefen äußerte

46) So Moltke in einem Brief an General Ludendorff vom 29. Jan. 1915 (Moltke a. a. O., S. 420 ff.). Ähnlich äußerte er sich Anfang Jan. 1915 auch zu Jäckh, der ihn damals um Unterstützung für seine Orientpläne ersuchte. Vgl. den Brief Jäckhs an Generalfeldmarschall von der Goltz v. 2. Febr. 1915, in: Ernst Jäckh, *Der Goldene Pflug* (1954), S. 222.

Daneben war Moltke als „scharfer persönlicher Gegner Falkenhayns“ seit seiner Absetzung bekannt, wie Groener, *Lebenserinnerungen* (1957), S. 215 zu berichten weiß.

47) Abgedr. bei Moltke a. a. O., S. 404 ff. und 410 ff. Diese beiden Briefe werden von Haefen in seiner Darstellung nicht erwähnt.

48) Die folgende Darstellung stützt sich auf Haefens Tagebuchaufzeichnungen von Jan. 1915 (Haefen, *Dokumente*, Anlage 12). Für die politischen Anschauungen der Kaiserin, die denen von Tirpitz entsprachen und ihren im Weltkrieg wachsenden Einfluß auf Wilhelm II. vgl. Andreas Dorpalen, *Empress Augusta Victoria and the Fall of the German Monarchy*, *American Historical Review*, 58 (1952), S. 17—38.

sich „sehr scharf über den Charakter des Generals von Falkenhayn, der zu Intrigen gegen die Führer im Osten neige infolge seiner Eifersucht auf deren Kriegsruhm“ und versäumte nicht, darauf hinzuweisen, er habe „den Feldmarschall in tiefer seelischer Erschütterung verlassen, so daß zu befürchten sei, daß der Feldmarschall nicht mehr über die volle seelische Spannkraft verfüge, wenn etwa die Operation in Ostpreußen doch durchgeführt werde“. Dieser Appell erreichte die gewünschte Wirkung. Am Abend des 19. Januar hatte Haefthen einen Brief Auguste Viktorias in den Händen, die — „selbst auf die Gefahr hin, den Kaiser hierdurch zu beunruhigen“ — ihren Gemahl darüber aufklären und von der Notwendigkeit überzeugen wollte, sich von General von Falkenhayn zu trennen. „In dieser schweren Zeit müßten seine verantwortlichen militärischen Berater Männer wie der Generalfeldmarschall von Hindenburg, Generaloberst von Moltke und General Ludendorff sein. Charaktere, wie der General von Falkenhayn, die des öffentlichen Vertrauens ermangelten, gehörten in dieser Zeit nicht in die Umgebung des Kaisers“. Am Nachmittag des 20. Januar traf Haefthen damit in Charleville ein — vorher noch mit der Warnung Moltkes versehen, „der Kaiser sei psychisch nicht ganz normal veranlagt und sei daher in seinen Entschlüssen ganz unberechenbar, namentlich, wenn ihm Widerstand geleistet werde“. Doch zu diesem Zeitpunkt war die Mission durch eine Entscheidung des Kaisers vom Mittag des 20. Januar bereits überflüssig geworden. Die Forderungen Hindenburgs nach der Heeresreserve und der Rückberufung Ludendorffs waren erfüllt, Falkenhayn hatte das Kriegsministerium an Wild von Hohenborn abgegeben und war selbst zum General der Infanterie befördert worden<sup>49)</sup>. Dennoch entschloß sich Haefthen, jetzt die Absetzung Falkenhayns und weitere Truppen aus dem Westen für die Ostentscheidung zu fordern.

Die Audienz beim Kaiser wurde zu einem völligen Mißerfolg<sup>50)</sup>. Wilhelm II. verbat sich energisch die Einmischung der „verfluchten

49) RA VII, S. 14, Tgb. Müller vom 20. Jan. 1915, Regierte der Kaiser? (1959), S. 82 und Tgb. Groener vom 20. Jan. 1915, Lebenserinnerungen (1957), S. 216 f.

50) Eine Tagebuchaufzeichnung Haefthens vom 28. Jan. 1915 über die Lage bei seinem Eintreffen im Großen Hauptquartier und über den Verlauf der Audienz beim Kaiser findet sich in Haefthens Dokumentenanhang als Anlage 13, Teil I. s. u. zu diesem Text als Anlage Nr. 28.

Frauenzimmer“ und nannte das Verhalten des Feldmarschalls „ganz unerhört“. „Er gehört vor ein Kriegsgericht.“ Im übrigen sei General von Falkenhayn „ein ganz ausgezeichneter Mann“ und Hindenburg sehe nur „Hirngespinnste“; und habe seinerseits „den Eindruck eines ganz verbrauchten, hinfälligen, alten Mannes gemacht“. „Die Rückberufung des Generals von Moltke ist ganz ausgeschlossen: ich will auch nicht dem General Joffre den Triumph lassen, daß ich mir alle paar Wochen einen neuen Generalstabschef nehme. Der General von Falkenhayn bleibt in seiner Stellung...“ Ebenso wenig konnte Haefthen den Kaiser für eine „große und volle Entscheidung im Osten“ gewinnen. Wilhelm II. glaubte wie Falkenhayn nur an einen „Teilerfolg“, fürchtete, die Russen würden ausweichen und die Offensive zu einem bloßen „Luftstoß“ führen. Die Russen würden nicht so „dumm“ sein, sich ein zweites Tannenberg bereiten zu lassen. Das kaiserliche Handschreiben vom 18. Januar war also, wie Haefthen erkannte, „eitel Lug und Trug und Heuchelei, nur bestimmt, den Feldmarschall einzuseifen. In Wahrheit tobte seine Majestät vor Wut gegen den Feldmarschall“. Allerdings war es weniger Wut gegen Hindenburg als tiefe Depression und Verstörung, die den Kaiser jetzt bewegten und ihn seiner vertrauten Umgebung gegenüber sich „sehr bitter“ über seine Freunde und über die Kaiserin, die ihm in den Rücken fielen<sup>51)</sup>, äußern ließen.

Für die Urheber blieb die Reise Haefthens zum Kaiser nicht ohne Folgen. Gegen Haefthen wurde ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, das mit der strafweisen Versetzung in den Stab des Gouvernements Köln endete<sup>52)</sup>. Moltke erhielt durch den Generaladjutanten

51) Tgb. Müller vom 23. Jan. 1915, Regierte der Kaiser? (1959), S. 83. Auch dem Admiral von Pohl, der Wilhelm II. unmittelbar nach Haefthens Audienz aufsuchte, „fiel auf, daß Seine Majestät recht angegriffen aussah“. Tgb. Pohl vom 20. Jan. 1915, Aus Aufzeichnungen und Briefen während der Kriegszeit (1920), S. 103

52) Eine Tagebuchaufzeichnung Haefthens vom 25. Jan. 1915 findet sich in Haefthens Dokumentenanhang als Anlage 13, Teil II. In diesem Text als Anlage Nr. 28 abgedruckt. Ein Risiko allerdings stellte die Untersuchung für Haefthen nicht dar, weil sie von einem Gegner Falkenhayns, dem Generaladjutanten von Plessen geführt wurde und Haefthen außerdem sich vorsichtshalber vorher Rückenbedeckung bei Hindenburg und Moltke verschafft hatte.

von Plessen den strengen Befehl, sich aller weiteren Eingriffe zu enthalten<sup>53</sup>). Als er Hindenburg das Scheitern von Haefkens Mission meldete, empfahl er dringend, jetzt weitere Schritte zu unterlassen, „die nur die Stim-

mung verschlechtern können“<sup>54</sup>). Da Hindenburg nun auch die kaiserliche Entscheidung mitgeteilt wurde<sup>55</sup>), war damit der Ansturm auf den Kaiser beendet, soweit er Oberost zum Ausgangspunkt hatte.

## VIII. Kronprinz Wilhelm, Tirpitz und der Kanzler

Zu der Front derer, die sich in den ersten Wochen des Jahres 1915 um den Sturz Falkenhayns bemühten, gehörten auch Persönlichkeiten, die im übrigen Gegner der Person und der Politik des Reichskanzlers waren. Dieser befand sich jetzt geradezu in der Gesellschaft nicht nur — wie mit Hindenburg und Ludendorff — seiner potentiellen sondern auch seiner alten Widersacher.

### Kronprinz Wilhelm

Kronprinz Wilhelm, Armeeführer im Westen, den Alldeutschen zugeneigt, bekämpfte Bethmann Hollweg seit Jahren und bedrängte seinen Vater schon im September, ihn zu entlassen<sup>56</sup>). Dabei war er völlig in annexionistischen Gedankengängen befangen. So beschwerte er sich etwa im Februar 1915 bei dem Kanzler über Aufsätze des Strafrechtlers Franz von Liszt und des Historikers Hans Delbrück, die zur Mäßigung in den Kriegszielen gemahnt hatten: „Flaumacher und weltfremde Ideoten schreiben ungehindert spaltenlangen Unsinn.“<sup>57</sup>) In derselben Angelegenheit hatte er sich bereits im Dezember an den Kaiser gewandt und ihn gebeten, Delbrück von der Universität zu entfernen, „diesen Kerl, der darin eine ganz gemeine vaterlandslose Gesinnung dokumentiert“, auch wenn er Fürspre-

cher bei hohen Zivilstellen finde<sup>58</sup>). Das letztere galt dem Kanzler, dessen Sturz er anderthalb Jahre später entscheidend vorantreiben sollte, und zwar mit Hilfe der Männer, die dieser im Januar 1915 in die militärische Führung zu bringen suchte und dann als dritte OHL auch gebracht hat.

In diesem Kampf um den Sturz Falkenhayns hatte Hindenburg, wie oben schon dargestellt wurde, am 12. Januar 1915 den Kronprinzen zu Hilfe gerufen, da er die Mitwirkung seiner Abschiedsdrohung allein nicht für ausreichend hielt, um seine Forderungen durchzusetzen. Damals war der konservative Abgeordnete von Oldenburg-Januschau nach Stenay gefahren und hatte den Thronfolger in seinem Hauptquartier unterrichtet, daß der Feldmarschall wegen der Verweigerung der vier Korps seinen Abschied eingereicht habe<sup>59</sup>). Daraufhin war es — wahrscheinlich

53) Vgl. die Aktennotiz Moltkes vom 24. Jan. 1915 und das Telegramm Plessens an Moltke vom 23. Jan. 1915, beide abgedr. bei Moltke a. a. O., S. 416 f. Der hier erwähnte Brief Wilhelms II. an Moltke ist nach dem Tode Moltkes ungeöffnet auf Kaiserlichen Befehl verbrannt worden, wie Haefkens (Dokumentenanhang Anlage 13/II) mitteilt.

54) Brief Moltkes an Hindenburg vom 23. Jan. 1915, Moltke a. a. O., S. 417 ff. Er rechnet dabei fälschlich die Rückberufung Ludendorffs und die Bereitstellung der vier Korps als Erfolge von Haefkens Mission. Nach Haefkens Darstellung, S. 78 soll dieser Brief Moltkes für Hindenburg den Ausschlag gegeben haben, auf weitere Schritte zu verzichten.

55) RA VII, S. 160.

56) Vgl. Paul Herre, Kronprinz Wilhelm (1954), S. 54 f.

57) Tel. Kronprinz Wilhelm an den Reichskanzler, 26. Febr. 1915, abgedr. auch bei Westarp, Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches, Bd. II. (1935), S. 187.

58) Weiteres bei Klaus Schwabe, Deutsche Professoren und politische Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Diss. phil. Masch. Freiburg 1958, S. 148 f. Tel. Kronprinz Wilhelm an den Kaiser vom 20. Dez. 1914 nach der Veröffentlichung im „Vorwärts“ vom 4. Nov. 1919 bei Schwabe a. a. O., S. 149. Anm. Nr. 68. Delbrück hatte unter dem 27. Sept. 1914 in der „Politischen Korrespondenz“ der „Preussischen Jahrbücher“ geschrieben: „Die Sicherheit, die wir erkämpfen wollen, kann also nur bestehen in der Verbindung höchster eigener militärischer Kraft mit politischer Mäßigung, einer Mäßigung, die das Mißtrauen, welches die bewaffnete Macht erweckt, wieder entwaffnet.“ (Preussische Jahrbücher, Bd. 158, S. 191).

Bei Liszt bezog sich Kronprinz Wilhelm wahrscheinlich auf dessen Schrift „Ein mitteleuropäischer Staatenbund als nächstes Ziel der deutschen auswärtigen Politik“, Leipzig 1914 (Zwischen Krieg und Frieden Nr. 2). Hierin schrieb Liszt: „Das neue Reich muß stärker sein als das alte. Erwerb von europäischen Gebieten mit fremdsprachiger Bevölkerung lockt uns nicht; wir haben zur Genüge erfahren, welchen Wert nationale Geschlossenheit für einen Großstaat hat.“ (S. 6) „Was aus Belgien werden soll, habe ich hier nicht zu erörtern. Daß für das Deutsche Reich Belgien gegenüber nur der Gedanke des Grenzschutzes ausschlaggebend sein kann, ist bereits oben erwähnt worden.“ (S. 18). Hierbei näherte er sich Gedankengängen Bethmann Hollwegs, wie sie oben dargestellt werden.

59) Oldenburg-Januschau, Erinnerungen (1936), S. 132.

mit Wissen von Tirpitz<sup>60)</sup> — zu jenem mißglückten Schritt des Kronprinzen gekommen, der den Kaiser so „tief verstimmte“.

Auch Kronprinz Wilhelm wurde für den Sonderfrieden mit Rußland gewonnen. In einem Briefe vom 2. Februar 1915<sup>61)</sup> forderte er den Großherzog von Hessen auf, über seine Schwester, die Zarin Alexandra, mit dem Zaren in Verbindung zu treten, um ihm zu „raten, mit uns sich gütlich zu einigen“. „Erstens ist es zu dumm, daß wir uns gegenseitig zerfleischen, bloß, damit England im Trüben fischt, und dann müssen wir unsere gesamte Truppenmacht nach hier zurückkriegeln, um mit den Franzosen aufzuräumen, da dieser dauernde Stellungskrieg viele Opfer kostet und nicht verbessernd auf die Truppen wirkt.“ Der Kronprinz rühmt sich in diesem Briefe auch, daß er bereits dabei sei, praktische Voraussetzungen für diese Verständigung zu schaffen. „Unsere Diplomaten sind so dumm und unfähig, daß man schon selbst Hand anlegen muß, damit was Gutes rauskommt.“ So habe er seit langem darauf hingearbeitet, daß die Türkei den Russen die Durchfahrt durch die Meerenge gestatte, er habe die Ernennung Bülow's zum Botschafter in Rom durchgedrückt, seine Fäden in Rumänien angesponnen und stände auch mit König Alphon's von Spanien in Briefwechsel. „Du siehst, ich arbeite im Stillen, aber dafür nicht unwirksam.“

### Tirpitz . . .

Unsere besondere Aufmerksamkeit im Kreise derer, die hier gleichzeitig mit dem Reichskanzler den Sturz Falkenhayns betrieben, verdient der Mann, der immerhin als Initiator des außenpolitischen Kurses angesehen werden kann, den einzuschlagen die Reichsleitung jetzt bemüht war. Tirpitz verfolgte das Ziel, daß er im November dem Staatssekretär des Auswärtigen und dem Chef des Generalstabes unmittelbar vorgetragen und mittelbar an den Kaiser und den Reichskanzler hatte heranzubringen lassen<sup>62)</sup>: den Sonderfrieden mit Rußland. Und zwar einen Frieden der Verständigung,

einen „modus vivendi“, wie er ihn schon in Friedenszeiten mit dem Nachbarn anstrebte, mit dem Deutschland keine Interessengegensätze habe. Hierzu sollte Rußland durch den Ostfeldzug gezwungen werden: „Wir müssen Rußland erst noch einmal schlagen, dann scheint mir ein Abkommen mit ihm möglich . . . Rußland mit Ehren heraus aus der Affäre . . . deshalb jetzt alles für Hindenburg, was nur möglich, um mit Rußland Schluß zu machen.“<sup>63)</sup>

Die Ausschaltung Rußlands bedeutete in der Konzeption des Großadmirals etwas anderes als für den Kanzler. Für den Schöpfer der deutschen Schlachtflotte war dieser Krieg ein „Kampf um Leben oder Tod“ mit England. Nach seiner Überzeugung gab es unter den gegebenen Weltverhältnissen für Deutschland nur eine Alternative, ein großes Weltvolk zu werden, die Engländer zur Anerkennung der deutschen Weltmachtstellung zu zwingen oder sich ihnen zu unterwerfen und mit dem Verzicht auf Weltpolitik und Lebensraum in Übersee zur Bedeutungslosigkeit eines reinen Binnenstaates „herabzusinken“<sup>64)</sup>. Darum war der Kampf mit allen Mitteln zu führen: „Messer gegen Messer“<sup>65)</sup>; und darum sollte Deutschland Belgien behalten, das heißt mit Flandern und Antwerpen gegenüber dem Inselstaat eine strategische Position an der Kanalküste gewinnen<sup>66)</sup>.

Damit folgte Tirpitz dem Grundgedanken seiner Flottenpolitik, daß die Engländer nur durch militärische Macht davon abgehalten würden, sich der überseeischen Wirtschaftsexpansion Deutschlands entgegenzustellen und ihm den freien Zugang zum Weltmeer zu sperren. Wenn sie sich jetzt dem Risiko einer Seeschlacht in deutscher Küstennähe entzogen und die Nordsee mit einer auf die Heimatbasis gestützten Fernblockade abriegelten, dann bot sich dafür im Sinne des Risikogedan-

60) Aufz. Kapitän Hopman vom 4. Febr. 1915 (rückblickend) abgedr. bei Tirpitz, Ohnmachtspolitik, S. 220 Seine damaligen Äußerungen über den Einfluß des Militärkabinetts hat Kronprinz Wilhelm am 30. Nov. 1926 in einem Brief an Lyncker dementiert — Schmidt-Bückeberg, Das Militärkabinett (1933), S. 242.

61) Kronprinz Wilhelm an Großherzog Ernst Ludwig von Hessen 2. Febr. 1915, siehe Anlage Nr. 29.

62) S. o. Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 275, vgl. auch Tgb. Tirpitz vom 21. Aug. 1914, Erinnerungen (1919), S. 394.

63) Tgb. Tirpitz vom 20. Jan., ähnlich am 22., 23. und 29. März, Erinnerungen, S. 442 f., 457 und 462.

64) Dazu Tirpitz zu Westarp zur Interpretation seines Wiegand-Interviews vom 20. Nov. 1914, Graf Westarp a. a. O., S. 30 f.; Tgb. Tirpitz vom 12. und 26. Sept. und 8. Okt. 1914, Erinnerungen, S. 402, 408 und 415, sowie Tirpitz an Kronprinz Wilhelm, 28. Dez. 1914, Ohnmachtspolitik, S. 183.

65) Tgb. vom 18. und 19. Nov. 1914, Erinnerungen, S. 428 f. und Tirpitz an Capelle, 16. Nov. 1914, Ohnmachtspolitik, S. 168 f.

66) Denkschrift Tirpitz an Hertling, 27. Jan. 1915 und die zustimmende Antwort Hertlings an Tirpitz vom 2. Febr. 1915 in: G. St. A./Mü., VII, 62, nach Janßen, Kriegszielpolitik, S. 59 und S. 243, Anm. 194, vgl. auch Tgb. Tirpitz vom 8. Jan. 1915, Erinnerungen, S. 436 f.

kens in Flandern ein Druckmittel. Deutschland sei, so erklärte Tirpitz am 28. Dezember 1914 dem Kronprinzen<sup>67)</sup>, im nassen Dreieck Borkum-Cuxhaven-Sylt geographisch zu sehr benachteiligt; es würde nach eingetretenem Frieden und angesichts der U-Boot-Entwicklung „kein ‚Risiko‘ gegen England mehr darstellen“, wenn es ihm nicht gelänge, „in Flandern gelegene Plätze festzuhalten“.

Daß die Lage „sehr ernst“ geworden sei, war Tirpitz bewußt<sup>68)</sup>. Immer wieder dränge sich ihm der Gedanke auf, heißt es in seinen tagebuchartigen Aufzeichnungen, „wie kommen wir mit Ehren und ohne zu große bzw. unersetzliche Einbuße aus diesem Krieg heraus“; er könne sich das kaum vorstellen<sup>69)</sup>. Und auch bei ihm kommt der große Stimmungsunterschied zwischen Heimat und Großem Hauptquartier zum Ausdruck. So findet er in den entscheidenden Tagen der Marne-schlacht die „Siegestollheit“ der Zeitungen und Briefe, die ihm zugehen, „fatal“ und „abstoßend“<sup>70)</sup>.

### ... und der Kanzler

Auch zur Vorstellungswelt des Reichskanzlers gehörte der Gedanke, daß das Deutsche Reich seinen Anteil an der kolonialen Erschließung und der Aufteilung der überseeischen Welt zu beanspruchen habe. Auch seine Außenpolitik vollzog sich im Rahmen einer allgemeinen Bewegung, in der sich die westlichen Nationen in den vierhundert Jahren der europäischen Expansion durch Überseehandel und Kolonialbesitz ausgebreitet hatten, die im Zeitalter des Imperialismus ihren Höhepunkt erreichte und nun auch Deutschland einschloß, das als aufstrebende Industriemacht darauf angewiesen zu sein meinte, ebenfalls Absatzgebiete, Rohstoffgebiete und Kapitalinvestierungsmöglichkeiten zu erschließen. Nicht minder als bei Portugiesen, Spaniern, Franzosen, Holländern und Engländern entwickelte sich bei den Deutschen mit der Ausbildung des Nationalstaates ein leidenschaftlicher Aktionsdrang zur Betätigung auf den Meeren und in der Welt. Da die Engländer im 19. Jahrhundert die Kontrolle über

die maritimen Verkehrswege zu einer Art Seehegemonie entwickelt hatten und die führende Stelle im Welthandel besaßen, mußten sich die anderen Mächte in erster Linie mit diesem Weltreich auseinandersetzen.

Das hatte Bethmann Hollweg bis in den Juli 1914 hinein auf dem Wege diplomatischer Verständigung mit Einzelabkommen versucht. Und er schien damit Erfolg zu haben. Lagen doch bei Kriegsausbruch für beide Teile befriedigende Verträge über die Zukunft der portugiesischen Kolonien und über die Bagdadbahn vor, mit denen das deutsch-englische Verhältnis in Mittelafrrika und Vorderasien entspannt wurde. Nun hatte sich zwar die auf Deutschland zugespitzte Koalitions- und Isolierungspolitik bis zum Kriegseintritt des britischen Weltreiches gesteigert<sup>71)</sup>. Dennoch sah Bethmann Hollweg auch jetzt die Zukunft der deutsch-englischen Auseinandersetzung nicht unter dem Gesichtspunkt des militärischen Machtkampfes wie Tirpitz, der auch jetzt noch glaubte, mit dem Einsatz der Flotte zur Seeschlacht einen Kraftausgleich und einen Prestigeverlust Englands bei den Neutralen zu erreichen<sup>72)</sup>. Die Kriegspolitik des Kanzlers war vielmehr darauf gerichtet, das Koalitionssystem zu beseitigen, das sich ja gerade unter dem Druck des Tirpitzschen Schlachtflottenbaus so verfestigt hatte, daß die britischen Generalstabs- und Marineabkommen mit Frankreich und dann auch mit Rußland politische Bindungen gebracht hatten. Eher als von einem Kriege „bis ans Messer“ erhoffte der Kanzler von einer Umgruppierung der Mächte und einer Neuordnung des Staatensystems Bewegungsfreiheit für die deutsche Wirtschaft, Politik und Kolonialpolitik. Anders sah er keine entscheidende Möglichkeit, um den Engländern

71) Vgl. Hermann Oncken, Greys Kampf um den Eintritt Englands in den Weltkrieg, in: Hermann Oncken, Nation und Geschichte (1935), S. 439 ff.

72) Aufz. Tirpitz über eine Unterredung mit Admiral von Müller am 24. Dez. 1914, Ohnmachtspolitik, S. 178. Bereits am 25. Jan. 1915 aber hatte Tirpitz wegen der zunehmenden Verstärkung der englischen Flotte den Gedanken an eine Seeschlacht aufgegeben und dagegen ein rücksichtsloses Ausschöpfen der noch vorhandenen Möglichkeiten im Luft-, U-Boots- und Kreuzerkrieg verlangt. Vgl. Tirpitz an Müller, 25. Jan. 1915, Ohnmachtspolitik, S. 198 ff. und Tgb. Müller vom 27. Jan. 1915, Regierte der Kaiser? (1959), S. 84 ff. Für die Haltung der englischen Admiralität zu einem möglichen deutschen Flottenangriff vgl. Paul Sethe, Die ausgebliebene Seeschlacht (Die englische Flottenführung 1911/15), Diss. Bonn, 1932.

67) Tirpitz an Kronprinz Wilhelm, 28. Dez. 1914, Ohnmachtspolitik, S. 183.

68) Tgb. Tirpitz vom 22. Sept. und 9. Okt. 1914, Erinnerungen, S. 406 f. und 416 und an Capelle, 16. Nov. 1914, Ohnmachtspolitik, S. 168 f.

69) Tgb. Tirpitz vom 8. und 10. Okt. 1914, Erinnerungen, S. 416 und 418.

70) Tgb. Tirpitz vom 5. und 15. Sept. 1914, Erinnerungen, S. 399 und 404.

beizukommen. „England gegenüber wäre unsere Macht sehr gering“<sup>73</sup>).

Wie sehr sich Bethmann Hollweg in seiner Auffassung über die deutsche Englandpolitik auch jetzt von der eines Tirpitz unterschied, hat dieser — gerade im Hinblick auf die Friedensfrage und auf Belgien — in den tagebuchartigen Aufzeichnungen dieser Woche niedergelegt: „Bethmann hat gestern überall in dem Sinn flaugemacht und gearbeitet, daß wir nur noch um Belgien kämpften, sonst könnten wir den Frieden haben“<sup>74</sup>). „Bethmann und seine Leute gehen ernstlich mit dem Gedanken um, England nachzulaufen“<sup>75</sup>). „Bethmann und seine Sippe Ballin, und jetzt sogar in Reichstagskreisen, machen alle flau. Frieden mit großem Minus für uns, aber Frieden“<sup>76</sup>).

Von einem solchen Kanzler war nicht zu erwarten, daß er die mit einem russischen Sonderfrieden gewonnene Rückenfreiheit benützen würde, um den „Kampf bis aufs Messer“ gegen England zu führen. Deshalb gehörte Tirpitz zu denen, die am Sturze Bethmann Hollwegs arbeiteten. Hindenburg sollte Reichskanzler werden mit einer Machtstellung, in der ihm auch Heer und Marine unterständen: „Reichskanzler und Chef des Generalstabs und Chef der Admiralität in einer Person“<sup>77</sup>). „Dann Hindenburg hierher mit absoluter Vollmacht; der hätte die Position, um alles zu machen, schließlich auf England los, so viel wir können“<sup>78</sup>). „Wir müssen aber England durchaus ans Leder, sonst machen wir einen Frieden, der unsere Weltmachtstellung nicht berücksichtigt“<sup>79</sup>).

### Ausschaltung des Kaisers?

Doch nicht nur Bethmann Hollweg stand den Tirpitzschen Plänen entgegen, sondern auch der Kaiser<sup>80</sup>). Deshalb verdichteten sich Tirpitz Gedanken in den nächsten Wochen bis zu der Idee, Wilhelm II. auszuschalten. Der Kai-

ser müsse, schrieb Tirpitz in seinem Tagebuch mit militärischem Jargon, „auf 8 Wochen oder mehr sich krank melden“<sup>81</sup>). Um ihn dazu zu bewegen, rechnete er mit der Kaiserin, die zum Mißvergnügen der kaiserlichen Umgebung gelegentlich im Großen Hauptquartier erschien. Doch dachte er auch an einen gewaltsameren Weg: Wilhelm II. durch ein ärztliches Gutachten für regierungsunfähig erklären zu lassen<sup>82</sup>). Dafür sollte der im Hauptquartier diensttuende Leibarzt des Kaisers gewonnen werden. Tatsächlich ist Dr. Niedner, wie er später berichtet hat<sup>83</sup>), damals von einer Gruppe, die Tirpitz nicht ferngestanden habe, sondiert worden. Er habe aber die Antwort gegeben, daß er solche Bestrebungen nicht nur für indiskutabel halte, sondern sie bekämpfen würde, und habe sofort dem Chef des Civilkabinetts davon Mitteilung gemacht. Die Aussage findet ihre Bestätigung in einer Tagebucheintragung Müllers, wonach dieser damals von Valentini über diese „Intrige“ informiert worden sei<sup>84</sup>). Die Umtriebe des Marinestaatssekretärs, der keine Kommando-

80) Auch zum folgenden: Tgb. Tirpitz vom 23., 27. und 29. März 1915, Erinnerungen, S. 457 und 460 ff., sowie Tgb. Müller vom 18. Apr. 1915 und Brief Müllers an den früheren Oberstabsarzt Niedner vom 27. Febr. 1927, Regierte der Kaiser? (1959), S. 97 f. Auch Groener, Lebenserinnerungen (1957), S. 215 erwähnt „Stimmen, die von einer radikaleren Lösung sprachen“.

81) Tgb. Tirpitz vom 27. März 1915, Erinnerungen, S. 460.

82) Tgb. Müller vom 18. Apr. 1915, Regierte der Kaiser? (1959), S. 97.

83) Niedner an Müller 1. März 1927, in: Regierte der Kaiser? (1959), S. 98 f.

84) Tgb. Müller vom 18. Apr. 1915 a. a. O. In seinem oben angeführten Brief an Niedner vom 27. Febr. 1927 berichtet Müller, daß er später gehört habe, Tirpitz hätte in der fraglichen Zeit versucht, einen oder mehrere Großindustrielle für den Gedanken der Kaltstellung des Kaisers zu gewinnen. In dem Erinnerungsbuch von Richard Merton — Erinnerungswertes aus meinem Leben (1955), S. 47 — ist von staatsrechtlichen Gutachten die Rede, mit denen eine Absetzung des Kaisers begründet werden sollte. Doch dürfte sich dies auf einen späteren Vorgang beziehen. So heißt es bei Wilhelm Breucker — Die Tragik Ludendorffs, Auf Grund persönlicher Erinnerungen (1953), S. 49 —, „Oberst Bauer habe 1917 Ludendorff „in hohem Ernst einen Staatsstreich für die Beseitigung des Kaisers und seinen Ersatz durch den Kronprinzen“ vorgeschlagen, der dann mit einer auf die Mitarbeit aller Parteien gestützten Koalitionsregierung die Einheit zwischen Heer und Heimat habe wieder herstellen sollen. Ludendorff habe den nach den herrschenden Anschauungen von Königstreue und Fahneid grotesk anmutenden Vorschlag Bauers abgelehnt und Hindenburg Bauer diesen Schritt bis zu seinem Tode nicht verziehen.“

73) Raisonement vom 19. Nov. 1914, Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/61, S. 285.

74) Tgb. Tirpitz vom 23. März 1915, Erinnerungen, S. 457 f.

75) Tgb. Tirpitz vom 29. März 1915, Erinnerungen, S. 461 f.

76) Tgb. Tirpitz vom 26. März 1915, Erinnerungen, S. 460.

77) Tgb. Tirpitz vom 22., 27. und 29. März und 2. Apr. 1915, Erinnerungen, S. 457, 460 f., 462 und 466.

78) Tgb. Tirpitz vom 20. Jan. 1915, Erinnerungen, S. 443 Hier wird deutlich, daß Tirpitz über die oben dargestellten gleichzeitigen Bemühungen von Oberost nicht unterrichtet war.

79) Tgb. Tirpitz vom 17. Jan. 1915, Erinnerungen, S. 441.

gewalt hatte, aber eine politische Position als preußischer Staatsminister, stehen sichtlich auch im Zusammenhang mit den Bemühungen des Großherzogs von Oldenburg um einen Kollektivschritt der Bundesfürsten unter Führung des Königs von Bayern. Pfl egte doch der Oldenburger bei Besuchen im Hauptquartier Tirpitz zu besuchen, und dieser beklagte sich nach dem Scheitern dieses Planes in seinem Tagebuch: „die Grandseigneurs sind Jammerlappen, die Serenissimi brave Leute. Ludwig der Bayer nicht recht verwendbar“<sup>85)</sup>. Worauf Tirpitz spekulierte, läßt sich daraus erkennen, daß die Erklärung der Regierungsunfähigkeit des Kaisers mit der Einsetzung einer Regentschaft des Kronprinzen verbunden werden sollte<sup>86)</sup>.

Handelte es sich hier um eine Episode, bei der es offenbar nicht über Gedanken und erste Ansätze hinausging, so bietet sie doch einen tieferen Blick in das innenpolitische Problem der deutschen Sonderfriedenspolitik. Der Kron-

---

85) Tgb. Tirpitz vom 20. Apr. 1915, Erinnerungen 1919), S. 474 und Janßen, a. a. O., S. 44. Der Großherzog von Oldenburg durfte wegen seiner großen Verdienste um die deutsche Flottenpolitik als einziger Bundesfürst eine Seeoffiziersuniform tragen und war mit Tirpitz eng befreundet. Siehe Georg von Eucken — Addenhausen, Politische Lebenswanderung mit Großherzog Friedrich August von Oldenburg, Sonderbeilage zu „Nachrichten für Stadt und Land“ Oldenburg i. O., Nr. 54—57, 24. bis 27. Febr. 1932 und Tgb. Tirpitz vom 8. Sept. 1914, Erinnerungen, S. 400. Über das Verhältnis Tirpitz/Kronprinz Wilhelm in jenen Monaten vgl. die Angaben bei Hopman, Das Kriegstagebuch eines deutschen Seeoffiziers (1925), S. 86 f.

86) Vgl. Anm. 84.

prinz, für diesen Kurs gewonnen und sogar schon unmittelbar dafür tätig, sah in Tirpitz eine der bedeutendsten politischen Persönlichkeiten der Zeit. Es war zu erwarten, daß er als Regent unter dem Einfluß dieses Ratgebers eine etwa im Osten gewonnene Rückenfreiheit benutzen würde, um den Kampf auf Leben und Tod gegen das britische Weltreich zum Ziel der deutschen Kriegspolitik zu erheben. Der Vorgang offenbart auch geradezu paradoxe Verhältnisse in der deutschen Führung. Da bemüht sich der Reichskanzler um einen außenpolitischen Kurs, der ihm auf Betreiben des Staatssekretärs der Marine vom Chef des Generalstabes angeraten wurde und auf den auch der Kaiser drängte. Aber um ihn durchzuführen, sieht er sich genötigt, um die Ablösung eben dieses Generalstabschefs einzukommen. Dabei bedient er sich der Hilfe des früheren, abgesetzten Generalstabschefs, vertritt ein Anliegen des Oberbefehlshabers Ost und hat die Unterstützung des Thronfolgers. Der aber spielt das Spiel des Mannes, der, Initiator einer solchen Rußlandpolitik, auch den Kanzler stürzen, ja den Monarchen ausschalten möchte, um mit dem eine populäre und die militärische Macht repräsentierenden Hindenburg und dem in seiner Unerfahrenheit und Spontaneität lenkbaren Thronfolger den Krieg gegen England auf Sieg oder Niederlage zu führen. Einig sind alle die, die hier miteinander und gegeneinander agieren, in dem Wunsch nach der Verständigung mit dem Gegner im Osten und soweit sie den Generalstabschef zu stürzen suchen, darin, daß hierfür der Schwerpunkt der Kriegsführung nach dem Osten verlegt werden müßte.



Deutsches Zentralarchiv Potsdam  
Reichskanzlei Nr. 2476, Bl. 46-53 <sup>1)</sup>.

**Die Septemberdenkschrift Bethmann Hollwegs**  
(Konzept)

1) An den Staatssekretär des Innern  
Kgl. Staatsminister Herrn Dr. Delbrück  
Berlin. Eigenhändig.

e(x) o(fficio) RK 160  
G. H.

Großes Hauptquartier, 9. Sept. 14. <sup>2)</sup>

Ganz geheim.

Euer Excellenz übersende ich in der Anlage eine *vorläufige* <sup>3)</sup> Aufzeichnung über die Richtlinien unserer Politik beim Friedensschluß, die ich hier habe anfertigen lassen. Wenn auch der Krieg noch nicht entschieden ist und es eher den Anschein hat, als gelänge es England, seine Bundesgenossen in einem Widerstand à outrance festzuhalten, so werden wir doch für die Eventualität plötzlicher Verhandlungen, die dann nicht in die Länge gezogen werden dürfen, gewappnet sein müssen. Über das wirtschaftliche Programm eines mitteleuropäischen Zollverbandes haben wir ja kurz nach dem Ausbruch des Krieges mündlich gesprochen und eine Übereinstimmung in den Grundzügen feststellen können.

Es käme nun darauf an, *im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt* <sup>4)</sup> die einzelnen Probleme vorbereitend so zu klären, daß es bei eventuellen Verhandlungen über einen Präliminarfrieden möglich ist, schnell das Richtige zu treffen und in kurzen Formeln die richtige Grundlage für den späteren schwierigen Aufbau zu finden. Zu den großen sachlichen Schwierigkeiten, die die einzelnen Fragen selbst enthalten, scheint mir noch eine besondere in der Frage der Heranziehung der weiten, an der schließlichen Lösung interessierten wirtschaftlichen Kreise zu liegen. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine derartige Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Mitteleuropas eine Umschichtung der Interessen und Zukunftsaussichten der einzelnen Wirtschaftszweige im Gefolge hat, den einen neue Wege zeigt, sehr viele aber in der bisherigen Einstellung ihrer Interessen gefährdet und manche aus den gewohnten Bahnen reißt, die nicht einsehen werden, daß sich ihnen neue, noch bessere Möglichkeiten öffnen. Ich möchte deshalb raten, die Interessentenkreise so wenig und so spät als möglich heranzuziehen. Bei

1) Der Abdruck der „vorläufigen Aufzeichnung über die Richtlinien unserer Politik beim Friedensschluß“ und der beiden dazugehörigen Anschreiben an Delbrück und Zimmermann nach dem Konzept mit Einschluß des ihm zugrunde liegenden Entwurfs soll, soweit möglich, Einblick in die Entstehungsgeschichte des Dokuments geben. Sein Wortlaut allein — unter Ausschluß des kurzen Anschreibens an Zimmermann — wie er in die Ausfertigung übernommen wurde, ist bereits abgedruckt in: W. Basler, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914—1918, Berlin 1962, S. 381 ff. (Nach Reichskanzlei Nr. 2476, Blatt 54—57). Die Konzepte beider Anschreiben sind handschriftlich v. d. H. Riezlers, dessen Entwurf für den Brief an Delbrück Verbesserungen von ihm selbst sowie vom Reichskanzler trägt. Beistift-Neuschreibungen einzelner Wörter zwischen den Zeilen dieses Anschreibens stammen offensichtlich aus der Kanzlei und wurden, wegen der flüchtigen Schrift Riezlers, bei der Herstellung der Ausfertigung vorgenommen. Die Aufzeichnung selbst ist maschinenschriftlich bis einschließlich Punkt 5, mit Verbesserungen v. d. H. Riezlers. Punkt 6 wiederum ist v. d. H. Riezlers geschrieben und trägt Verbesserungen des Reichskanzlers. Alle inhaltlich relevanten Verbesserungen sind beim Abdruck berücksichtigt worden.

2) Ausfertigungsdatum, 9., erwartungsgemäß nachgetragen, — Datum des Entwurfs 8. 9. Die linke Hälfte der ersten Seite des Anschreibens trägt den handschriftlichen Weitergabevermerk Riezlers „Herrn Ostag“ (Kanzleidirektor) und den Kanzlei-Abgangsvermerk „zu 1 und 2 ab 10. 9. 14. (d. Postkurier)“.

3) v. d. H. Riezlers hinzugefügt.

4) v. d. H. Riezlers hinzugefügt.

der Größe des zu Erreichenden werden wir um des Gesamtinteresses willen auch da und dort über noch so berechnete Sonderinteressen hinweggehen müssen. Auch die Rücksicht auf den ganz geheimen Charakter, der diesen vorbereitenden Arbeiten zukommen muß, wird zu einem solchen Vorgehen den Interessenten gegenüber veranlassen müssen.

Sollten Eure Excellenz der Ansicht sein, daß es — bei der Eigenart unserer an Ressortgesichtspunkten zähe festhaltenden Beamten, von denen nicht alle imstande sein werden, sich plötzlich einer neuen und weiteren Perspektive zuzuwenden — sich empfiehlt, die erst in zweiter Linie beteiligten Ressorts nur in Einzelfragen gutachtlich zu hören, so wäre ich meinerseits mit einem solchen Verfahren einverstanden, in dem Bewußtsein, daß der Hauptteil der Aufgabe am besten in Ihrer persönlichen Initiative und Führung liegt.

S. M. der Kaiser kommt immer von neuem auf den Gedanken zurück, daß eventuell von Belgien und Frankreich zu annektierende Gebietsteile evacuiert und mit Militärkolonien in der Form von Landzuwendungen an verdiente Unteroffiziere und Mannschaften besiedelt werden müßten. Ich verkenne nicht, daß dieser Gedanke viel Bestechendes hat, in der Ausführung aber wohl großen Schwierigkeiten begegnen wird. Immerhin wäre zu überlegen, ob sich nicht eine Formel finden läßt, in der eine solche Exprop[ri]ierung in dem Präliminarfrieden dem besiegten Staate *in gewissem Umfang* <sup>5)</sup> aufgegeben werden kann. *Speziell* [Auch] der Gedanke, daß die französische Regierung bei der Abtretung des lothringischen Erzbeckens es auf sich nehmen muß, die dortigen Eisenwerke in deutschen Besitz überzuleiten, wäre erwägenswert. Ich wäre dankbar, wenn Sie auch für diesen Punkt eine Form vorbereiten ließen.

Schlußformel <sup>6)</sup>

Rk.

[Paraphe Riezlers] 8 9

2) Unterstaatssekretär

Zimmermann

Berlin

Großes Hauptquartier, 9. Sept. 14.

Ganz geheim.

Euer pp. lasse ich in der Anlage ein Schreiben, das ich heute an Excellenz Delbrück gerichtet habe, zu Ihrer persönlichen Information zugehen.

Rk.

i. m.

gez. v. Bethmann Hollweg

[Paraphe Riezlers] 9 9.

Zu Rk. 160

G. H.

Das allgemeine Ziel des Krieges:

Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit. Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland

5) von Bethmann Hollweg eingefügt, ebenso im folgenden. Text in Klammern gibt alte Lesart wieder.

6) Links neben „Schlußformel Rk.“ Zusatz v. d. H. Riezlers „i. m. mündlich genehmigt“, ebenso unter „Rk.“ „i. m. 2.“ („i. m.“ bezieht sich wohl auf das Mundum des ersten Anschreibens, während „2.“ lediglich vermerken soll, daß noch ein zweites Anschreiben, an Zimmermann, konzipiert werden muß); auf der linken Hälfte dieser letzten Seite des Anschreibens in der Höhe von „in deutschen Besitz“ Vermerk von Bethmann Hollweg „2. Zimmermann“; mit Abstand darunter v. d. H. Riezlers „Schlußformel manu propria“, links daneben der Text der schwer lesbaren, offensichtlich in der Kanzlei von der Ausfertigung übertragenen Schlußformel „Mit verbindlichem Gruß und Wunsche Ihr ergebenster i. m. gez. v. B. H.“.

von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nicht-russischen Vasallenvölker gebrochen werden.

Die Ziele des Krieges im einzelnen:

1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhanges der Vogesen, die Schleifung der Festungen, *die Abtretung des Küstenstrichs von Dünkirchen bis Boulogne*<sup>7)</sup> zu fordern ist.

In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey.

Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten 15—20 Jahren erhebliche Mittel für Rüstungen aufzuwenden.

Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht und uns ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten. Dieser Handelsvertrag muß uns finanzielle und industrielle Bewegungsfreiheit in Frankreich schaffen — so, daß deutsche Unternehmungen nicht mehr anders als französische behandelt werden können.

2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstrichs der Provinz Luxemburg an Luxemburg.

Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist.

Gleichviel, jedenfalls muß ganz Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden. Bei einer solchen Lösung, die die Vorteile der Annexion, nicht aber ihre innerpolitisch nicht zu beseitigenden Nachteile hat, kann franz. Flandern mit Dünkirchen, Calais und Boulogne, mit größtenteils flämischer Bevölkerung diesem veränderten Belgien ohne Gefahr angegliedert werden. Den militärischen Wert dieser Position England gegenüber werden die zuständigen Stellen zu beurteilen haben.

3. Luxemburg wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, *wohl*<sup>8)</sup> ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren (!).

5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft.

---

7) v. d. H. Riezlers hinzugefügt.

8) v. d. H. Riezlers hinzugefügt.

Als Grundlage der mit Frankreich und Belgien zu treffenden wirtschaftlichen Abmachungen ist eine kurze provisorische, für einen eventuellen Präliminarfrieden geeignete Formel zu finden.

6. [Nachtrag] <sup>9)</sup> Holland. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Holland in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reiche gebracht werden kann.

Dies engere Verhältnis müßte bei der Eigenart der Holländer von jedem Gefühl des Zwanges für sie frei sein, an dem Gang des holländischen Lebens nichts ändern, ihnen auch keine veränderten militärischen Pflichten bringen, Holland also äußerlich unabhängig belassen, innerlich aber in Abhängigkeit von uns bringen. *Vielleicht* <sup>10)</sup> ein die Kolonien einschließendes Schutz- und Trutzbündnis, *jedenfalls* enger Zollanschluß, [die Befreiung von der Drohung des Rhein-Emden-Kanals] <sup>11)</sup> eventuell die Abtretung von Antwerpen an Holland gegen das Zugeständnis eines deutschen Besatzungsrechtes für das befestigte Antwerpen wie für die Scheldemündung wäre zu erwägen. <sup>12)</sup>

Nr. 23

Deutsches Zentralarchiv Potsdam

Reichskanzlei Nr. 2476, Bl. 105—108.

Delbrück an Bethmann Hollweg

(Ausfertigung)

Rk. 222 pr. Septbr. 1914 <sup>1)</sup>

G. H. 1 Anl.

Berlin, den 13. September 1914

Eurer Exzellenz

geneigtes Schreiben vom 9. d. M. <sup>2)</sup> ist gestern hier eingetroffen und von mir mit Freuden begrüßt, weil es mit seinen bestimmten Vorschlägen den Erörterungen über die beim Friedensschluß zu ergreifenden handelspolitischen Maßnahmen etwas von ihrem hypothetischen Charakter nimmt und sie damit auf eine etwas schmalere Basis stellt. Ich hatte bereits Ende voriger Woche die unmittelbar beteiligten Ressortchefs und zwar diese allein zu einer vorbereitenden

9) „folgt 6.) Holland“ mit einem weichen Stift v. d. H. Riezlers unten auf Blatt 52. Blatt 53, handschriftlich mit Tinte von Riezler, beginnt mit dem Wort „Nachtrag“, das durchgestrichen und durch „6.“ ersetzt ist.

10) von Bethmann Hollweg zugesetzt, ebenso „jedenfalls“.

11) von Bethmann Hollweg gestrichen.

12) Im Konzept der Aufzeichnung erscheint keine Paraphe.

1) darunter v. d. H. Bethmann Hollwegs „pr. 17. 4. 14. H. Lg. R. Dr. Riezler. [Paraphe Bethmann Hollwegs]“; wiederum darunter „Z(ur) g(fälligen) K(enntnisnahme) [Paraphe Bethmann Hollwegs]“.

2) darüber in handschriftlichem Zusatz der Reichskanzlei „Rk. 160 G. H.“, s. Anlage Nr.

Besprechung zusammenberufen. Man war mit mir darin einig, daß eigentliche kommissarische Verhandlungen und ein schriftlicher Notenwechsel zu vermeiden seien, daß die Angelegenheit bei mir zu bearbeiten und die Referenten der einzelnen Ressorts nach Bedarf hinzugezogen und schließlich zu einer Kommission zusammengenommen werden sollten. Das entspricht im wesentlichen Eurer Exzellenz Anordnungen. Sachlich hat die Besprechung mit den Herren Ressortchefs, wie ich erwartete, nichts Erhebliches zu Tage gefördert. Ich hatte auch nur die Absicht, sie rechtzeitig mit den für sie alle überraschenden Plänen einer mitteleuropäischen Wirtschaftsvereinigung vertraut zu machen. Abgesehen von den mannigfachen Eventualitäten, die auch in Eurer Exzellenz Programm noch stecken, liegt die Schwierigkeit der Bearbeitung in der Neuheit der Aufgabe, die nur jemand lösen kann, der an ihre Durchführbarkeit glaubt und nicht von vornherein mit Zweifeln an sie herantritt. Ich habe daher ausschließlich für diese Sache den früheren Gouverneur von Rechenberg als Hilfsarbeiter in das Reichsamt des Innern einberufen, der schon vor Wochen mit einer ähnlichen Anregung an mich herangetreten war und, wie ich in einer langen Unterredung, an der auch die Herren Wahnschaffe und Helfferich teilnahmen, festgestellt habe, von den mir zur Verfügung stehenden Leuten unbedingt der geeignetste ist. Den Direktor Müller, der an sich der Berufenste gewesen wäre, konnte ich für diese Sache, die ihn vollständig in Anspruch genommen haben würde, nicht freimachen, da der „wirtschaftliche Krieg“ ihn und seine durch Einberufungen zur Fahne von 8 auf 2 Köpfe reduzierte Abteilung voll in Anspruch nimmt. Es wird tatsächlich seit Wochen Tag und Nacht gearbeitet, und ich werde versuchen müssen, einen der einberufenden Herren zu reklamieren. Herr von Rechenberg, dem der zuständige Dezernent meines Amtes beigegeben wird, soll natürlich unter meiner und meines Unterstaatssekretärs Leitung und in Fühlung mit dem Direktor Müller arbeiten. Was die Arbeit selbst betrifft, so habe ich angeordnet, daß als erstes ein allgemeines Programm für den Wirtschaftsverband, seine Aufgaben, seine Organisation, seinen Umfang und Vorschläge für die Regelung der Übergangszeit und der Übergangsbestimmungen ausgearbeitet werden. Von dem Ergebnis dieser Arbeit wird es abhängen, wie die übrigen Punkte „*der allgemeinen Ziele*“ zu lösen bzw. zu modifizieren sein werden. Die Vorschläge zu 1 bis 3 quadrieren nicht ganz mit der Forderung zu 4. Es kann beispielsweise zweifelhaft sein, ob man ein Land wirtschaftlich bis auf das letzte erschöpft, das man dem eigenen Wirtschaftsgebiet anzugliedern hofft. Die Annexion des Erzbeckens von Briey kann überflüssig werden, wenn Frankreich und Deutschland ein Wirtschaftsgebiet werden und dergl. mehr. Im übrigen wird die Arbeit Eurer Exzellenz Wünschen entsprechend nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Immerhin wird zunächst nicht mehr als die technische Seite der Frage behandelt werden können. Ob ein Zollverein in dem von Eurer Exzellenz gewünschten oder auch geringerem Umfang erreichbar sein wird, hängt von den schließlichen Erfolgen unserer Waffen und vor allem der unserer Verbündeten und von dem Ausgang unseres wirtschaftlichen Krieges mit England ab. Aber auch wenn, wie ich zuversichtlich erwarte, alle diese Voraussetzungen erfüllt sein werden, werden m. E. starke innerpolitische Schwierigkeiten zu überwinden sein. Ein Zollverein, der den größten Teil Europas umfaßt, bedeutet einen Bruch mit unserer Wirtschaftspolitik und leitet einen Abbau unserer Zölle ein. An die Stelle unserer spezialisierten Tarifverträge werden Meistbegünstigungs- oder Reciprocitätsverträge mit einem nach nordamerikanischem Muster zu handhabenden Doppeltarif treten müssen. Während wir bisher die „nationale Arbeit“ durch hohe Zölle und Tarifverträge mit allen europäischen Staaten zu schützen suchten, soll in Zukunft auf dem großen Gebiete von den Pyrenäen bis zum Memel, vom Schwarzen Meer zur Nordsee, vom Mittelmeer bis zur Ostsee in der Hauptsache das freie Spiel der Kräfte walten. Der französische und italienische Wein wird dem deutschen Weine, ungarische Agrarprodukte werden unserem ostelbischen Landwirt uneingeschränkte Konkurrenz machen. Die Krefelder Seidenweber werden in unseren Grenzen den Wettbewerb mit Lyon auszuhalten haben. Man

wird für eine solche radikale Umwälzung zweierlei anführen können. Die Voraussetzungen, auf denen unsere bisherige Wirtschaftspolitik beruhte, liegen nicht mehr vor, wir kämpfen nicht mehr um die Herrschaft auf dem inneren Markte, sondern um die Herrschaft auf dem Weltmarkt, und den übermächtigen Produktionsmöglichkeiten der transatlantischen Welt kann nur ein zollgeeintes Europa mit dem nötigen Nachdruck gegenüberreten: wir sollen Gott danken, daß der Krieg uns den Anlaß und die Möglichkeit gibt, ein wirtschaftliches System zu verlassen, das den Höhepunkt seiner Erfolge zu überschreiten im Begriff steht. Ich glaube nicht, daß es leicht sein wird, ohne die Möglichkeit einer vorherigen Propaganda und ohne tatsächliche Beweise für die Überständigkeit unserer bisherigen Wirtschaftspolitik eine Gefolgschaft für einen Systemwechsel in Deutschland zu gewinnen, und man wird sich darüber klar sein müssen, daß eine solche Politik nicht mit der Rechten und nicht ohne die Sozialdemokratie, jedenfalls nur mit einer liberalen Mehrheit durchzuführen sein wird.

Damit taucht die Frage auf, die allgemein die Gemüter bewegt, ohne daß sie in der Öffentlichkeit erörtert wird, wie wird unsere innere Politik nach dem Kriege orientiert. Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der konservativen, sind bei mir gewesen, die einen schüchtern fragend, die anderen fordernd. Die Polen rechnen mit der Aufhebung des Enteignungsgesetzes, der Einführung der polnischen Sprache im Religionsunterricht, das Zentrum erwartet den endlichen Fall des Jesuitengesetzes, die Sozialdemokraten erwarten Beseitigung der gegen sie bestehenden Ausnahmebestimmungen auf dem Gebiete der Verwaltung. Die Liberalen begnügen sich mit der Formel, daß nach dieser einhelligen patriotischen Erhebung des ganzen Volkes mit Ausnahmegesetzen nicht mehr regiert werden könne. Die preußische Wahlrechtsfrage erscheint in einer neuen Beleuchtung. Über eine Unterredung mit dem Abgeordneten David habe ich eine Niederschrift aufnehmen lassen, von der ich Abschrift beifüge. Die Reformisten in der sozialdemokratischen Partei sind in einer schwierigen Lage, sie erstreben die Überführung der internationalen Sozialdemokratie in eine nationale Demokratie, Leute wie Südekum drängen noch weiter, sie wünschen mit der Monarchie zunächst „mindestens auf Grußfuß zu kommen“, sie fürchten aber, daß nach dem Kriege die Radikalen die Oberhand gewinnen, wenn für die Partei keinerlei Erfolge herauspringen. Die Konservativen wünschen dringend, daß die Sozialdemokratie wieder in ihre alten Gewohnheiten zurückfällt und der alte Kampf je eher je lieber durch Schuld der Sozialdemokratie wieder auflebt.

Ich glaube, wir würden es vor dem deutschen Vaterlande nicht verantworten können, wenn wir nicht den Versuch machten, als Preis des Krieges, eine Reform der Sozialdemokratie nach der nationalen und monarchischen Seite anzubahnen.

Allen an uns ergehenden Anfragen gegenüber haben Herr Wahnschaffe und ich uns mit der Formel geholfen: Es sei klar, daß dieser Krieg mit der gewaltigen nationalen Erhebung, mit den ungeheuren Opfern an Gut und Blut, die alle Teile des Volkes voller Begeisterung brächten, auch auf dem Gebiete der inneren Politik manches wandeln müsse. Welche Konsequenzen aber aus dieser Erkenntnis zu ziehen seien, könne erst nach dem Frieden entschieden werden. Bis dahin müßten alle inneren Kämpfe ruhen, das sei aber nicht möglich, wenn die Regierung jetzt viel umstrittene Fragen, wie das Enteignungsgesetz und dergl. einer plötzlichen Lösung entgegenführte.

Wir müssen versuchen, mit dieser hinhaltenden Politik möglichst weit zu kommen, wir müssen uns aber allmählich darüber klar werden, ob und welche Konzessionen wir machen können und daß wir uns diese nicht abringen lassen dürfen, wenn sie einen politischen Effekt haben sollen. Sie werden im gegebenen Augenblick in feierlicher Form von Allerhöchster Stelle proklamiert werden **müssen**.

Ich bitte Eure Exzellenz, diese etwas langatmigen, nach Form und Inhalt nicht völlig durchgearbeiteten Betrachtungen gütigst entschuldigen zu wollen. Ich habe geglaubt, diese Eindrücke und Erwägungen Eurer Exzellenz nicht vorenthalten zu sollen, zumal Eure Exzellenz aus den zensurierten Zeitungen wenig erfahren und Besuche im Felde nicht empfangen können. Zu einer besseren Durcharbeitung reicht aber bei dem außergewöhnlich starken Geschäftsbetriebe die Zeit nicht aus.

In treuer Verehrung  
Eurer Excellenz  
ergebenster  
Delbrück <sup>3)</sup>

Nr. 24

Deutsches Zentralarchiv Potsdam  
Reichskanzlei Nr. 2476, Bl. 95/96.

**Bethmann Hollweg an Delbrück**

(Konzept)

zu Rk. 3959 <sup>1)</sup>

Großes Hauptquartier, 16. Sept. 1914 <sup>2)</sup>

Auf den gefälligen Bericht vom 3. Sept. 1914 IVA 9131.

Meines Erachtens wird die Frage einer deutsch-österreichisch-ungarischen Zollannäherung im Zusammenhang mit der Frage eines wirtschaftspolitischen Zusammenschlusses Mitteleuropas, die ich in meinem vertraulichen Schreiben vom 9. ds. (M.) an Euer pp. berührt habe, zu erörtern sein. Es wird dabei zu prüfen sein, ob beim Zustandekommen eines solchen mitteleuropäischen Zusammenschlusses innerhalb desselben noch ein besonders enges Verhältnis der beiden jetzt verbündeten Reiche etwa aus wirtschaftlichen Gründen anzustreben sein wird. Ein solcher Zusammenschluß Mitteleuropas wird sich nicht auf der Basis einer Verständigung über gemeinsame Interessen sondern nur bei einem eventuell von uns zu diktierenden Frieden unter dem Druck politischer Überlegenheit erreichen lassen. Dieser Gesichtspunkt wird auch für die österreichische Seite des Problems ins Gewicht fallen, da wir menschlicher Voraussicht nach, wenn überhaupt, dann auch Österreich-Ungarn gegenüber ein politisches Übergewicht werden in die Waagschale werfen können.

Es wird deshalb jetzt Jarauf ankommen, die verschiedenen für einen solchen *mehr oder weniger engen* <sup>3)</sup> wirtschaftspolitischen Zusammenschluß Mitteleuropas möglichen Formen und Methoden zu prüfen und gesondert zu erörtern. Ich wäre dankbar wenn Euer pp. auch eine schriftliche Stellungnahme des Auswärtigen Amtes zu den einzelnen Möglichkeiten herbeiführen und mir einreichen wollten.

Rk.

[Paraphe Bethmann Hollwegs]

[Paraphe Riezlers] 15. 9.

3) Schlußformel handschriftlich von Kanzlisten. Lesart „treuer“ unsicher. Eigenhändige Unterfertigung Delbrücks.

1) darunter, schwer lesbar, mit Bleistift zugesetzt: „Rk. 19814/G. H.“

2) Konzept nach Entwurf v. d. H. Riezlers vom 15. 9., Ausfertigungsdatum, 16., erwartungsgemäß nachgetragen. Abgangsvermerk unter Adresse: „ab 16. 9. — via R. Kanzlei —“.

3) v. d. H. Riezlers hinzugefügt.

AA, Deutschland 128 Nr. 1

**Der Reichskanzler an das Auswärtige Amt**

(Entzifferung)

Gr. Hauptquartier den 5. Januar 1915

7 Uhr 50 Min.

Ankunft 9 Uhr 15 Min.

AS 48

Nr. 4

Bitte mit geheimem Chiffrierverfahren Rom telegraphieren:

Ganz geheim.

Nach Ew. Durchlaucht Berichten versteifen sich Italiener auf Erwerb des Trento und drohen andernfalls Österreich in den Rücken zu fallen. Trotz bereits früher erfolgter Ablehnung und persönlicher Verstimmung Kaiser Franz Joseph's sind wir bereit, nochmals außerordentlichen Schritt in Wien zu tun. Doch ist wenig Aussicht auf mehr Erfolg, falls Italien Gebiet mit Neutralität und ohne jede Gegenleistung erkaufen will. Rechtstitel „Kompensation“ wird Italien nicht anführen können, da Österreich bei heutiger Kriegslage kaum auf Gebietserweiterung rechnen kann. Neutralitätsbruch gegen Österreich würde flagrante Bündnisverletzung darstellen. Erfolg in Wien wäre vielleicht eher zu erzielen, wenn Italien irgendwelche Gegenleistung gewährte, sei es durch direkte Teilnahme am Kriege auf unserer Seite, sei es dadurch, daß es durch Drohung mit Eingreifen Frankreich zum Frieden zwänge. An Zertrümmerung Frankreichs haben wir kein Interesse und könnten ihm ehrenvollen Frieden gegen entsprechende Kriegsentschädigung und Abtretung eines Teils seiner Kolonien „Congo“ gewähren. Bei Absplittierung Frankreichs würden wir Krieg gegen Rußland und England mit sicherem Sieg beenden können. Es wäre dann relative Schwächung Frankreichs, ein Damm der slawischen Gefahr und Erschütterung englischer Weltherrschaft erreicht. Dieses Ergebnis würde auch Italiens Interessen entsprechen, zumal Österreich, wie es auch kommen mag, geschwächt aus dem Kriege hervorgehen wird. Italiens Mittelmeerstellung würde erstarren. Wenn Italien auf diese Weise entscheidend eingriffe, würde es eine große weltpolitische Rolle spielen, den Frieden herstellen helfen und auch seiner Erpresserpolitik ein ehrbares Mäntelchen umhängen. Zudem wäre Gefahr vermieden, daß — bei Gebietsabtretung an Italien ohne Gegenleistung — auch Rumänien Forderungen an Österreich stellt.

Erbitte zunächst Ew. Durchlaucht rein persönliche Ansicht mittels Drahtberichts.

Bethmann Hollweg



Bundesarchiv Koblenz

Nachlaß Haeften, HA08 — 35/3

### Aufzeichnung Bethmann-Hollwegs für Unterstaatssekretär Wahnschaffe

(Abschrift) <sup>1)</sup>

Am 2. oder 3. dieses Monats habe ich S. M. die Bedenken der Ämter-Kumulation vorgetragen, die um so größer seien, als General von Falkenhayn in der öffentlichen Meinung, in den nachdenklichen politischen Kreisen <sup>1)</sup> und, wie ich bestimmt weiß, in einem großen Teile der Armee kein übergroßes Vertrauen besitze. Das allgemeine Augenmerk richte sich für den Chef des Generalstabes auf den General Ludendorff, der lange Jahre Chef der Operationsabteilung im Gr. Generalstab gewesen sei und jetzt glänzende Proben seines Können abgelegt habe.

S. M. hielt die Trennung der Ämter, auf die er auch vom Kronprinzen und General von Knobelsdorf aufmerksam gemacht worden ist, für empfehlenswert, erklärte aber, von der Mißstimmung gegen General von Falkenhayn nichts zu wissen. Dieser genieße vielmehr sein volles Vertrauen. Ludendorff würde er niemals zum Chef nehmen. Der sei ein zweifelhafter, von persönlichem Ehrgeiz zerfressener Charakter. Was habe er auch Großes geleistet? Er habe ihm, dem Kaiser, gewisse strategische Operationen vorgeschlagen. Die seien dann von S. M. „genehmigt und befohlen“ worden. (Sic !!!).

S. M. hat darauf die Sache mit Plessen und Lyncker besprochen. Plessens, der kein Freund von Falkenhayn ist, glaubte ich sicher zu sein. Er hat aber anscheinend versagt <sup>2)</sup>. Lyncker, dem sein Herr und Gebieter Marschall Falkenhayn erfunden hat, habe erklärt, daß, falls S. M. die Ernennung eines besonderen Kriegsministers beföhle, dafür der General Wild von Hohenborn in Frage käme.

Mit dieser Lösung der Frage wäre nichts gewonnen worden. Falkenhayn bliebe Chef und er und Lyncker würden es durchsetzen, daß Wild, der von Falkenhayn ganz abhängig ist, hier im Gr. Hauptquartier verbliebe. Die Trennung wäre nur scheinbar, die Kumulation de facto aufrechterhalten.

Bei dieser Lage habe ich die Sache einstweilen ajourniert. Eine Handhabe dazu bot die vom Kaiser, Plessen und Lyncker bestrittene Behauptung Falkenhayns, daß er an die Übernahme der Heeresleitung, wenn auch nicht scharf formuliert, so doch erkennbar und von S. M. akzeptiert, die Bedingungen geknüpft habe, Kriegsminister zu bleiben. (Es ist wohl möglich, daß dabei, wie behauptet wird, auch finanzielle Rücksichten mitgesprochen haben.)

Es wird sich jetzt fragen, ob das Mißtrauen der Armee in Falkenhayn sich so verdichtet, daß es von berufener, militärischer Seite an das Kaiserliche Ohr dringt. Ob aber dann Ludendorff gewählt wird, erscheint mir, trotz der Schnelligkeit Allerhöchsten Stimmungswechsels, fraglich. Beseler wird von Lyncker perhorresziert, scheint übrigens auch bei Hindenburg nicht sehr goutiert zu werden. Lyncker spricht evtl. von Gallwitz, der mir von anderer militärischer Seite allerdings als vortrefflich aber als selbstquälerischer Skeptiker geschildert wird. Vielleicht Below. Der Kronprinz scheint Knobelsdorf en vue bringen zu wollen, der ein vortrefflicher Chef des Stabes zu sein scheint. Ob aber auch ein Chef des *Generalstabes*?

1) Schreibmaschinenabschrift. Nach Vermerk Haeftens am 27. April 1936 hergestellt. Original wahrscheinlich aus dem — jetzt verbrannten — Privatarchiv Bethmanns in Hohenfinow.

2) Vermerk Haeftens vom 27. April 1936: „das stimmt nicht; Plessen hat dem Kaiser ehrlich seine Meinung gesagt.“ Vgl. hierzu den Brief Moltkes an General . . . (gleich Plessen) vom 12. Jan. 1915, abgedr. Moltke, Erinnerungen, Briefe, Dokumente (1922), S. 407 ff.

Über F. sehe ich noch nicht klar. Ein großer Mann ist er nicht. Ein tüchtiger wohl zweifellos. Seine bisherigen Taten kann man nur fachmännisch und auf Grund genauester Kenntnis der Einzelvorgänge kritisieren. Auch ist nachträgliche Kritik leicht. Mir scheint, die Kriegsgeschichte wird einst dahin urteilen, daß er die Initiative immer dem Gegner überlassen habe, infolgedessen selbst immer um einen Tag zu spät gekommen ist und den Moment nicht rechtzeitig erfaßt habe, wo die Entscheidung vom Westen auf den Osten überging. Dazu mögen die Charakterfehler des persönlichen Ehrgeizes und infolgedessen mangelnden sachlichen Ernstes treten, die allerdings bei dem Vorhandensein zweier Kriegsschauplätze besonders gefährlich sind. Auch hat er, wie ich glaube, keine *großen* Mitarbeiter.

Die Mißstimmung der Armee gegen ihn beruht zweifellos auf mehr oder weniger bewußten Empfindungen dieser Art. Dazu tritt im Westen Ypern, an dem übrigens die A. O. Ks. mit Schuld haben sollen, und allgemeine Unzufriedenheit mit langandauernder Inaktivität. (Diese Unzufriedenheit ist erklärlich, aber meo voto unberechtigt. Lediglich durch Defensive und mit möglichst geringen Verlusten müssen wir das belgisch-französische Faustpfand zu halten suchen, alle sonstigen Kräfte aber im Osten einsetzen.) Im Osten scheint mir aber denn doch Ludendorff'sche Intrige mit im Spiele zu sein. Persönlich machte mir der Mann keinen ganz pupillari-schen Eindruck. Auch sein telefonisches Drängen, von dem Sie mir neulich berichteten, gefällt mir nicht.

Die unmittelbare Absetzung F. kann *ich* nicht erzwingen. So überzeugt von seiner Unzulänglichkeit bin ich nicht. Auch könnte ich die Verantwortung nur übernehmen, wenn mir begründete, militärische Urteile zur Seite stehen. Und die fehlen mir. Ich habe, wie ich ganz vertraulich vermerke, Moltke um seine Ansicht gebeten. Plessen zieht bei den Generalkommandos mündlich Erkundigungen ein.

Tritt Wechsel — und Ämtertrennung ein — Falkenhayn dankt dann wahrscheinlich für beide Ämter und geht an die Front — so wird doch, wie ich überzeugt bin, der Kriegsminister unter allen Umständen im Hauptquartier und damit die Hauptarbeit beim stellvertretenden Kriegsminister in Berlin bleiben. Die Unzuträglichkeiten in Berlin, von denen Sie berichten, müßten also auch fernerhin von Letzterem beglichen werden. Wenigstens sehe ich einstweilen nicht, wie sonst Besserung eintreten soll. Hier würde doch, wie auch schon jetzt, Oberst Scheuch die Sache zu machen haben. Eventuell bitte ich aber noch um Äußerung hierzu.

v. B[ethmann] H[ollweg]

7. 1. 15

Bundesarchiv Koblenz  
Nachlaß Haeften, H 08 — 35/3

**Hindenburg an den Chef des Militärkabinetts Generaloberst von Lyncker**

(Abschrift) <sup>1)</sup>

*Vertraulich!*

H. Qu. Posen, 10. Januar 15

Euer Exzellenz als dem Vortragenden General-Adjutanten Seiner Majestät beehre ich mich ergebenst, Nachstehendes mitzuteilen:

Im Kreise der Armee macht sich seit einiger Zeit eine gewisse Mißstimmung über die Leitung der Operationen durch den Generalleutnant von Falkenhayn fühlbar. Man ist der Ansicht, daß die Vereinigung der beiden Ämter des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes die Arbeitskraft eines Mannes, und sei er noch so bedeutend, übersteigen müssen. Die geringen Erfolge des Westens, besonders die vor Ypern ohne greifbares Ergebnis erlittenen großen Verluste, werden diesem Umstand zur Last gelegt.

Ich halte es in dieser ernsten Zeit für bedenklich, wenn in der Armee ein derartiger Mangel an Vertrauen in die Führung Platz greift und erblicke daher eine heilige Pflicht gegen Kaiser, König und Vaterland darin, Vorstehendes auszusprechen. Wollte ich als der durch die Gnade Seiner Majestät rangälteste Führer in der Armee Euerer Exzellenz sichtlicher Unkenntnis der Dinge gegenüber schweigen, so könnte später mit Recht gegen mich ein schwerer Vorwurf erhoben werden.

gez. von Hindenburg  
Generalfeldmarschall und  
Oberbefehlshaber der gesamten  
Streitkräfte im Osten

---

1) Schreibmaschinenabschrift einer Anlage, die mit einem eigenhändigen Brief Hindenburgs Bethmann Hollweg am 10. Jan. 1915 zu „vertraulicher Kenntnisnahme“ übersandt wurde. Original im ehemaligen Privatarchiv Bethmanns verbrannt. Die Richtigkeit der Abschrift am 10. Dez. 1931 von Felix v. Bethmann Hollweg beglaubigt.

Bundesarchiv Koblenz

Nachlaß Haeften, H 08—35/3

**Bethmann Hollweg an den Chef des Militärkabinetts Generaloberst v. Lyncker**

(Abschrift)

den 14. Januar 1915

Euer Exzellenz

beehere ich mich, da vor Ihrem Vortrag bei S. M. eine Rücksprache nicht mehr möglich war, auf diesem Wege ergebenst zu benachrichtigen, daß sich von dem Antrage des Generalfeldmarschalls von Hindenburg an S. M. dem Generalleutnant v. Falkenhayn von seiner Stellung als Chef des Generalstabes zu entheben, andernfalls er um seine Entlassung bittet, Kenntnis habe. Eine Entlassung des Generalfeldmarschalls, falls sie überhaupt in Erwägung gezogen werden sollte, erscheint mir vor dem In- und Auslande unmöglich. Jedenfalls würde ich bei der außerordentlichen politischen Tragweite der Angelegenheit die Verantwortung für die dadurch herbeigeführte Gestaltung der politischen Lage nicht mehr tragen können.

gez. v. Bethmann Hollweg

Bundesarchiv Koblenz

Nachlaß Haeften, H 08 — 35/3

**Aufzeichnung Haefdens über seine Audienz beim Kaiser am 20. Januar 1915 in Charleville <sup>1)</sup>**

(Abschrift) <sup>1)</sup>

[19.15 Uhr überreicht Haefden dem Kaiser den Brief der Kaiserin]

„Was!“ fuhr der Kaiser, mit der Faust auf den Schreibtisch schlagend, in sehr erregtem Tone auf, „jetzt mischen sich auch noch die verfluchten Frauenzimmer in diese Sache. Das Verhalten des Feldmarschalls v. Hindenburg ist ganz unerhört; er gehört vor ein Kriegsgericht; ich war fest entschlossen, ihn vor ein Kriegsgericht zu stellen und hätte es getan, wenn man mir es nicht ausgedet hätte. Ich habe ihm Gnadenbeweise über Gnadenbeweise erteilt; er ist vom General der Infanterie zum Generaloberst und Generalfeldmarschall befördert, hat das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse und den Orden Pour le Mérite erhalten und das alles in wenigen Wochen.“ [Haefden sieht, daß der Kaiser völlig auf Seiten Falkenhayns steht, sucht ihm aber trotzdem Hindenburgs Gründe für seinen Schritt vom 12. Januar zu erläutern.] „Ach was“

1) Die Audienz fand nach Haefdens Angabe von 19.15 bis 20.35 h statt.

2) Schreibmaschinenabschrift einer Tagebuchaufz. Haefdens vom 25. Jan. 1915. Insgesamt umfaßt die Niederschrift von 25. Jan. noch eine Darstellung der Situation, die Haefden bei seiner Ankunft in Charleville vorfand, und einen in der Art eines Protokolls abgefaßten Bericht über das Untersuchungsverfahren gegen ihn am 21. Jan.

unterbrach mich der Kaiser, aufspringend und heftig gestikulierend im Zimmer auf und ab gehend, „der General von Falkenhayn ist ein ganz ausgezeichneter Mann; der Feldmarschall sieht nur Hirngespinnste; der Oberst v. Marschall hat mir da Dinge von ihm erzählt, danach scheint er selber nicht zu wissen, was er will; er habe dem Oberst v. Marschall den Eindruck eines ganz verbrauchten, hinfalligen, alten Mannes gemacht.“ „Jawohl“ fiel ich ihm ins Wort „diese anhaltenden Kämpfe haben den Feldmarschall allerdings körperlich und seelisch sehr mitgenommen; vorher sei er viel frischer, sogar staunenswert frisch gewesen.“

„Die Vorwürfe, die der Feldmarschall gegen den General von Falkenhayn wegen dessen Führung der Operation erhöhe,“ fuhr S. M. fort, „seien gänzlich unbegründet; der Feldmarschall habe ihm, dem Kaiser, über verfehlte Operationen an der Aisne geschrieben und als ihn der Oberst von Marschall deswegen zur Rede gestellt habe, habe er gar nichts zu sagen gewußt, was an diesen Operationen verfehlt gewesen sei. Er könne ihm auch keinen geeigneten Nachfolger für den General von Falkenhayn angeben . . . die Wiederberufung des Generals von Moltke sei nach dem, was vorgefallen, ausgeschlossen . . . nach acht Tagen werde der General von Moltke von neuem zusammenbrechen — genau wie damals nach den Ereignissen an der Marne und das sei böse gewesen.“ [Haeften verteidigt den Rückzug von der Marne und besonders das erneute Frontmachen hinter der Aisne und das Verschieben der Korps nach dem rechten Flügel als Verdienste Moltkes.] „Nein, das habe *ich* angeordnet“ entgegnete S. M. heftig, „*ich* habe befohlen, daß die Armeen hinter der Aisne wieder Front machten und nicht bis hinter die Marne zurückgingen. Nein, nein, die Rückberufung des Generals v. Moltke ist ganz ausgeschlossen; ich will auch nicht dem General Joffre den Triumph lassen, daß ich mir alle paar Wochen einen neuen Generalstabschef nehme. Der General von Falkenhayn bleibt in seiner Stellung . . .“ [Haeften weist den Kaiser auf das mangelnde Vertrauen der Armee hin. Der Kaiser erklärt dagegen, der Grund sei, daß die Armee Falkenhayn noch nicht kenne. „Er ist ein ganz hervorragender General.“ Haeften wechselt das Thema und schneidet die Frage an, ob man nicht jetzt eine große und volle Entscheidung im Osten herbeiführen solle.] Darauf entgegnete der Kaiser: „Ach was, glauben Sie doch nicht, daß das möglich ist — die Russen werden ausweichen und wir machen einen Luftstoß.“ Ich sagte, ich habe längere Zeit gegen die Russen im Felde gestanden; ich kannte sie: „Sie reißen ungeschlagen nicht aus; sie halten stand, sie verkriechen sich höchstens in die Erde. Wir müssen und werden einen vollen und ganzen Erfolg gegen sie erringen, wenn wir genügend Kräfte einsetzen.“ — „Nein — ich glaube höchstens an einen Teilerfolg“, fiel mir der Kaiser ins Wort, „die Russen sind nicht so dumm; sie haben während des Krieges gelernt und werden sich kein zweites Tannenberg bereiten lassen.“

[Darauf verzichtet Haeften auf eine weitere Erörterung dieses Themas und wendet sich dem gespannten Verhältnis von Falkenhayn und Hindenburg zu.] Jetzt wurde S. M. heftig. „Der Feldmarschall und General Ludendorff sehen nichts wie Hirngespinnste. General von Falkenhayn habe nichts getan, was ihnen Veranlassung zu Reibereien mit ihm geben könne. Der Feldmarschall habe da gegenüber dem Oberst von Marschall Äußerungen getan, wonach General von Falkenhayn ihn bei Seiner Majestät verdächtigt habe, etwas wie eine Wallensteinrolle zu spielen. Das sei heller Unsinn.“ Ich erwiderte, der Generalfeldmarschall sei jedes persönlichen Ehrgeizes bar; er lebe und arbeite nur für die Sache und nach dem Krieg werde er — nach seinen eigenen Worten mir gegenüber — der erste sein, der sich bescheiden in die Stille zurückzöge; er trachte nicht nach persönlichem Ruhm. Unwillig erwiderte S. M.: „Er hat schon reichlich Ruhm“, dann, mir plötzlich den Rücken zukehrend sagte er: „Na, nun machen Sie aber, daß Sie herauskommen; sonst wird mir das Essen kalt.“ Ich verließ das Zimmer.

Diese Unterredung hatte drei betrübende Tatsachen ergeben:

- 1.) daß der Kaiser ganz einseitig und sehr unvollständig von der Gegenpartei Lyncker — Falkenhayn unterrichtet war und *ganz* unter deren Einfluß stand;
- 2.) daß an eine Rückberufung des Generals von Moltke, der von der Gegenpartei bei S. M. offenbar stark angeschwärzt war, nicht zu denken sei;
- 3.) daß das Oberkommando Ost bei ihm sehr in Ungnade gefallen war; das so überaus gnädige Handschreiben von S. M., das den Feldmarschall zum Nachgeben veranlaßt hatte, war eitel Lug und Trug und Heuchelei, nur bestimmt, den Feldmarschall einzuseiten. In Wahrheit tobte S. M. vor Wut gegen den Feldmarschall.

Nr. 29

Im Besitz  
Prinz Ludwigs v. Hessen  
Wolfsgarten

**Kronprinz Wilhelm an Großherzog Ernst-Ludwig von Hessen <sup>1)</sup>**

(Brief eigenh.)

Stenay, 6. Februar 1915

Lieber Onkel Erni.

Verzeih wenn ich Dich in einer Sache behellige. Ich bin der Ansicht, daß es unbedingt nötig ist mit Rußland zu einem Sonderfrieden zu kommen. Erstens ist es zu dumm, daß wir uns gegenseitig zerfleischen bloß damit England im Trüben fischt und dann müssen wir unsere gesamte Truppenmacht hier zurückkriegeln um mit den Franzosen aufzuräumen, da dieser dauernde Stellungskrieg viel Opfer kostet und nicht verbessernd auf die Truppen wirkt. Könntest Du nicht mit Niki in Verbindung treten und Ihm (!) raten mit uns sich gütlich zu einigen, das Friedensbedürfnis in Rußland soll ja sehr groß sein nur müßte er das Mistvieh den Nikola Nicolajewitsch rausschmeißen Ich bin überzeugt die Türken würden den Russen die Durchfahrt durch die Dardanellen gestatten und das ist doch die Hauptsache. Unsere Diplomaten sind so dumm und unfähig, daß man schon selbst Hand anlegen muß damit was Gutes rauskommt. So habe ich die Sache mit der Türkei seit längerem betrieben. Den Botschafterwechsel in Italien habe ich durchgedrückt und in Rumänien habe ich auch meine Fäden angesponnen, mit Alphonso bin ich befreundet und schreiben wir uns, Du siehst ich arbeite im Stillen, aber dafür nicht unwirksam. Wenn Du in der Sache etwas thun könntest wäre es gut, nur muß es rein privat sein und darf sonst niemand etwas erfahren. Dieses Bündnis von Rußland und Frankreich ist ja überhaupt lächerlich. Also thue was Du für gut hältst und 1000 herzliche Grüße

Dein  
treuer Neffe  
Wilhelm

<sup>1)</sup> Dieser Brief konnte kürzlich auf einer Autographenauktion ersteigert werden. Ob er den Adressaten je erreichte, oder ob er erst nach Empfang abhanden kam, läßt sich nicht feststellen.

(wird fortgesetzt)